

Protokoll

über die

2 = VAKAT

Verhandlungen des Parteitages

der

Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abgehalten zu Köln a. Rh.

vom 22. bis 28. Oktober 1893.

Berlin 1893.

Verlag der Expedition des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt

(Th. Glöde).

Friedrich-Ebert-Stiftung
Bibliothek

Programm

der

Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

beschlossen auf dem Parteitag zu Erfurt 1891.

Die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Naturnothwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebes, dessen Grundlage das Privateigenthum des Arbeiters an seinen Produktionsmitteln bildet. Sie trennt den Arbeiter von seinen Produktionsmitteln und verwandelt ihn in einen besitzlosen Proletarier, indem die Produktionsmittel das Monopol einer verhältnißmäßig kleinen Zahl von Kapitalisten und Großgrundbesitzern werden.

Hand in Hand mit dieser Monopolisirung der Produktionsmittel geht die Verdrängung der zersplitterten Kleinbetriebe durch kolossale Großbetriebe, geht die Entwicklung des Werkzeugs zur Maschine, geht ein riesenhaftes Wachstum der Produktivität der menschlichen Arbeit. Aber alle Vortheile dieser Anwendung werden von den Kapitalisten und Großgrundbesitzern monopolisirt. Für das Proletariat und die versinkenden Mittelschichten — Kleinbürger, Bauern — bedeutet sie wachsende Zunahme der Unsicherheit ihrer Existenz, des Elends, des Drucks, der Knechtung, der Erniedrigung, der Ausbeutung.

Immer größer wird die Zahl der Proletarier, immer massenhafter die Armee der überschüssigen Arbeiter, immer schroffer der Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, immer erbitterter der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat, der die moderne Gesellschaft in zwei feindliche Heerlager trennt und das gemeinsame Merkmal aller Industrieländer ist.

Der Abgrund zwischen Besitzenden und Besitzlosen wird noch erweitert durch die im Wesen der kapitalistischen Produktionsweise begründeten Krisen, die immer umfangreicher und verheerenender werden, die allgemeine Unsicherheit zum Normalzustand der Gesellschaft erheben und den Beweis liefern, daß die Produktivkräfte der heftigen Gesellschaft über den Kopf gewachsen sind, daß das Privateigenthum an Produktionsmitteln unvereinbar geworden ist mit deren zweckentsprechender Anwendung und voller Entwicklung.

Das Privateigenthum an Produktionsmitteln, welches ehemals das Mittel war, dem Produzenten das Eigenthum an seinem Produkt zu sichern, ist heute zum Mittel geworden, Bauern, Handwerker und Kleinhändler zu expropriiren und die Nichtarbeiter — Kapitalisten, Großgrundbesitzer — in den Besitz des Produkts der

Arbeiter zu setzen. Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln — Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigentum, und die Umwandlung der Waarenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann es bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Glends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger, harmonischer Vervollkommnung werde.

Diese gesellschaftliche Umwandlung bedeutet die Befreiung nicht bloß des Proletariats, sondern des gesamten Menschengeschlechts, das unter den heutigen Zuständen leidet. Aber sie kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein, weil alle anderen Klassen, trotz der Interessenstreitigkeiten unter sich, auf dem Boden des Privateigentums an Produktionsmitteln stehen und die Erhaltung der Grundlagen der heutigen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziel haben.

Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist notwendiger Weise ein politischer Kampf. Die Arbeiterklasse kann ihre ökonomischen Kämpfe nicht führen und ihre ökonomische Organisation nicht entwickeln ohne politische Rechte. Sie kann den Uebergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein.

Diesen Kampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein naturnothwendiges Ziel zu weisen — das ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei.

Die Interessen der Arbeiterklasse sind in allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise die gleichen. Mit der Ausdehnung des Weltverkehrs und der Produktion für den Weltmarkt wird die Lage der Arbeiter eines jeden Landes immer abhängiger von der Lage der Arbeiter in den andern Ländern. Die Befreiung der Arbeiterklasse ist also ein Werk, an dem die Arbeiter aller Kulturländer gleichmäßig beteiligt sind. In dieser Erkenntnis fühlt und erklärt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sich eins mit den klassenbewußten Arbeitern aller übrigen Länder.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpft also nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst und für gleiche Rechte und gleiche Pflichten Aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Von diesen Anschauungen ausgehend bekämpft sie in der heutigen Gesellschaft nicht bloß die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richtet sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse.

K

Ausgehend von diesen Grundsätzen fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Allgemeines gleiches direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe aller über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen und Abstimmungen. Proportional-Wahlssystem; und bis zu dessen Einführung gesetzliche Neueinteilung der Wahlkreise nach jeder Volkszählung. Zweijährige Gesetzgebungsperioden. Vornahme der Wahlen und Abstimmungen an einem gesetzlichen Ruhetage. Entschädigung für die gewählten Vertreter. Aufhebung jeder Beschränkung politischer Rechte außer im Falle der Entmündigung.
2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk vermittelt des Vorschlags- und Verwerfungsrechts. Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volks in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde. Wahl der Behörden durch das Volk, Verantwortlichkeit und Haftbarkeit derselben. Jährliche Steuerbewilligung.
3. Erziehung zur allgemeinen Wehrfähigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere. Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung. Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege.
4. Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung und Versammlung einschränken oder unterdrücken.
5. Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlich- und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachteiligen.
6. Erklärung der Religion zur Privatsache. Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken. Die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sind als private Vereinigungen zu betrachten, welche ihre Angelegenheiten vollkommen selbstständig ordnen.
7. Weltlichkeit der Schule. Obligatorischer Besuch der öffentlichen Volksschulen. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehrmittel und der Verpflegung in den öffentlichen Volksschulen, sowie in den höheren Bildungsanstalten für diejenigen Schüler und Schülerinnen, die kraft ihrer Fähigkeiten zur weiteren Ausbildung geeignet erachtet werden.
8. Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbestands. Rechtspredung durch vom Volk gewählte Richter. Verurteilung in Strafsachen. Entschädigung unschuldig Ange-

K

Flugter, Verhafteter und Verurtheilter. Abschaffung der Todesstrafe.

- 9. Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung einschließlich der Geburtshilfe und der Heilmittel. Unentgeltlichkeit der Leichenbestattung.
- 10. Stufenweis steigende Einkommen- und Vermögenssteuer zur Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind. Selbsteinschätzungspflicht. Erbschaftsteuer, stufenweise steigend nach Umfang des Erbguts und nach dem Grade der Verwandtschaft. Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern.

Zum Schutze der Arbeiterklasse fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

- 1. Eine wirksame nationale und internationale Arbeiterschutzesgesetzgebung auf folgender Grundlage:
 - a) Festsetzung eines höchstens acht Stunden betragenden Normal-Arbeitstags.
 - b) Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter vierzehn Jahren.
 - c) Verbot der Nachtarbeit, außer für solche Industriezweige, die ihrer Natur nach, aus technischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt Nachtarbeit erheischen.
 - d) Eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 36 Stunden in jeder Woche für jeden Arbeiter.
 - e) Verbot des Trucksystems.
- 2. Ueberwachung aller gewerblichen Betriebe, Erforschung und Regelung der Arbeitsverhältnisse in Stadt und Land durch ein Reichs-Arbeitsamt, Bezirks-Arbeitsämter und Arbeitskammern. Durchgreifende gewerbliche Hygiene.
- 3. Rechtliche Gleichstellung der landwirtschaftlichen Arbeiter und der Dienstboten mit den gewerblichen Arbeitern; Beseitigung der Gefindeordnungen.
- 4. Sicherstellung des Koalitionsrechts.
- 5. Uebernahme der gesamten Arbeiterversicherung durch das Reich mit maßgebender Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung.

K

7

Organisation

der

Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

beschlossen auf dem Parteitag zu Halle 1890.

§ 1. Zur Partei gehörig wird jede Person betrachtet, die sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennt und die Partei nach Kräften unterstützt.

§ 2. Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms oder wer sich ehrloser Handlungen schuldig gemacht hat.

Ueber die Zugehörigkeit zur Partei entscheiden die Parteigenossen der einzelnen Orte oder Reichstagswahlkreise.

Gegen die Entscheidungen steht den Betroffenen die Berufung an die Parteileitung und dem Parteitage zu.

Vertrauenspersonen.

§ 3. Die Parteigenossen in den einzelnen Reichstagswahlkreisen wählen in öffentlichen Versammlungen zur Wahrnehmung der Parteii Interessen eine oder mehrere Vertrauenspersonen. Die Art der Wahl dieser Vertrauenspersonen ist Sache der in den einzelnen Kreisen wohnenden Genossen.

§ 4. Die Wahl der Vertrauenspersonen erfolgt alljährlich und zwar im Anschluß an den vorausgegangenen Parteitag.

Die Vertrauenspersonen haben ihre Wahl mit Angabe ihrer genauen Adresse sofort der Parteileitung mitzutheilen.

§ 5. Tritt eine Vertrauensperson zurück oder tritt sonstwie eine Vakanz ein, so haben die Parteigenossen umgehend eine Neuwahl vorzunehmen und davon entsprechend § 4 Absatz 2 der Parteileitung Mitteilung zu machen.

§ 6. Da, wo aus gesetzlichen Gründen die in den vorstehenden Paragraphen gegebenen Vorschriften unausführbar sind, haben die Parteigenossen den örtlichen Verhältnissen entsprechende Einrichtungen zu treffen.

K

Parteitag.

§ 7. Alljährlich findet ein Parteitag statt, der von der Parteileitung einzuberufen ist.

Hat der vorhergehende Parteitag über den Ort, an welchem der nächste Parteitag stattfinden soll, keine Bestimmung getroffen, so hat die Parteileitung mit der Reichstagsvertretung hierüber sich zu verständigen.

§ 8. Die Einberufung des Parteitages muß spätestens sechs Wochen vor dem Termin der Abhaltung desselben durch das offizielle Parteiorgan mit Angabe der provisorischen Tagesordnung erfolgen. Die Einladung zur Beschickung des Parteitages ist mindestens drei Mal in angemessenen Zwischenräumen zu wiederholen.

Anträge der Parteigenossen für die Tagesordnung des Parteitages sind bei der Parteileitung einzureichen, die dieselben spätestens 10 Tage vor der Abhaltung des Parteitages durch das offizielle Parteiorgan bekannt zu geben hat.

§ 9. Der Parteitag bildet die oberste Vertretung der Partei. Zur Teilnahme an demselben sind berechtigt:

1. Die Delegierten der Partei aus den einzelnen Wahlkreisen, mit der Einschränkung, daß in der Regel kein Wahlkreis durch mehr als drei Personen vertreten sein darf.
2. Die Mitglieder der Reichstagsfraktion.
3. Die Mitglieder der Parteileitung.

Die Mitglieder der Reichstagsfraktion und der Parteileitung haben in allen die parlamentarische und die geschäftliche Leitung der Partei betreffenden Fragen nur beratende Stimme.

Der Parteitag prüft die Legitimation seiner Teilnehmer, wählt seine Leitung und bestimmt seine Geschäftsordnung selbst.

§ 10. Zu den Aufgaben des Parteitages gehören:

1. Entgegennahme des Berichts über die Geschäftsthätigkeit der Parteileitung und über die parlamentarische Thätigkeit der Abgeordneten.
2. Die Bestimmung des Orts, an welchem die Parteileitung ihren Sitz zu nehmen hat.
3. Die Wahl der Parteileitung.
4. Die Beschlußfassung über die Parteiorganisation und alle das Parteileben berührenden Fragen.
5. Die Beschlußfassung über die eingegangenen Anträge.

§ 11. Ein außerordentlicher Parteitag kann einberufen werden:

1. durch die Parteileitung;
2. auf Antrag der Reichstagsfraktion;
3. auf Antrag von mindestens 15 Wahlkreisen.

K

Falls die Parteileitung sich weigert, einem Antrag auf Einberufung eines außerordentlichen Parteitages stattzugeben, so ist derselbe durch die Reichstagsfraktion einzuberufen. Als Versammlungsort eines außerordentlichen Parteitages ist ein geographisch möglichst günstig gelegener Ort zu bestimmen.

§ 12. Die Einberufung des außerordentlichen Parteitages muß spätestens 14 Tage vor dem Termin der Abhaltung desselben durch das offizielle Parteiorgan in wenigstens drei aufeinanderfolgenden Nummern mit Angabe der Tagesordnung erfolgen.

Anträge der Parteigenossen sind spätestens 7 Tage vor der Abhaltung des Parteitages im offiziellen Parteiorgan zu veröffentlichen.

Im Uebrigen gelten für die außerordentlichen Parteitage dieselbe Bestimmungen wie für die ordentlichen Parteitage (§§ 8-10).

Parteileitung.

§ 13. Die Parteileitung besteht aus 12 Personen, und zwar aus 2 Vorsitzenden, 2 Schriftführern, 1 Kassirer und 7 Kontrolluren.

Die Wahl der Parteileitung erfolgt durch den Parteitag mittelst Stimmzettel.

Nach erfolgter Wahl hat die Parteileitung ihre Konstituierung vorzunehmen und dieselbe im offiziellen Parteiorgan bekannt zu machen.

Die Parteileitung verfügt nach eigenem Ermessen über die vorhandenen Gelder.

§ 14. Die Mitglieder der Parteileitung können für ihre Thätigkeit eine Besoldung beziehen. Die Höhe derselben wird durch den Parteitag festgesetzt.

§ 15. Die Parteileitung besorgt die Parteigeschäfte, kontrolliert die prinzipielle Haltung der Parteiorgane, beruft die Parteitage und erstattet auf denselben über ihre Thätigkeit Bericht.

§ 16. Scheidet einer der Vorsitzenden, Schriftführer oder der Kassirer aus, so ist die Satzung durch eine von den Kontrolluren vorzunehmende Neuwahl zu ergänzen.

Partei-Organ.

§ 17. Zum offiziellen Parteiorgan wird das „Berliner Volksblatt“ bestimmt. Dasselbe erhält vom 1. Januar 1891 ab den Titel:

„Vorwärts“

Berliner Volksblatt

Central-Organ der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Alle offiziellen Bekanntmachungen sind an hervorragender Stelle des redaktionellen Theils zu veröffentlichen.

K

Abänderung der Organisation.

§ 18. Aenderungen an der Organisation der Partei können nur durch einen Parteitag vorgenommen werden, doch muß die absolute Mehrheit der anwesenden Vertreter sich dafür erklären.

Anträge auf Abänderung der Organisation können nur beraten werden, wenn sie innerhalb der Fristen, welche die §§ 8 und 12 vorschreiben, zur öffentlichen Kenntniß der Parteigenossen gelangten.

Eine Abweichung von der letzteren Bestimmung ist nur dann zulässig, wenn mindestens $\frac{3}{4}$ der anwesenden Vertreter auf einem Parteitag sich für die Abweichung entscheiden.



K

11

Tagesordnung des Parteitages.

Montag, den 23. Oktober und die folgenden Tage:

1. Geschäftsbericht des Parteivorstandes. Berichterstatter: F. Auer.
2. Bericht der Kontrolleure. Berichterstatter: G. Meister.
3. Parteipresse und Agitation mit besonderer Berücksichtigung der Landagitation.
4. Bericht über die parlamentarische Thätigkeit. Berichterstatter: Paul Singer.
5. Reisefeier 1894. Berichterstatter: W. Liebknecht.
6. Die Gewerkschaftsbewegung und ihre Unterstützung durch die Parteigenossen. Berichterstatter: Legien und F. Auer.
7. Antisemitismus und Sozialdemokratie. Berichterstatter: A. Bebel.
8. Anträge zu Programm und Organisation.
9. Das allgemeine Wahlrecht und die Wahlrechte zu den Landtagen. Berichterstatter: A. Bebel.
10. Wahl der Parteileitung und Bestimmung des Ortes, wo sie ihren Sitz zu nehmen hat.

Sitzungszeit des Parteitages: Vorm. 9—1 Uhr, Nachm. 3—7 Uhr.

K

Bureau des Parteitages:

Vorsitzende:

Fell, Leipzig. — Singer, Berlin.

Schriftführer:

Antrick, Berlin.
Fischer, Hamburg.

Grauer, Berlin.
Hofrichter, Köln.

Dertel, Nürnberg.
Ströbel, Kiel.

Mandat-Prüfungs-Kommission:

Bamberger, Berlin.
Dahlen, Halberstadt.

Erdbeer, Rostock.
Kunze, Stettin.
Wexler, Dresden.

Mehner, Berlin.
Schmidt, Erf. a. M.

Siebener-Kommission:

Ges, Offenburg.
Gerisch, Berlin.

Gevehr, Eberfeld.
Klees, Magdeburg.
Stolten, Hamburg.

Lehmann, Dortmund.
Stadthagen, Berlin.

K

Vorlagen an den Parteitag.

Anträge.

Zur Tagesordnung.

1. Die Parteigenossen des 1., 3., 5. und 6. Berliner und des Wahlkreises Teltow-Beestow-Charlottenburg: Auf die Tagesordnung nachstehenden Punkt zur Verhandlung zu setzen: „Die Gewerkschaftsbewegung und ihre Unterstützung durch die Parteigenossen.“ Gleichzeitig dem Parteitage anheim zu geben, als Referenten für den oben angeführten Punkt der Tagesordnung den Genossen Max Schippel zu bestimmen.

2. Parteigenossen des Wahlkreises Naumburg-Zeitz: Punkt 8 der provisorischen Tagesordnung als Punkt 9 zu setzen, und das Gleiche mit Ziffer 6 des 2. Theils (Religion ist Privatsache) des Programms zu thun.

3. Parteigenossen des 12. und 13. Sächsischen Wahlkreises: Auf die Tagesordnung zu setzen: „Wie kann das Koalitionsrecht in Deutschland gewahrt und ausgebaut werden?“

4. Parteigenossen in Altona, Bielefeld und Nieder-Bar-nim: „Die Gewerkschaftsbewegung und die Stellung der Partei zu derselben“ auf die Tagesordnung zu setzen.

Programm.

5. Parteigenossen in Lübeck: Das Parteiprogramm ist dadurch einfacher zu gestalten, daß in demselben die Fremdwörter so viel wie möglich durch deutsche Worte ersetzt werden.

6. Parteigenossen in Höchst a. M., Zeitz-Weipenfeld und der Parteigenosse C. Scholz-Berlin: Im II. Theil, Ziffer 6, den Punkt „Religion ist Privatsache“ zu streichen und dafür zu setzen: „Die Religion und deren Lehren sind überall dort zu bekämpfen, wo dieselben dem Fortschritt der Wissenschaft entgegenstehen, oder

K

die nach Erlösung aus wirthschaftlicher und politischer Knechtschaft ringende Menschheit an der Erreichung dieses Zieles zu hindern suchen."

7. Parteigenossen in Solingen und Rheydt: Punkt 6 des Erfurter Parteiprogramms: „Erklärung der Religion zur Privatsache“ wird gestrichen. An dessen Stelle soll es heißen: Punkt 6: „Die Sozialdemokratie ist eine politisch-wirtschaftliche Partei und hat als solche mit religiösen Fragen nichts gemein. Sie bekämpft jedoch aufs Entschiedenste die Vertreter der verschiedensten Religionsgemeinschaften, wo ihre Lehren sich dem Emanzipationskampfe des Proletariats entgegenstellen.“

8. Parteigenosse Paul-Rönig-Berlin: Der Parteivorstand wird beauftragt, den ersten, prinzipiellen Theil des Parteiprogramms einer gründlichen Prüfung zu unterziehen und für eine bessere, womöglich unantastbare Fassung zu sorgen.

9. Parteigenossen in Wiggist: 2. Theil, Punkt 1, Schluß, folgende Fassung zu geben: „Aufhebung jeder Beschränkung politischer Rechte, außer im Falle der Entmündigung und der Bestrafung wegen schwerer, roher und gemeiner Verbrechen.“

10. Parteigenosse B. J. Cremer-Dagersheim: Im II. Theil, Ziffer 6 den Punkt: „Religion ist Privatsache“ zu streichen.

Organisation.

Parteitag.

11. Parteigenossen des 2., 3. und 4. Berliner Wahlkreises, die Parteigenossen des pommerschen Parteitages in Stettin und die Parteigenossen von Höchst a. M.: Der alljährliche Parteitag ist in Zukunft nur in der Zeit zwischen Weihnachten und Neujahr zu berufen.

12. Parteigenossen in Brüssel: Die Kongresse als die Zahl der Delegirten sind zu beschränken. Die bei Kongressen üblichen Festlichkeiten haben zu unterbleiben.

13. Parteigenossen in Düsseldorf: Die Landes-Parteitage sollen nur alle zwei Jahre stattfinden. Außerordentliche Parteitage sind nur zulässig nach einer stattgehabten Reichstagswahl, oder wenn die Nothwendigkeit eines solchen entweder vom Parteivorstand oder mindestens 25 Wahlkreisen ausgesprochen ist.

14. Parteigenossen in Elberfeld: Die §§ 7 und 8 der Parteiorganisation dahin abzuändern: § 7. **Alle zwei Jahre** findet ein Parteitag statt, der von der Parteileitung einberufen ist u. s. w. § 8. Die Einberufung des Parteitages muß spätestens 6 Wochen

K

vor dem Termin der Abhaltung desselben erfolgen, sofern nicht außerordentliche Verhältnisse dies unmöglich machen u. s. w.“

15. Parteigenossen in Barmen: 1. Alle Anträge zum Parteitage sind bis zum 15. August beim Vorstande einzureichen. 2. Das Geschäftsjahr schließt mit dem 31. August und sind der Rechenschaftsbericht und sämtliche Anträge zur Kenntniß der Genossen zu bringen.

16. Die Kreisconferenz der Genossen des Delitzsch-Bitterfelder Wahlkreises: Dem § 9 Abs. 1 des Organisations-Statuts folgende Fassung zu geben: „Die Delegirten der Partei aus den einzelnen Wahlkreisen, mit der Einschränkung, daß in der Regel kein Wahlkreis durch mehr als eine Person vertreten sein darf.“ Abs. 2 und 3 wie bisher. Abs. 4: „Der Parteitag setzt die Diäten für die Teilnehmer fest und sind erstere aus der Parteikasse auszugahlen. Jedoch ist jeder Wahlkreis verpflichtet, nach Maßgabe der bei der letzten Reichstagswahl abgegebenen sozialdemokratischen Stimmen zur Deckung der durch den Parteitag erwachsenden Kosten beizutragen.“

17. Parteigenossen in Bochum, Frankfurt a. M., Wiesbaden und Breslau: Den nächsten Parteitag in den benannten Städten abzuhalten.

18. Parteigenossen in Hornberg i. V.: Es soll nur alle zwei Jahre ein allgemeiner Parteitag, dagegen alljährlich Landes- oder Provinzialtage abgehalten werden. Der nächste allgemeine Parteitag soll in Süddeutschland, womöglich in Baden, abgehalten werden.

19. Parteigenossen in Bielefeld: Im § 13, Abs. 2 des Organisationsplans ist hinter Parteileitung einzuschalten: „und des Chefredakteurs des Zentral-Organes der Sozialdemokratischen Partei.“

Parteibeamten.

20. Parteigenossen in Ostrowo: Hinter § 13 des Organisations-Statuts folgenden Paragraphen 13a einzuschalten: „Nach Ablauf der Amtszeit der Vorsitzenden, Schriftführer und des Kassirers dürfen höchstens drei von den mit diesen Aemtern betraut gewesenen Parteigenossen in die neue Parteileitung gewählt werden. Kein Parteigenosse darf dem Parteivorstand ohne Unterbrechung länger als 2 aufeinander folgende Jahre hindurch angehören. Von den 5 für ein Geschäftsjahr mit den Aemtern der Vorsitzenden, Schriftführer oder des Kassirers betrauten Parteigenossen dürfen nicht mehr als 3 in einem anderen Geschäftsjahr in die Parteileitung gewählt werden. Von den 7 Kontrollleuren dürfen nach Ablauf eines Geschäftsjahres nicht mehr als 4 wiedergewählt werden. Kein Parteigenosse darf das Amt eines Kontrollleures ohne Unter-

K

brechung länger als 2 aufeinanderfolgende Jahre hindurch innehaben.

21. Parteigenossen in Höchst a. M. und Bernau: Zu Orts- oder Kreisvertrauensmännern dürfen nur solche Personen bestimmt werden, welche gewerkschaftlich und politisch organisiert sind.

22. Parteigenossen in Hornberg i. B.: Den Vertrauensmännern der Partei resp. den Wahlvereins-Vorständen ein Exemplar des Zentral-Organes „Vorwärts“ gratis auf allgemeine Parteikosten zuzustellen.

Schiedsgerichte.

23. Parteigenossen der Humboldt-Kolonie Köln-Deutz: Der Parteitag wird ersucht, die Bildung von Schiedsgerichten, bestehend aus dem Vertrauensmann und sechs Parteigenossen, für jeden Wahlkreis zu beschließen, zur Schlichtung persönlicher Differenzen. Die Wahl der Schiedsrichter ist in öffentlicher Versammlung vorzunehmen auf die Dauer von 1 Jahr.

Allgemeines.

24. Parteigenosse Friedr. Hoffmann-Berlin: Die Wahlvereine sollen es ihren Mitgliedern zur Pflicht machen, der Gewerkschaft anzugehören, wie dies umgekehrt auch von den Gewerkschaften erwartet wird. Gesangvereine, Diskutierklubs und sonstige proletarische Vereine sollen als Unterabteilungen, ohne Erhebung von Extrabeiträgen, in die Wahlvereine verlegt werden.

25. Agitations-Kommission für Schlesien und Posen:

1. In allen Provinzen und Landestheilen mit vorwiegend ländlicher Bevölkerung sind Agitations-Komitees zu wählen, deren Aufgabe es ist, die Bewegung im Allgemeinen, sowie ganz besonders in denjenigen Kreisen in zweckentsprechender Weise zu fördern, wo bisher die Partei nur vereinzelte Anhänger hat. Die Wahl der Kommissionen hat auf den Provinzial- und Landes-Parteitagen zu erfolgen.

2. Die Kommissionen haben alljährlich dem Parteivorstand Bericht zu erstatten. Im Bericht sind anzuführen: a) die Durchschnittslöhne der Dienstboten, Tagelöhner und Frauen, die gezahlt werden in einzelnen Kreisen; b) die Natural- und sonstigen Leistungen an das Gesinde und c) die Schlafstellen- und Wohnungszustände der Dienstboten, Tagelöhner und Häuser.

3. Der Parteivorstand ist verpflichtet, auf Antrag der Kommissionen dieselben materiell zu unterstützen. Unterstützungsanträge müssen von den Vertrauenspersonen derjenigen Orte, wo die Kommissionen ihren Sitz haben, begutachtet und befürwortet sein.

K

26. Parteigenossen in Rheynlt: In Partei-Versammlungen haben nur Diejenigen Wort und Stimme, welche durch Karten oder sonstige Erkennungszeichen sich als Parteigenossen legitimieren.

27. Parteigenosse H. Halfter-Berlin: Im Organisations-Statut § 2, 3. Abs. hinter „Betroffenen“, die Worte „und jeden Parteigenossen“ einschalten und dem § 17 des Organisations-Statuts folgenden Zusatz zu geben: „Der Parteitag fest für die Redakteure ein Maximalgehalt fest.“

28. Parteigenossen des 11. Sächsischen Wahlkreises: Von den einzelnen Agitationsbezirken sollen in Zukunft schriftliche Uebersichten über Stand, Thätigkeit, Fortschritte und sonstige wichtige Verhältnisse der Partei in den betr. Bezirken an das Bureau des Parteitages eingesendet und das Wichtigste aus diesen Uebersichten soll in den Protokollen der Parteitage entsprechend zusammengestellt werden.

Presse.

Zentral-Organ.

29. Parteigenossen des 4. Berliner und des Teltow-Beeßkower Wahlkreises:

Die alljährlich beim „Vorwärts“ erzielten große Ueberschüsse künftig zum Theil zur Bereicherung des Inhalts, insbesondere durch Verstärkung des Redaktionspersonals zu verwenden, damit der „Vorwärts“ seiner Aufgabe, der Partei als Agitationsmittel und den sozialdemokratischen Provinzialpressen als Materialquelle zu dienen, in besserer Weise genügen kann, als das bisher möglich war.

30. Parteigenossen von Halle a. S.: Der „Vorwärts“ möge die Entscheidungen des Reichs-Versicherungsamts für Unfälle, sowie auch die amtlichen Rundschreiben des Reichs-Versicherungsamts, soweit sie Arbeiter angehen, zur Kenntniß der Parteigenossen bringen.

31. Parteigenosse P. J. Cremer in Oggersheim: Der „Vorwärts“ als Zentral-Organ soll über den Stand der Parteipresse, speziell über den Abonnentenstand der verschiedenen Arbeiterblätter, jeweils vierteljährlich berichten und etwaige Ab- oder Zunahme anführen.

Wochenblatt.

32. Parteigenossen in Brüssel, Leipzig (Stadt und Land), der Kommunistische Arbeiter-Bildungs-Verein in London, die Genossen in Elberfeld und des 1. Berliner Wahlkreises: Daß neben dem „Vorwärts“ noch ein wöchentlich einmal er-

K

scheinendes Zentral-Organ der Sozialdemokratischen Partei herausgegeben wird.

33. Parteigenossen in Hannover: Von der Gründung eines wöchentlich erscheinenden Zentralblattes Abstand zu nehmen.

34. Parteigenossen in Achim und Krefeld: Eine Wochen- ausgabe des „Vorwärts“ herausgeben zu wollen mit dem Titel „Der Sozialdemokrat“.

35. Parteigenosse König-Berlin: Zur Ergänzung des „Vorwärts“ allwöchentlich eine Beilage herauszugeben (Mitte der Woche), welche im Gegensatz zu den meist die Tagesfragen behandelnden Leitartikeln und anderen politischen Beiträgen des Hauptblattes sich befaßt mit allgemein notwendiger Aufklärung über soziale Theorien, Parteiprinzipien, über die Grundsätze und Forderungen der Sozialisten, wissenschaftliche Abhandlungen, Besprechung der zugehörigen Literatur etc. Eine Preiserschöpfung des Gesamtblattes soll hierbei ausgeschlossen sein durch Aufgabe etwaigen Ueberschusses oder durch Zuschuß aus der Parteikasse.

36. Parteigenossen von Altona, Mühlburg bei Karlsruhe, Harburg und des 2. Hamburger Wahlkreises: Vom 1. Januar 1894 ab ein wöchentlich einmal erscheinendes Zentral-Organ neben dem „Vorwärts“ herauszugeben.

37. Die Parteigenossen des 5. Sächs. Reichstagswahl- kreises: In Zukunft eine Wochenausgabe des „Vorwärts“, unter Weglassung des lokalen Theils von Berlin, herauszugeben.

Unterhaltungsliteratur.

38. Parteigenossen in Köln: In der Galtung des Unter- haltungsblattes „Die Neue Welt“ soll eine Vesserung eintreten; besonders auch dadurch, daß die Illustrationen mehr dem Charakter eines Parteiblattes angepaßt werden.

39. Parteigenossen in Bremerhaven und Umgegend: Herausgabe eines wöchentlich erscheinenden Familienblattes.

Korrespondenz-Bureau.

40. Parteigenossen in Breslau: Ein Korrespondenz- und Telegraphen-Bureau zu errichten.

Flugblätter.

41. Parteigenossen in Hannover, Baden-Baden, Wands- bed: Das Partei-Programm nebst einem Vorwort zur Begründung desselben als Flugblatt in ganz Deutschland zu verbreiten, respektive

K

den Genossen der einzelnen Orte dasselbe unentgeltlich zur Ver- fügung zu stellen.

42. Parteigenossen in Briezen: Dem Parteiprogramm eine populär-wissenschaftlich gehaltene Abhandlung über die Agrarfrage beizugeben und als Flugblatt in ländlichen Kreisen zu verbreiten.

43. Parteikonferenz in Hanau: Die sozialdemokratische Fraktion soll nach Genehmigung der neuen Steuern, sowie über- haupt bei jeder anderen passenden Gelegenheit ein Flugblatt heraus- geben, worin dem Volke gezeigt wird, wer die Gesamtlasten zu tragen hat und wie die gewählten Vertreter der herrschenden Gesell- schaft das Recht des Volkes mit Füßen treten.

44. Parteigenossen in Lübeck: Die Reichstags-Fraktion der Sozialdemokratischen Partei soll am Schlusse einer jeden Reichstags- session eine Broschüre veröffentlichen, welche Gesetze, die geschaffen sind, vom sozialdemokratischen Standpunkt beleuchtet und insonder- heit die Namen derjenigen Abgeordneten bekannt giebt, welche volksfeindlichen Beschlüssen zugestimmt haben.

45. Parteigenossen in Düsseldorf: Der Parteivorstand oder die Fraktion haben in möglichst regelmäßigen Zwischenpausen Flugblätter mit ihrer Namensunterschrift herstellen zu lassen, welche den Charakter einer öffentlichen Ansprache tragen, an alle uns Fernstehenden gerichtet sind und in volksthümlicher Sprache ge- halten sein sollen. Die Verbreitung, welche in Masse zu geschehen hat, soll dadurch zu einer umfassenden und einheitlichen gestaltet werden, daß dieselbe von den Genossen aller Orten zu möglichst gleicher Zeit ausgeführt wird. Die Herstellungskosten des Flug- blatts sind aus allgemeinen Parteimitteln zu bestreiten, sofern die einzelnen Orte nicht selbst dafür aufkommen können.

46. Parteigenossen der Humboldt-Kolonie Köln-Deutz: Es ist unter allen Umständen dafür Sorge zu tragen, daß die bekannten Genossen stets mit Partei-Literatur zur Gratisvertheilung versehen werden.

Jugend-Literatur.

47. Parteigenossen in Nieder-Barnim, Bernau und Ge- nossen im Freiberger-Jugendbund in Hamburg: Unter allen Um- ständen für eine gute Jugend-Literatur Sorge zu tragen.

Sozialblätter.

48. Parteigenossen in Köln: Bei Neugründungen von Partei- blättern hat das Provinzial-Agitationskomitee in erster Linie sein Gutachten abzugeben, welches wesentlich durch Beschluß des Provinzial-Parteitages beeinflusst werden soll. Werden trotzdem

2* K

Neugründungen veranlaßt im Gegensatz zu den Ansichten des Provinzial-Agitationskomitees, so hat der Parteivorstand die Verpflichtung, etwa später notwendig werdende Unterstützung aus der Parteikasse zu verweigern.

49. Parteigenossen in Altona: Die Organe der Partei mögen eine eigene Rubrik einrichten für alle beim Militär vorgekommenen Soldatenschildereien u. s. w. — Die Expeditionen der Parteiblätter sollen denjenigen Abonnenten, die arbeitslos werden, während ihrer Arbeitslosigkeit die Zeitungen unentgeltlich liefern.

Kontrolle.

50. Parteigenosse Friedrich Hoffmann-Berlin: Der gesamten Arbeiterpresse (der politischen wie der gewerkschaftlichen) sollen Ueberwachungs-Kommissionen, bestehend aus Mitgliedern der Wahlvereinsvorstände und der Gewerkschafts-Kommissionen, vorgefetzt werden.

Inserate.

51. Parteigenossen des Wahlkreises Bitterfeld-Deilsch: Inserate, die geeignet sind, durch falsche Vorpiegelungen die Leser finanziell zu schädigen oder die den Interessen der Partei zuwiderlaufen, sind aus den Parteiblättern wie aus den auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Gewerkschaftsblättern fernzuhalten.

52. Parteigenossen in Düsseldorf: Der Parteivorstand wird beauftragt, allen Verfertignern von Gebrauchsgegenständen das Ab- und Aufdrucken von Bildnissen bekannter Parteipersonlichkeiten auf ihre Waaren strengstens zu unterlagen. Sollte der Parteivorstand nicht die Macht besitzen, einen Einfluß auf die Förderer des widerlichen Personenkultus auszuüben, so soll er angehalten sein, in allen Parteiblättern eine hierauf bezughabende Erklärung zu veröffentlichen und die Verwalter der Parteiblätter anzuweisen, alle Annoncen, welche Gegenstände erwähnter Art anpreisen, kurz abzumelden.

Broschüren und Protokolle.

53. Parteigenossen in Höchst a. M.: In Berücksichtigung der schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse den Preis für das nächste Parteitagprotokoll auf 30 Pf. festsetzen zu wollen.

54. Parteigenossen des 11. Sächsischen Reichstagswahlkreises: Die Protokolle der früheren Parteitage und Kongresse der Sozialdemokratischen Partei sollen, soweit sie vergriffen sind, in Neuanlagen gedruckt und zu möglichst billigen Preisen abgegeben werden.

55. Deutsche Parteigenossen in Basel: Broschüren, Bücher und sonstige literarische Erzeugnisse, welche im Parteiverlage oder bei parteigenössigen Verlegern erscheinen, billiger als bisher herzustellen.

56. Parteigenossen in Neumünster i. H.: Die stenographischen Berichte über die Debatten betr. den Militäretat in Separatabzügen herstellen zu lassen und diese zum Selbstkostenpreis an die Parteigenossen zur Agitation zu verabreichen.

57. Parteigenossen in Altona: Eine Person oder Kommission zu beauftragen, ein Handbuch zu schreiben, als Wegweiser durchs militärische Leben für alle jungen Leute, die Soldat werden müssen. Die Rede Bebel's (6. Punkt der prov. Tagesordnung) über den Antifemitismus soll in Broschürenform gedruckt und herausgegeben werden. Alle sozialistengesetzlich verboten gewesenen, jedoch später freigegebenen Bücher und Broschüren sind zweckentsprechend mit einem Vorwort zu versehen, in dem kurz und drastisch, so weit möglich, die Geschichte des betreffenden Buches klargelegt wird: 1. Tag des Verbots. 2. Wirkung des Verbots. 3. Darum erfolgte Ausweisungen u. s. w.

Allgemeines.

58. Parteigenosse Nestler-Magdeburg: In der Parteipresse die Fremdworte, wo es angeht, zu vermeiden, eventuell die deutsche Uebersetzung in Klammern beizufügen.

59. Parteigenosse H. Eggers-Altona: Eine Maximalgrenze für die Höhe der Gehälter der Partei-Journalisten festzusetzen und den Delegirten des Parteitages zu unterlagen, Berichte über den Parteitag für Zeitungen zu schreiben.

60. Die Parteigenossen des 19. Sächsischen Wahlkreises: Es möge in Zukunft die Parteipresse in ihrem Feuilleton nicht mehr, wie bisher, mit Kriminal- und Liebesromanen den Leserkreis zu unterhalten suchen, sondern sich mehr damit zu befassen, durch Biographien berühmter, edler Menschen, welche sich um die Wohlfahrt des Volkes verdient gemacht haben, auf den Charakter des Volkes einzuwirken und die Gefühle für alles Gute und Erhabene zu wecken und zu pflegen.

61. Parteigenossen in Harburg: Soviel wie möglich in den Broschüren und der Parteiliteratur die Fremdwörter überhaupt wegzulassen.

Agitation.

62. Parteigenossen in Höchst a. M.: Bei der in Aussicht stehenden Agitation auch die Wahlkreise Weilburg-Diehl-Limburg und Dillenburg-Herborn in festen Angriff zu nehmen, da dort die Arbeiter der Berg- und Hütten-Industrie zahlreich vertreten sind.

K

K

63. Parteigenossen in Triberg: Von Zeit zu Zeit Agitationstouren durch den badischen Schwarzwald zu unternehmen und die Kosten dafür der Parteikasse zu übertragen.

64. Parteigenosse in Rbln: Seitens des Parteivorstandes ist vierteljährlich eine Liste sämtlicher Vertrauenspersonen resp. deren Adressen als Beilage zum „Vorwärts“ herauszugeben.

65. Parteigenosse Eckwerth in Rostock: Der Parteitag möge die Agitations-Kommission von „Lübeck und den beiden Mecklenburg“ auffordern, einmal Bericht zu erstatten, was sie zur Verbreitung unserer Ideen und zur Aufklärung der Arbeiter seit ihrem Bestehen gethan hat.

66. Parteigenossen des 1. Berliner Reichstags-Wahlkreises: Die politisch wie gewerkschaftlich organisirten Genossen müssen sich voll und ganz der Agitation zur Verfügung stellen und sollen nicht durch Zugehörigkeit zu Landsmannschaften oder Mitgliedschaften sogenannter Vergnügungsvereine, Klubs zc. ihre Parteipflicht vernachlässigen.

67. Parteigenossen in Hornberg i. B.: Den 2. Badischen Wahlkreis zur besseren Agitation Geldmittel zu gewähren. — Den noch schwach organisirten Wahlkreisen Mittel zur Aufklärung in literarischer Hinsicht für die Wahlvereine unentgeltlich zu gewähren, sowie darauf hinzuwirken, daß die Partei-Literatur zu ermäßigerem Preise wie bisher behufs Aufklärung abgegeben wird.

68. Parteigenossen in Altona: In allen Orten, wo eine Bewegung für die Sozialdemokratie besteht, eine Zentralfstelle zu errichten, bei der die Parteigenossen gelesene Zeitungen und Broschüren abliefern können zum Zwecke der Versendung an bekannte Adressen auf dem Lande.

Taktik.

69. Parteigenossen des Wahlkreises Nieder-Barnim und Breslau (Ost und West): Bei Stichwahlen zwischen bürgerlichen Parteien haben sich die Genossen streng der Stimme zu enthalten, bei Reichstags- und Gemeinderathswahlen keinerlei Kompromiß mit bürgerlichen Parteien einzugehen.

70. Parteigenossen in Basel: Es ist dafür zu sorgen, daß keine Kompromisse mit anderen Parteien — ob direkt oder indirekt — geschlossen werden. Ebenso ist jede Unterstützung gegnerischer Kandidaten bei Stichwahlen zu verwerfen.

Maifeier.

71. Parteigenossen in Hannover: Es soll an dem bezüglich den Beschlüssen des Berliner Parteitages festgehalten und ein dementsprechender Beschluß gefaßt werden.

K

72. Parteigenossen des 1. Berliner Wahlkreises: Sich auf den Boden der Züricher Beschlüsse zu stellen. Den einzelnen Organisationen, welche für die Arbeitsruhe am 1. Mai eintreten wollen, es zur Pflicht zu machen, sich finanziell zu rüsten, damit sie den Maßregeln der Unternehmer gegenüber gewappnet sind.

73. Parteigenossen im 5. Sächsischen Wahlkreis: Den 1. Mai gemäß den Beschlüssen des Züricher Kongresses so zu feiern, daß alle Parteigenossen, welche ohne besonders schwere wirtschaftliche Opfer es vermögen, die Arbeit ruhen zu lassen und durch Umzüge oder ähnliche Veranstaltungen demonstrieren, daß ferner am Abend des 1. Mai Versammlungen stattfinden, die sich mit der Bedeutung des Tages beschäftigen.

74. Parteigenossen in Krefeld: Die englische Resolution, wie sie auf dem internationalen Kongreß in Zürich angenommen, ist als Norm für das Verhalten der deutschen sozialdemokratischen Arbeiter zu nehmen.

75. Parteigenossen in Lübeck: Am 1. Mai überall durch Abhalten von Versammlungen, Festlichkeiten und Vertrieh geeigneter Schriften zu demonstrieren und es den einzelnen Orten, je nach Sachlage, zu überlassen, Aufzüge zc. auf den ersten Sonntag im Mai zu verlegen.

76. Parteigenossen in Bielefeld: Die Maifeier 1894 hat am Tage des 1. Mai durch Versammlungen und am ersten Sonntage im Mai durch abzuhaltende Volksfeste stattzufinden.

77. Parteigenossen in Bremerhaven: Die Maifeier auf den ersten Sonntag im Mai zu verlegen.

78. Parteigenossen des 5. Berliner Wahlkreises und des Kreises Teltow-Weesow: Die Maidemonstration nur am 1. Mai und, wo es irgend möglich ist und die örtliche Parteileitung es mit den Interessen der Arbeiter vereinbar hält, durch Arbeitsruhe zu feiern.

79. Parteigenossen des 4. Berliner Wahlkreises: Ueberall da, wo die Volksversammlungen eine allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai für möglich und wünschenswerth halten, Arbeitsruhe eintreten zu lassen.

80. Parteigenossen in Mannheim: Der Parteitag wolle beschließen, daß der 1. Mai durch Ruhenlassen der Arbeit nur da gefeiert werden solle, wo keine besonderen Hindernisse im Wege stehen.

81. Parteigenossen in Kassel: Die Frage, ob am 1. Mai die Arbeit ruhen soll oder nicht, soll in Zukunft nicht mehr von der politischen Partei geregelt, sondern es soll von den Gewerkschaften

K

in den einzelnen Orten danach entschieden werden, wie die Konjunktur in denselben ist. Dadurch, daß es so einzelnen besser gestellten Gewerkschaften wenigstens möglich ist, die Arbeitsruhe zu bestimmen, wird endlich einmal ein Schritte gethan auf dem Wege zur „allgemeinen Arbeitsruhe“ am 1. Mai.

82. Parteigenossen des 1. Berliner Wahlkreises: Sämtliche Parteigeschäfte sind am 1. Mai zu schließen und Parteizeitungen werden an diesem Tage nicht fertiggestellt.

83. Parteigenosse H. Halfter-Berlin: Ein Demonstrationsabzeichen, welches am 1. Mai zu tragen ist, für die ganze Partei einzuführen.

84. Parteigenossen in Altona: Die Maifest-Zeitung in besserer Ausstattung als bisher erscheinen zu lassen.

Stellung zur Gewerkschaftsbewegung.

85. Parteigenossen des Nieder-Barnimer Kreises und von Frankfurt a. M.: Pflicht eines jeden Parteigenossen ist es, der Gewerkschaft seines Berufs anzugehören.

86. Parteigenossen in Mannheim: Es wird von jedem Parteigenossen erwartet, daß er sich der gewerkschaftlichen Organisation seiner Branche anschließt.

87. Parteitag in Marburg und Genosse Schwert-Hofstoc: Es wird erwartet, daß jeder Parteigenosse auch seiner Berufsorganisation angehört, soweit nicht zwingende Gründe ihn veranlassen, derselben fernzustehen.

88. Die Agitations-Kommission für Schlesien und Posen: Die Gewerkschaftsbewegung nach Kräften zu fördern und die Arbeiter in ihren Berufen zu organisieren, damit dieselben politisch vorgebildet werden.

Allgemeines.

89. Parteigenossen des 1. Berliner Wahlkreises: Es dürfen in Zukunft Parteigelder nicht mehr für Streiks u., sondern nur zu Parteizwecken verwendet werden.

Parlamentarisches.

90. Parteigenossen im 4. Berliner Wahlkreis und Genosse M. Harm in Altona: Die Reichstags-Fraktion solle im Reichstag die Reichsregierung auffordern, eine Arbeitslosenstatistik aufnehmen zu lassen.

K

91. Parteigenosse Harm in Altona: Die Reichstags-Fraktion solle darauf hinwirken, daß 1. eine vom Staate organisierte Versicherung gegen Arbeitslosigkeit eingeführt werde. 2. Wolle der Parteitag der Verstaatlichung der für die Ernährung des Volkes hauptsächlich in Betracht kommenden Bodenerzeugnisse, insbesondere des Getreides, sowie des Handels mit diesen seine Zustimmung geben. 3. Wolle der Parteitag auf Organisation des Arbeitsnachweises, sei es durch den Staat oder durch die Gemeinden, hinwirken, resp. hierzu Stellung nehmen.

92. Parteigenossen in Halle a. S.: Die Reichstags-Fraktion soll seitens des Parteitages beauftragt werden, im Reichstag einen Antrag auf Beseitigung des Impfpzwanges zu stellen. Die Fraktion ist weiter zu beauftragen, in Anbetracht der wachsenden Arbeitslosigkeit im Reichstoge einen Antrag einzubringen auf obligatorische Einführung des achtkündigen Arbeitstages.

93. Parteigenossen in Frankfurt a. M.: Unsere Reichstags-Fraktion zu beauftragen, für eine einheitliche Regelung der Gewerbe-Inspektionen mittels eines Reichsgesetzes zu wirken.

94. Parteigenossen im 5. Sächsischen Wahlkreis: Die Reichstags-Fraktion zu veranlassen, im Reichstag die Abänderung des § 120 d der Gewerbe-Ordnung dahingehend zu beantragen, daß die Behörden nicht wie bisher nur befugt sind, alle Maßnahmen zu treffen, welche die Durchführung der §§ 120a—120c erforderlich machen, sondern daß ihnen die Verpflichtung hierzu auferlegt wird.

95. Parteigenossen in Lübeck: Die sozialdemokratische Reichstags-Fraktion soll im Reichstag den Antrag stellen, daß der Mandatsprüfungs-Kommission Gelegenheit gegeben wird, schneller arbeiten zu können wie bisher.

96. Parteigenossen des Wahlkreises Teltow-Beeskow-Charlottenburg: Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags soll baldmöglichst einen Antrag auf Beseitigung der jetzt bestehenden Vereins- und Versammlungsgesetze einbringen.

97. Parteigenossen in Düsseldorf und Frau Hohrlack-Berlin: Die sozialdemokratische Fraktion soll im Deutschen Reichstoge einen Gesekentwurf einbringen, welcher die Anstellung weiblicher Fabrik-Inspektoren verlangt. Es darf dadurch keinesfalls die Zahl der bereits angestellten männlichen Fabrik-Inspektoren vermindert werden. Es soll in dem Entwurf vielmehr gleichzeitg eine erhebliche, den Anforderungen der industriellen Entwicklung und der besseren Beaufsichtigung der Fabriken entsprechende Vermehrung dieser Beamten vorgeesehen werden. Die Anstellung der männlichen

K

sowohl als der weiblichen Fabrik-Inspektoren soll durch geheime, gleiche und direkte Wahl der Arbeiter, Arbeiterinnen und Arbeitgeber erfolgen. Die Befoldung hat, obwohl der Modus der Anstellung ein anderer ist, durch den Staat zu erfolgen. Die Thätigkeit dieser Beamten hat sich nicht nur auf die Kontrolle der Fabriken in Bezug auf die Ausführung aller Arbeiterschutzgesetzbestimmungen, sondern auch auf die durch die Revision sich ergebenden notwendigen Erweiterungen derselben, zum besseren Schutz der Arbeiter als bisher, zu erstrecken. Auch ist den Beamten die Greifzugewalt zu verleihen.

98. Parteigenossen in Leipzig: Bei der nächsten Reichstagswahl sind Doppelsignaturen gänzlich zu vermeiden.

99. Parteigenosse Schwert in Rostock: Bei Aufstellung von Kandidaturen zum Reichstage sind die Wahlkreise aufzuordern, nur solche Personen zu nehmen, welche auch wirklich Sozialdemokraten sind, d. h. sich auf dem politischen Gebiete ebenso bewähren wie in der wirtschaftlichen Bewegung.

Resolutionen.

100. Parteigenossen in Brüssel: Die Taktik, welche in letzter Zeit in der deutschen Sozialdemokratie üblich ist, wird von uns als unrichtig angesehen, indem man allen rechtsstehenden Elementen den weitesten Spielraum läßt, dagegen alle radikalere Genossen rücksichtslos terrorisiert, wie die Vorgänge in Zürich beweisen. Wir sprechen unser Mißfallen über den von deutscher Seite in Zürich in Szene gesetzten Ausschluß der anarchistischen und unabhängigen Delegierten aus.

101. Parteigenossen in Düsseldorf: In Erwägung, daß unsere Partei ihre Hauptaufgabe niemals in der parlamentarischen Beteiligungs suchen kann und suchen darf, sondern das Schwergewicht ihrer disponiblen Kräfte der unmittelbaren Propaganda zuzuwenden, sollen von jetzt ab — außer bei ganz wichtigen Bestimmungen — nur ein Bruchtheil unserer Abgeordneten, d. h. nicht viel mehr, als nöthig sind, um eine Fraktion darzustellen, an den Reichstagsitzungen theilnehmen. Alle übrigen Abgeordneten aber, die sich mit ihren Fraktionsgenossen im Parlament jährlich (vielleicht nach alphabetischer Reihenfolge) abzulösen haben, sollen zur Zeit, wo sie den Reichstagsitzungen nicht beiwohnen, in den verschiedenen Provinzen des Reiches große Volksversammlungen abhalten, in welchen sie vornehmlich die den Reichstag beschäftigende Materie zum Gegenstand ihrer Beleuchtung und Kritik zu machen haben.

102. Parteigenossen des Wahlkreises Teltow-Beeskow-Charlottenburg: Die Parteigenossen allerorts werden aufgefordert, sich in Versammlungen, Vereinen und Privatkreisen, unter möglicher Einschränkung der zu gewissen Zwecken dienenden Vereine, die eingehende Erörterung aller das Gemeinwohl berührenden Fragen angelegen sein zu lassen, da sie ein wirksames Mittel ist zur gesunden Fortentwicklung des Parteilebens, sowie zur Heranbildung frischer Kräfte für die Propaganda unserer Ideen.

103. Parteigenosse Fischöder in Rixdorf: In Anbetracht, daß das Vereins- und Versammlungsrecht in den verschiedenen Ländern Preußens-Deutschlands grundverschieden ist und von den Behörden wiederum verschiedenartig ausgelegt wird, so daß den Genossen und Genossinnen, welche Letztere so gut wie ganz vom öffentlichen politischen Leben ausgeschlossen sind, nach den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen fast zur Unmöglichkeit gemacht wird, sich zu organisiren, um so auf diese Weise ihr Wissen zu bereichern, um dadurch für den wirtschaftlichen und politischen Klassenkampf gerüstet zu sein, beschließen die auf dem Parteitag zu Köln versammelten Genossen und Genossinnen, dem Agitationsplan einen Satz hinzuzufügen, wonach es den Genossen allerorts zur Pflicht gemacht wird, mehr denn je im Kreise ihrer Familien aufklärend zu wirken, damit mit Hilfe der so geschulten nachkommenden Generation, beiderlei Geschlechts natürlich, die Sache des Proletariats der ganzen Welt verwirklicht werde.

104. Parteigenossen des 4. Berliner Reichstags-Wahlkreises: In Erwägung, daß die Parteitage schon wiederholt die Nothwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation ausgesprochen haben; in fernerer Erwägung, daß zum vollen Verständniß der modernen proletarischen Bewegung die Erkenntniß der Nothwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation gehört, empfiehlt der Parteitag den Genossen allerorts, möglichst nur solchen Personen Vertrauensposten in der Partei zu übertragen, welche zu dieser Erkenntniß gelangt sind und ihrer bezüglichen Berufsorganisation angehören.

105. Parteigenossen des Wahlkreises Nieder-Barnim: In Erwägung, daß der Kampf auf wirtschaftlichem Gebiet neben dem politischen unentbehrlich ist und in der weiteren Erwägung, daß in letzter Zeit der sozialdemokratischen Partei der Vorwurf gemacht wurde, die Führer der Partei vernachlässigten die Gewerkschaftsbewegung, macht es der in Köln tagende Parteitag jedem Parteigenossen zur Pflicht, ebenso entschieden für die Gewerkschaftsbewegung wie für die politische Bewegung einzutreten, weist

jedoch den Vorwurf, daß die politische Partei die Gewerkschaftsbewegung vernachlässige, ganz entschieden zurück, indem man die Partei als solche nicht für die Ansichten einzelner Parteigenossen verantwortlich machen kann.

106. Parteigenosse W. Jäger, Nizdorf. In Anbetracht dessen, daß sich die wirtschaftliche Lage des Proletariats infolge der kapitalistischen Produktionsweise immer mehr und mehr verschlechtert, die Männerarbeit immer mehr und mehr durch Frauenarbeit verdrängt wird, und die Frauen infolge ungenügender Organisation nicht in der Lage sind, dem Kapital den nöthigen Widerstand entgegen zu setzen. Ferner in Anbetracht dessen, daß die Frauenarbeit mindestens zur Hälfte von jüngeren Arbeitskräften verrichtet wird und die älteren Frauen nur schwer zur Organisation heranzuziehen sind, hält es der zu Köln tagende Parteitag der deutschen Sozialdemokratie für Ehrenpflicht eines jeden Genossen, für die gewerkschaftliche Organisation der weiblichen Arbeitskräfte, insbesondere der jüngeren, in jeder Hinsicht einzutreten.

Speziell hält es der Parteitag für Pflicht eines jeden Vaters und einer jeden Mutter, die sich zur Sozialdemokratie bekennen, dafür zu sorgen, daß ihre eventuellen Töchter, sobald sie das gesetzliche Alter erreicht haben, sich der betreffenden Gewerkschaftsorganisation anschließen.

Bericht des Partei-Vorstandes.

Allgemeines.

Der Parteitag im vorigen Jahre, welcher in der Zeit vom 14. bis 21. November in Berlin stattfand, hat die Partei in voller Einigkeit gezeigt und den Beweis erbracht, daß die sachlichen und persönlichen Differenzen, welche zu den Auseinandersetzungen in Halle und Erfurt geführt haben, vollständig ausgeglichen waren.

Die Partei konnte sich deshalb mit voller Kraft und ungestört durch innere Wirren, der Bildung neuer Organisationen und der Agitation für unsere Grundsätze widmen. Nach beiden Richtungen sind auch große Fortschritte zu verzeichnen, wofür den sichtbaren Beweis der Ausfall der letzten Reichstags-Wahlen gebracht hat.

Was den Ausbau der Organisation betrifft, so hat sich derselbe auch im letzten Jahre wesentlich in der Richtung bewegt, daß die provinziellen und Landesorganisationen mehr ausgebreitet und fester gestaltet wurden. Je mächtiger die Partei anschwillt, je größer die Zahl ihrer Anhänger wird, desto weniger ist es naturgemäß möglich, von einer Zentralstelle aus Vorschriften für die geeignetste Form der lokalen Organisation zu geben. Strenge fest gehalten muß nur an dem System der Vertrauenspersonen werden, durch welche die Verbindung zwischen der Parteileitung und den einzelnen Orten hergestellt wird.

Welche Form dagegen die Genossen am Orte für die Organisation wählen, muß in den meisten Fällen deren Ermessen überlassen werden. Wo es angeht, empfiehlt es sich aber nach wie vor, Wahlvereine zu bilden. Leider hat die in fast ganz Deutschland geltende gesetzliche Vorschrift, daß politische Vereine Mitgliederverzeichnisse an die Polizeibehörden einreichen müssen, häufig zu dem Mißbrauche geführt, daß die Namen der Mitglieder an die Unternehmer, bei denen sie beschäftigt sind, mitgetheilt wurden, was nicht selten Maßregelungen oder den Zwang, aus dem Verein wieder auszutreten zur Folge hatte. Besonders in den ländlichen Distrikten wird durch dieses Zusammenwirken von Polizei und Unternehmertum die Begründung politischer Vereine ungemein erschwert und gegendeweise gerabezu unmöglich gemacht.

Wenn trotz dieser Schwierigkeiten, zu denen häufig noch die Vergewaltigung unserer Agitatoren, Flugblattvertheiler zc. durch aufgehekte Dorfbewohner kommt, gerade auch unter den letzteren wie unter der ländlichen Bevölkerung überhaupt unser Anhang immer größer und das Bestreben nach Bekanntwerden mit den sozialdemokratischen Lehren, unseren Schriften und Zeitungen immer reger wird, so beweist dies, daß die Hoffnung unserer Gegner auf den Schuß, den der „antikollektivistische Bauernschädel“ ihren Ausbeuterprivilegien auch in Zukunft gewähren werde, auf sehr schwachen Füßen steht. In großen Provinzen und Ländern mit fast nur ländlicher Bevölkerung, wie z. B. Pommern, Mecklenburg, Schleswig-Holstein, den ländlichen Distrikten Bayerns, wie überhaupt in ganz Süddeutschland und anderwärts hat sich die Zahl unserer Anhänger gewaltig vermehrt, wie die Stimmresultate der letzten Reichstagswahlen beweisen.

Ungeachtet dieser Erfolge gelangen gerade aus den ländlichen Distrikten immer und immer wieder Beschwerden über mangelnde Agitation und geeignetes Agitationsmaterial an die Parteileitung, ein Zeichen dafür, daß auf diesem Gebiete unserer Partei noch eine Riesenaufgabe gestellt ist. Der Partei-Vorstand hat deshalb auch in die Tagesordnung des diesjährigen Parteitages die Frage der Landagitation aufgenommen, um so den Delegirten Gelegenheit zu geben, ihre Erfahrungen gegenseitig auszutauschen und der Parteileitung mit praktischem Rath und Vorschlägen an die Hand zu gehen. — Eine Gelegenheit, die Probe auf den Werth und die Brauchbarkeit unserer Partei-Organisation zu machen, bot die Auflösung des Reichstags und die in kürzester Frist angefügten Neuwahlen.

Die Auflösung erfolgte am 6. Mai; am gleichen Tage wurde der Termin der Neuwahlen, 15. Juni, bekannt gemacht. In derselben Nummer unseres Zentralorgans „Vorwärts“ vom 7. Mai, in der die Auflösung des Reichstags mitgeteilt wurde, richteten auch die Mitglieder der früheren Reichstagsfraktion bereits einen Aufruf an die Parteigenossen und Wähler, mit „ganzer Kraft in den Wahlkampf einzutreten, ungefäumt die letzte Hand an die Organisation des Wahlkampfes zu legen und namentlich auch dafür zu sorgen, daß die für diesen Kampf erforderlichen Mittel in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen“.

Dieser Aufruf fand in der ganzen Partei freudigen Widerhall! Ueberall traten die Genossen zusammen, bildeten sich Wahlkomitees und wurden, wo dies nicht bereits früher geschehen war, die Kandidaten für die Neuwahlen aufgestellt.

Noch ehe die Auflösung des Reichstages erfolgt war, aber nachdem sie bereits sicher in Aussicht stand, fand auf Anregung des Partei-Vorstandes eine Fraktionsitzung unserer früheren Abgeordneten

statt, an der auch der Partei-Vorstand theilnahm und in der die Grundsätze besprochen wurden, nach denen die Agitation für die Wahlen geleitet werden sollte. Als leitender Gesichtspunkt wurde dabei aufgestellt, daß es:

„bei dem Umfange und der Stärke, welche unsere Partei angenommen hat, unmöglich sei, die ganze Wahlbewegung von einem Zentralpunkte aus zu leiten.

Es empfehle sich deshalb, ohne den bisher hoch gehaltenen Gedanken der Zentralisation in der Parteiorganisation aufzugeben, die provinziellen oder Landes-Gliederungen, welche seit Aufhebung des Sozialistengesetzes sich herausgebildet haben, bei der Durchführung des Wahlkampfes in entsprechender Weise heranzuziehen.“

Entsprechend den vorliegend entwickelten Gesichtspunkten wurde nachfolgende Einteilung der Agitationsbezirke beschlossen:

Wahlkreise	Sitz des Komitees.
Provinz Ostpreußen	Königsberg
Provinz Westpreußen	Danzig
Provinz Brandenburg mit Berlin	Berlin
Provinz Pommern	Stettin
Provinzen Schlesien und Posen:	
Reg.-Bez. Breslau, 1.—8. Wahlkreis	Breslau
Reg.-Bez. Posen	
Reg.-Bez. Oppeln	
Reg.-Bez. Bromberg	Bromberg
Reg.-Bez. Breslau, 9.—13. Wahlkreis	Oberlangenbicklau Görlitz
Reg.-Bez. Liegnitz	
Provinz Sachsen:	
Reg.-Bez. Magdeburg	Magdeburg
Reg.-Bez. Merseburg	Halle
Reg.-Bez. Erfurt mit Ausnahme des Wahlkreises Mühlhausen-Langenalza	Erfurt
Provinz Hannover:	
3.—5., 7.—12. und 14.—16. Wahlkreis	Hannover
1. und 2. Wahlkreis	Wilhelmshaven
6., 18. und 19. Wahlkreis	Bremen
17. Wahlkreis	Hamburg
13. Wahlkreis	Braunschweig
Provinz Westfalen:	
Reg.-Bez. Münster	Bielefeld Dortmund
Reg.-Bez. Minden und die beiden Lippe	
Reg.-Bez. Arnberg	

K

K

Wahlkreise	Sitz des Komitees.
Provinz Hessen-Nassau: Reg.-Bez. Kassel 1.—3. und 5.—7. Wahlkreis und Waldeck	Kassel
Reg.-Bez. Wiesbaden, Hanau-Gelnhausen, der Bayerische Wahlkreis Aschaffenburg, sowie der 1.—3. Hessische Wahlkreis	Frankfurt a. M.
Rheinprovinz: Reg.-Bez. Koblenz } Reg.-Bez. Köln } Reg.-Bez. Düsseldorf } Reg.-Bez. Trier } Reg.-Bez. Aachen }	Köln
Provinz Schleswig-Holstein: 1.—5., 7. und 9. Wahlkreis 6., 8. und 10. (Lauenburg) Wahlkreis	Elberfeld St. Joh.-Saarbr. Aachen
Königreich Bayern: Ober- und Nieder-Bayern Schwaben und Neuburg Oberpfalz, Ober- und Mittelfranken Unterfranken ohne den Wahlkreis Aschaffenburg Rheinpfalz	Neumünster Hamburg
Königreich Sachsen 1.—9. Wahlkreis 11.—14. Wahlkreis 10., 15.—17., 19. und 20. Wahlkreis 18., 21.—23. Wahlkreis	München Augsburg Nürnberg Würzburg Ludwigshafen
Königreich Württemberg und Sigmaringen	Dresden Leipzig Chemnitz Zwickau Stuttgart
Großherzogthum Baden: 1.—8. Wahlkreis 9.—14. Wahlkreis	Offenburg Mannheim
Großherzogthum Hessen: 4.—7. Wahlkreis 8. und 9. Wahlkreis	Darmstadt Mainz
Beide Mecklenburg und Lübeck	Lübeck
Thüringen: Wahlkreis Gotha, 2. Weimar, Mühlhausen-Langenfalka, Eschwege-Schmalkalden Wahlkreis 1. und 3. Weimar, Coburg und Schwarzburg-Sondershausen Wahlkreis 1. und 2. Meiningen und Schwarzburg-Rudolstadt	Gotha Erfurt Pößneck
Großherzogthum Oldenburg: 1.—3. Oldenb. u. 1. u. 2. Hannov. Wahlkreis	Bant bei Wilhelmshaven

K

Wahlkreise	Sitz des Komitees.
Herzogthum Braunschweig: 1.—3. Braunschweiger und 13. Hannoverscher Wahlkreis	Braunschweig Altenburg
Herzogthum Sachsen-Altenburg	
Herzogthum Anhalt: 1. und 2. Wahlkreis	Deßau Greiz Sera
Neuß ältere Linie: Neuß jüngere Linie	
Hamburg: 1.—3. Wahlkreis, 17. Hannoverscher, 6., 8. und 10. Holsteiner Kreis	Hamburg
Elß-Lothringen	Mühlhausen i. E.
Bremen: Bremen, 6., 18. und 19. Hannov. Wahlkreis	Bremen

Das Zirkular, welches die vorstehende Eintheilung zur Kenntniß der Vertrauensmänner und Wahlkomitees brachte, konnte bereits am 8. Mai im Drucke fertig gestellt und in den darauf folgenden Tagen versandt werden. Im Großen und Ganzen hat sich die Eintheilung vortrefflich bewährt, was um so mehr hervorgehoben zu werden verdient, als es sich bei derselben um eine Einrichtung handelte, die in der Partei zum ersten Male allgemein durchgeführt wurde und die Zeit, innerhalb der sie zur Anwendung und Durchführung gebracht werden mußte, so außerordentlich kurz bemessen war. Nur der Partei-Disziplin und dem Opfermuth unserer Parteigenossen ist es zu danken, daß nach Verlauf von kaum acht Tagen nach Auflösung des Reichstags unsere Wahltschlachtordnung schon fertig, die Komitees gewählt, die Kandidaten aufgestellt, die ersten Wahlflugblätter vertheilt oder doch zur Vertheilung bereit und unsere Agitatoren in voller Thätigkeit waren.

Dabei ist zu beachten, daß die Wahlthätigkeit unserer Partei sich nicht — wie dies bei allen gegnerischen Parteien der Fall ist — nur auf einzelne Landstriche und Provinzen beschränkte, sondern daß wir den Wahlkampf überall in ganz Deutschland aufnahmen. „Eine Ehrenpflicht der Genossen ist es“ — so heißt es in dem Wahlzirkular des Partei-Vorstandes — „in allen Wahlkreisen des Reiches Kandidaten unserer Partei aufzustellen.“ Entsprechend dieser Aufforderung wurden in 386 von den 397 Wahlkreisen des Deutschen Reiches sozialdemokratische Kandidaten aufgestellt und für dieselben in energischer Weise agirt.

Der Erfolg dieser Thätigkeit ist auch nicht ausgeblieben und kommen wir an anderer Stelle dieses Berichtes darauf zurück. Als

K

einen besonders erfreulichen Fortschritt in Bezug auf die Ausbreitung unserer Parteio rganisation können die relativ bedeutenden Erfolge der sozialdemokratischen Kandidaturen in den polnischen Wahlkreisen und in den Reichsländern angeführt werden. In beiden Landestheilen des deutschen Reiches herrschen in Bezug auf die Ausübung politischer Rechte Ausnahmestände, wie man sie sonst im westlichen Europa nicht kennt. In den Reichsländern, wo der Diktaturparagra ph noch in Geltung ist, ist das jeweilige Befinden der Polizei und der politischen Behörden die einzige „Rechtsgrundlage“ für die Bethätigung politischer Rechte; in unseren polnischen Landestheilen fehlt zwar der Diktaturparagra ph, dafür hat sich aber dort eine polizeiliche und richterliche Praxis ausgebildet, unter der für die Oppositionsparteien, und vor allem für die sozialdemokratische Partei, die agitatorische und organisatorische Thätigkeit außerordentlich erschwert wird. Polizei, Unternehmer und Pfaffen arbeiten in den polnischen Landestheilen in holdere Einkracht zusammen, um von den in den wirtschaftlich traurigsten Verhältnissen lebenden Proletariern jeden Hauch sozialpolitischer Aufklärung ferne zu halten. Die Knute, der Schnaps und der Hofenfranz, das sollen nach dem Willen gewisser „maßgebender“ Kreise die einzigen Erziehungs- und Genußmittel sein, mit denen der polnische Proletarier Bekanntheit machen darf.

Glücklicherweise erweist sich aber auch in diesem Falle der Gedanke des Fortschritts stärker als die Machtmittel der Reaktion. Und so sehen wir auch unter unseren polnischen Arbeitsbrüdern, trotz dem Feter und Morbio eines mit dem Kapitalismus ver schwisterten Pfaffen thums, trotz Polizei, Gefängnis und Ausweisung, die sozialdemokratischen Lehren immer mehr Ausbreitung gewinnen.

Ein Parteitag der polnischen Sozialdemokraten im September d. J. in Berlin, welcher sich speziell mit der Schaffung einer polnischen Partei-Organisation befaßte, war auch aus der Provinz sehr gut besucht und vom besten Geiste befeelt. Freilich haben gerade diese Genossen ein außerordentlich schweres Werk zu vollbringen. Bei der Begeisterung aber, welche in den Reihen unserer polnischen Genossen für die Sache der Sozialdemokratie herrscht, hegen wir keinen Zweifel, daß sie ihr Ziel erreichen werden. Der Partei-Vorstand hat entsprechend dem Geiste unserer Partei-Grundsätze und gewiß im Einverständnis mit sämmtlichen Genossen die Bestrebungen unserer polnischen Freunde zu fördern gesucht, wo es anging.

Sichtbarer, wie in den politisch und wirtschaftlich rückständigen polnischen Landestheilen, sind auch für den Fernerlebenden die Erfolge unserer Partei in den Reichsländern. Abgesehen von der gewaltigen Zunahme unserer Stimmen in den beiden Provinzen Elsaß-Lothringen, ist es uns gelungen, nicht nur den Wahlkreis

Mülhausen zu behaupten, sondern auch den Stadtkreis Straßburg zu erobern. Das, was der Reichsregierung unter dem Aufgebot aller ihr zu Gebote stehenden Mittel nicht gelingen will, das Vertrauen der „wiedergewonnenen Brüder“ zu erlangen, das hat die sozialdemokratische Partei spielend erreicht. Während von den alten deutschen Parteien, trotz aller offiziellen und materiellen Begünstigungen, keine in den Reichsländern festen Fuß fassen kann, hat die Sozialdemokratie die zwei wichtigsten Kreise der Provinz erobert und ist zu einer der stärksten Parteien des Landes herangewachsen. Und dies alles unter der rücksichtslosesten Bedrückung unserer reichsländischen Genossen, zu welcher ja die so fürsorglich aufrecht erhaltene napoleonische und altfranzösische Polizei-Gesetzgebung die willkommenen Handhaben bietet.

Als sprechender Beweis für die Stärke unserer Partei-Organisation darf wohl auch der außergewöhnlich starke Besuch des internationalen Arbeiterkongresses in Zürich angeführt werden. Die Präsenzliste dieses Kongresses weist 92 Delegierte aus Deutschland auf. Unter diesen Zweihundneunzig befanden sich neben den Vertretern der Partei allerdings auch die Repräsentanten der Gewerkschaften, aber auch unter diesen ist nicht einer gewesen, der nicht zu den Mitgliedern der Partei zählt.

Entsprechend der Ausdehnung der Organisation und dem lebhaften Verkehr zwischen den Parteigenossen und dem Partei-Vorstand, wie er besonders durch die Wahlbewegung veranlaßt wurde, ist die Korrespondenz zwischen den einzelnen Genossen und dem Parteisekretariat gewachsen. Nachfolgende Ziffern geben ein Bild über den schriftlichen Verkehr zwischen den Parteigenossen und dem Parteibureau. Es liefen ein an Briefe und Karten in der Zeit vom Haller bis zum Erfurter Parteitag, also vom 18. Oktober 1890 bis 30. September 1891: 3227 Briefe und Karten; von Erfurt bis Berlin, d. h. vom 1. Oktober 1891 bis 30. September 1892: 3842 Briefe und Karten und seit Berlin bis 30. September 1893: 6292 Briefe und Karten.

Diesen Ziffern stehen gegenüber an Ausgängen (Briefe und Karten) in denselben Zeiträumen 3633, 3494 und 4730. Die versandten Zirkulare und Kreuzbänder sind in diesen Zahlen nicht mit angeführt. Gerade diese Sendungen haben aber in diesem Jahre, veranlaßt durch den Wahlkampf und die Flugblätterversendungen einen früher nie erreichten Umfang angenommen.

Wenn ungeachtet aller dieser Zeugnisse für das Wachstum unserer Partei die Gegner in neuester Zeit das Schlagwort ausgegeben haben, daß unsere Bewegung ihren „Höhepunkt überschritten“ habe und jetzt sicher ein Stillstand eintreten werde, so verlohnt es sich wohl nicht, darauf ernsthaft einzugehen. Unsere Gegner haben sich gegenseitig so lange blauen Dunst mit dem angeblichen

„Rückgang der Sozialdemokratie“ vorgemacht, daß man es fast als einen Fortschritt in der Beurtheilung der treibenden Kräfte, welche die sozialdemokratische Bewegung hervorgerufen, betrachten kann, wenn jetzt bloß mehr von einem Stillstand und nicht mehr von dem „Rückgang“ der sozialdemokratischen Hochfluth die Rede ist. Auf alle Fälle können die Parteigenossen mit dem „Stillstand“ wie er sich bei den Gewerbegerichts-, Gemeinde-, Reichstags- und Landtagswahlen in fast allen Gauen Deutschlands gezeigt hat, sehr zufrieden sein, wenn unsere Gegner dies auch sind, so kann es uns recht sein.

* * *

Erfolge, wie wir sie auch wieder im letzten Jahre erzielt haben, wären nicht möglich, wenn nicht durch unermüdete Agitation stets reges Leben in der Partei unterhalten würde. Besonders zur Zeit der Wahl waren unsere agitatorischen Kräfte auf das äußerste angestrengt, aber auch vor- wie nachher hat die Aufklärungsarbeit und das Bestreben, die neu gewonnenen Proletariatsmassen zu organisiren, nicht geruht. Gleichwohl haben auch in diesem Jahre die Klagen über nicht genügende Agitation sich wiederholt und besonders während der Wahlperiode konnten die Wünsche nach bekannteren Rednern auch nicht annähernd erfüllt werden. Die Gründe für diese Unmöglichkeit sind in den früheren Jahresberichten schon eingehend dargelegt worden, so daß sich hier ein näheres Eingehen auf diese Angelegenheit erübrigt. Was die materielle Unterstützung der Agitation betrifft, so sind an eine Reihe von Parteiorten theils forlaufende, theils einmalige Zuschüsse gezahlt worden. Größere Summen wurden für einzelne Provinzen oder Länder auf Antrag der Genossen zur Verfügung gestellt, um die Agitation zu fördern. Entsprechend den Beschlüssen des vorjährigen Parteitags wurde die Agitationschrift „Nieder mit den Sozialdemokraten“ von B. Bracke in großer Auflage hergestellt und den Genossen zur Gratisvertheilung überlassen. Das Gleiche geschah mit Bebel's Rede in der Zukunftsstaatsdebatte, welche in einer Auflage von 1 Million 700 000 Exemplaren hergestellt und im ganzen Reich verbreitet wurde. Zur Reichstagswahl wurden den Wahlkomitees zunächst vier Entwürfe zu Flugblättern zur Verfügung gestellt und außerdem die Flugchrift über: „Die Militärvorlage“ unentgeltlich abgegeben. Von Flugblättern, welche für die Landbevölkerung berechnet waren, hat besonders das: „Du, Mutter was läßt der Herr Gendarm so?“ angesprochen und ist daselbe, obwohl es dreimal konfisziert und unter Anklage gestellt — aber wieder freigegeben worden — in mehreren hunderttausenden von Exemplaren verbreitet worden.

Was den Inhalt der Wahlflugblätter betrifft, so darf konstatiert werden, daß dieselben durchweg den prinzipiellen Charakter unserer

Bestrebungen streng zum Ausdruck brachten. Zwar hat die Militärvorlage und deren Bekämpfung in unseren Flugblättern, dem Anlaß der Reichstagsauflösung und des Wahlkampfes entsprechend, einen breiten Raum eingenommen, aber daneben finden unsere prinzipiellen Forderungen den ihnen gebührenden Platz.

Neben den Klagen über zu wenig Agitation sind in der letzten Zeit aus gewerkschaftlichen Kreisen Beschwerden darüber laut geworden, daß in weiten Parteidistrikten der Gewerkschaftsbewegung nicht die gebührende Beachtung geschenkt werde, sowie daß sowohl von einzelnen bekannten Genossen wie parteigenösslichen Breßorganen geradezu feindselige Kundgebungen gegen die Gewerkschaftsbewegung erfolgt seien.

Bei dem engen Zusammenhange jener Gewerkschaftskreise mit der sozialdemokratischen Bewegung glaubte der Parteivorstand der Prüfung der Berechtigung dieser Beschwerden sich nicht entziehen zu können, und zwar um so weniger, als aus den Berichten über die Versammlungen, welche sich mit dem Kölner Parteitag beschäftigten, und aus den Anträgen, welche zu demselben gestellt sind, sich ergibt, daß diese Frage den Parteigenossen an vielen Orten vorgelegt worden ist und eine wiederholte Aussprache seitens der Partei vielfach gewünscht wird.

Ihren Ausdruck fanden die vorstehend skizzirten Beschwerden besonders in Artiteln des „Korrespondenzblatt“, Organ der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. In diesen Artikeln ist von „prinzipiellen Gegnern“ der Gewerkschaftsbewegung in der Partei die Rede und wird zum Beweise dafür, daß es solche selbst unter den bekannteren und einflußreicheren Parteigenossen giebt, auf eine Aeußerung eines sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten hingewiesen, die derselbe auf dem Halberstädter Gewerkschaftskongreß gethan haben soll, indem er von „der verderblichen Tendenz der hohen Beiträge“ in den Gewerkschaften gesprochen hat. Nun halten zwar auch wir diese Ansicht für falsch, denn wenn die Gewerkschaften einen Werth für ihre Mitglieder haben, d. h. leistungsfähig sein sollen, dann müssen auch entsprechende Beiträge bezahlt werden. Wir wissen aber auch, daß die Ansicht über die Schädlichkeit der hohen Beiträge sogar von eifrigen Anhängern der Gewerkschaftsbewegung vielfach getheilt wird, welche der Ansicht huldigen, daß es vor allem darauf ankomme, die Masse erst einer Organisation zuzuführen; später, wenn das geistige Band erst geschlungen sei, werde es dann leichter, den Opfern zu wecken. Wie man sich aber auch zu dieser Aeußerung stellen mag, sicher ist, daß mit derselben nur die Meinung eines Genossen zum Ausdruck gelangte und es ist daher wirklich nicht ersichtlich, wie die Redaktion vom „Korrespondenzblatt“ zu der Annahme gelangen konnte: „diese Aeußerung stände im Einklang zu der Meinung der Mitglieder der Reichstagsfraktion.“

K

K

Neulich steht es mit dem Verlangen, die Parteipresse möge die Gewerkschaftsbewegung mehr unterstützen und sie nicht nur „wohlwollend dulden“. Wer unsere Parteipresse kennt, der wird den Vornurf, der in diesen Sätzen steckt, einfach nicht verstehen. So lange wir eine sozialdemokratische Presse in Deutschland haben, ist dieselbe stets mit Wärme für die Gewerkschaftsbewegung eingetreten und sind alle gewerkschaftlichen Kämpfe der Arbeiter von derselben unterstützt worden. Allerdings haben unsere Pressorgane auch nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß über den Kämpfen und Streben um bessere Arbeitsbedingungen die letzten Ziele der sozialdemokratischen Bewegung: Die Beseitigung der Klassenherrschaft und die Umwandlung der Produktionsmittel aus kapitalistischem in gesellschaftliches Eigentum nicht vergessen werden dürfen. Diese Kennzeichnung der gewerkschaftlichen Kämpfe und Bestrebungen als eines Palliativs, das wohl geeignet sei, den Arbeitern bei günstiger Konjunktur auf den Arbeitsmarkt bessere Arbeitsbedingungen zu schaffen und das weiter auch dazu diene, in Zeiten wirtschaftlichen Niedergangs die Unternehmer davor zu schützen, ihr soziales Ueberge wicht schrankenlos zu mißbrauchen — das aber nie dazu führen könne, die Arbeiterklasse vom Druck der Kapitalherrschaft endgiltig zu befreien, diese Kennzeichnung ist einfach Pflicht unserer Presse. Die Zumuthung, aus „taktischen Rücksichten“ das Aussprechen dieser Wahrheiten zu unterlassen, kann nicht erfüllt werden, wenn unsere Bewegung nicht den sozialdemokratischen Charakter verlieren und der Verfälschung anheimfallen soll.

Das Aussprechen der letzten Ziele hat auch dem Anwachsen der Bewegung noch nie geschadet, wenn sonst die Bedingungen dafür in den politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen vorhanden sind. So ist in der politischen Partei das Wählen und die Theilnahme an den Parlamentarismus noch nie als Selbstzweck hingestellt, sondern immer nur als erfolgversprechendstes Agitationsmittel behandelt worden. Trotzdem aber unsere Partei nie ein Geht aus ihrer Auffassung bezüglich des positiven Wertes der parlamentarischen Thätigkeit gemacht hat, so sehen wir doch die Zahl der Wähler wie der Abgeordneten von Wahlperiode zu Wahlperiode mächtig wachsen.

Wenn die Gewerkschaftsorganisationen zur Zeit relativ schwach sind, so liegen die Gründe dafür sehr nahe. Zunächst ist die Thatsache ins Auge zu fassen, daß die jeweilige Lage des Arbeitsmarktes von entscheidendem Einfluß auf den Stand der Gewerkschaftsbewegung ist. Die Zeit der Gründungsperiode, in der ersten Hälfte der siebziger Jahre, mit ihrem wirtschaftlichen Aufschwung brachte uns eine, im Verhältnis zur Ausdehnung der sozialdemokratischen Partei, sehr starke Gewerkschaftsbewegung. Mit dem Eintritt des

„Kraß“ und seiner Folgen ging aber die Gewerkschaftsbewegung zurück, während die Partei-Organisation in den Jahren nach der Vereinigung auf dem Kongreß in Gotha sich immer mehr ausbreitete. Das Sozialistengesetz zerstörte die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen. Trotz der brutalen Polizeiherrschaft unter Puttkamer brachte der bessere Geschäftsgang zu Anfang der achtziger Jahre wieder ein Aufblühen der Gewerkschaftsbewegung („Berliner Arbeiter-Bewegung“, Fachvereine u.) und damit eine ganze Reihe von Arbeitseinstellungen. Mit der Verschlechterung auf dem Arbeitsmarkte ging auch die gewerkschaftliche Bewegung wieder zurück. Es ist eine Erscheinung, die sich immer und überall wiederholt, daß mit dem Beginn einer Lohnbewegung die indifferenten Arbeitermassen in großen Schaaren den gewerkschaftlichen Organisationen zufließen, daß deren Reihen sich aber wieder lichten, sobald die Arbeitsverhältnisse sich verschlechtern und die Aussichten auf Erfolge durch ein gewerkschaftliches Vorgehen schwinden. Es macht sich dieser Wechsel im Zu- und Abgang bei uns um so stärker bemerkbar, als die staatliche Organisation der Arbeiterversicherung (Krankenkassen, Alters- und Invaliditätsversicherung u.) den Gewerkschaften eines der wesentlichsten Mittel nimmt, die indifferenten Mitglieder an ihre Kassen zu fesseln.

Wenn nach dem letzten gewerkschaftlichen Aufschwung der Rückgang ein unverhältnismäßig starker sein soll, so lassen sich dafür verschiedene Ursachen anführen. Zunächst darf nicht verkannt werden, daß die schweren Niederlagen, welche die Arbeiter gelegentlich der Frage der Waiseier 1890 in Hamburg, dann bei der großen Ausschließung der Tabakarbeiter eben dortselbst, bei dem Streik der Buchdrucker und dem Kohlenarbeiter-Ausstand im vorigen Jahre erlitten haben, der Gewerkschaftsbewegung starken Abbruch thaten. Die indifferente Masse läßt sich durch den Mißerfolg ebenso leicht abschrecken, als der Erfolg anfeuernd auf dieselbe einwirkt. Es kommt noch dazu der rücksichtslose Druck, welcher nach den Niederlagen der Arbeiter von dem Unternehmertum in Privat- und Staatsbetrieben ausgeübt wurde, um die Arbeiter-Organisationen vollständig zu vernichten. Ein Bestreben, das dort, wo die Arbeiterchaft noch nicht in den Bannkreis der sozialdemokratischen Ideen gezogen ist, wie z. B. in Saarrevier, bis zu einem gewissen Grade thatächlich gelungen ist. Zum Hohne auf das gesetzlich gewährleistete Koalitionsrecht sind dort die auf den staatlichen Gruben und Werken beschäftigten Arbeiter bei Verlust der Arbeit und der durch jahrelange Beitragszahlung erworbenen Kassenrechte gezwungen worden, aus dem Rechtsschutzverein auszutreten, in Folge dessen diese nicht sozialdemokratische Organisation vollständig vernichtet und das Vereinsorgan zum Eingehen gezwungen worden ist. Für die bekannte Äußerung, daß die preussischen Staatswerkstätten zu Muster-

K

K

anstalten für die Arbeiter ausgebildet werden sollen, ist das Vorgehen der Staatsverwaltung im Saarrevier eine recht charakteristische Illustration. Dasselbe ist ein ebenbürtiges Seitenstück zu dem Komplott gegen die deutsche Arbeiterklasse, das gelegentlich der Agitation für die Matseier 1890 zwischen dem Unternehmertum und einzelnen preussischen Ministern geschlossen wurde und als Affäre „Kühnemann & Comp.“ im Reichstag gelegentlich der Beratung der sogenannten Arbeiterschutzvorlage 1891 für alle Zeiten an den Pranger gestellt wurde.

Aber auch der Jahre lang fortgesetzte, häufig nur in persönlicher Rivalität wurzelnde Streit um die beste Organisationsform in den Gewerkschaften hat sicherlich nicht dazu beigetragen, die Rades derselben zu stärken.

Es ließe sich noch mancher Grund anführen, der zur Erklärung des nicht befriedigenden Standes der Gewerkschafts-Organisationen dienen könnte, wir glauben aber, die bereits vorgeführten genügen, um zu beweisen, daß nicht das mangelnde Wohlwollen seitens der Partei und ihrer Presse den Rückgang der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung verschuldet hat.

Im Uebrigen ist der behauptete Rückgang der Gewerkschaftsbewegung im Verhältnis zu ihrem früheren Stande und auch im Verhältnis zur Zahl der organisierten, d. h. politischen Vereinen angehörenden Parteigenossen nur sehr mit Vorbehalt zuzugeben. Für Jeden, der mit den inneren Verhältnissen der Gewerkschaften und der politischen Partei vertraut ist, unterliegt es nicht dem geringsten Zweifel, daß die Zahl der Gewerkschafts-Mitglieder weit die der organisierten Parteigenossen übersteigt. Wenn deshalb in letzter Zeit in den gewerkschaftlichen Versammlungen und in einzelnen Fachorganen vielfach die Forderung gestellt wird: es sei Pflicht jedes Parteigenossen, der Gewerkschaft seines Berufes anzugehören, so ließe sich zweifellos mit viel mehr Recht die Forderung umkehren. Gewiß giebt es organisierte Parteigenossen, welche keiner Gewerkschaft angehören, aber sie bilden Ausnahmen, in der Regel ist der politisch organisierte Parteigenosse auch Mitglied seiner Gewerkschaft. Wäre das Gleiche bei den Angehörigen der Gewerkschaften in Bezug auf die Parteimitgliedschaft der Fall, die Zahl unserer organisierten Genossen müßte an manchen Orten und besonders in den großen Städten um das drei- und vierfache — wenn nicht mehr — steigen. Den Grund dieser Erscheinung in gegenseitiger Abneigung oder in der Unterschätzung des Wertes und der Notwendigkeit der beiden Organisationsformen zu suchen, wäre freilich verfehlt. Die Ursache ist vielmehr in den allermeisten Fällen in der bedrückten sozialen Lage der betreffenden Genossen zu suchen, welche ihnen nicht erlaubt, neben den Prämien für Kranken-, Alters- und Invaliden-Versicherung, den direkten und indirekten Staats- und Gemeindesteuern, noch

K

Beiträge für politische und gewerkschaftliche Organisationen und Presseorgane zu zahlen.

Was nun den Rückgang der Gewerkschaften in den letzten Jahren betrifft, so wird, relativ genommen, derselbe aus den angeführten Gründen wohl stattgefunden haben, absolut betrachtet, zeigt aber auch die Gewerkschaftsbewegung von heute genau dasselbe gewaltige Wachstum, das die politische Arbeiterbewegung im Verhältnis zu ihrem Stande vor dem Erlaß des Ausnahmegesetzes aufweist.

Die Zahlen von zwei statistischen Aufstellungen über die Stärke der deutschen Gewerkschaftsbewegung, von denen die eine im Jahre 1877 durch den verstorbenen Genossen August Geib aufgenommen und im „Pionier“, Nr. 4, II. Jahrgang, am 26. Januar 1878 und die andere von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands im Jahre 1891 im „Correspondenzblatt“ Nr. 13, II. Jahrgang veröffentlicht worden sind, geben uns doch ein etwas anderes Bild über das Wachstum der Gewerkschaften in den letzten 15 Jahren, als einige jüngere Gewerkschaftsagitatoren in ihrem löblichen Eifer für ihre Organisationen es darzustellen liebten.

Nach diesen statistischen Aufstellungen, den einzigen, die wir in dieser Sache überhaupt haben¹⁾, betrug die Zahl der in Gewerkschaften organisierten Mitglieder 1877 49 056, welche 30 Vereinigungen, darunter 25 Zentralverbänden, vertheilt auf 1266 Zweigvereine, angehörten. Die Aufstellung umfaßte fast alle damals bestehenden Organisationen, mit Ausnahme der Gutmacher und einiger ganz kleiner Vereine. Günstigsten Falls zählten also im Jahre 1877 die Gewerkschaften 50 000 Mitglieder, vertheilt auf etwa 1300 Zweigvereine.

Dem gegenüber weist die statistische Aufstellung der Generalkommission pro 1891 einen Mitgliederbestand von 237 897, vertheilt auf 3761 Zweigvereine auf. Diese Ziffern bedeuten einen Auf-

¹⁾ Nachdem der Bericht bereits geschrieben und in den Druck gegeben war, veröffentlichte die Generalkommission d. G. D. in der Nr. 21 III. Jahrgang eine statistische Aufstellung über die „Deutschen Gewerkschafts-Organisationen“ im Jahre 1892. Diese Aufstellung weist in 52 Organisationen 227 023 Mitglieder, vertheilt auf 3959 Zweigvereine nach. Diese Organisationen hatten eine Jahresgesamteinnahme von 2 031 922 Mk., denen eine Gesamtausgabe von 1 786 271,34 Mk. gegenübersteht. Der Kassenbestand am Schluß des Jahres betrug 646 414,31 Mk. Der Rückgang, der sich aus diesen Ziffern in Bezug auf die Mitgliederzahl ergibt, ist ausschließlich auf den Ausfall bei den Bergarbeiter-Organisationen zurückzuführen. Auch aus dieser, der neuesten Aufstellung, ist die Wichtigkeit unserer Darstellung über das Verhältnis des Wachstums der Gewerkschaftsbewegung zur politischen Partei nur bestätigt.

K

schwung in der gewerkschaftlichen Bewegung innerhalb der 15 Jahre, in die obendrein 12 Jahre Sozialistengesetz fallen, um fast 400 Prozent. Die durchschnittliche Monatsentnahme sämtlicher Gewerkschaften betrug im Jahre 1877 93 551 M., 1891 98 049 M. 1877 standen der Gewerkschaftsbewegung 15 Organe, 1891 54 und heute 55 Blätter mit theilweise in die Zehntausende belaufenden Auflagen zur Verfügung.

Wir glauben, daß die Kenntniß dieser Ziffern nothwendig ist, will man die Klagen über den Rückgang oder die Vernachlässigung der gewerkschaftlichen Bewegung auf ihren wahren Werth prüfen.

Die sozialdemokratische Partei hat sich von jeher und auch sofort als sie in Deutschland wieder offen auftreten konnte, auf dem Parteitag in Halle, mit aller Entschiedenheit für die Nothwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation und für starke Organisationen ausgesprochen. Diesen Standpunkt zu verlassen, dazu dürfte heute weniger als jemals Anlaß vorliegen, und die Partei hat es auch bis in die neueste Zeit weder an geistiger noch materieller Unterstützung der Gewerkschaftsbewegung fehlen lassen. Es sei hier nur auf die Unterstützungen hingewiesen, welche die Partei bei den letzten großen Gewerkschaftskämpfen beigezeichnet hat. Mittel, die in diesem Umfange in früheren Jahren nie geleistet wurden und damals auch nicht geleistet werden konnten.

Die Hauptarbeit für ihre Ausbreitung und Ausgestaltung müssen freilich die Gewerkschaftsorganisationen selbst leisten, sie werden dies um so besser können, je weniger sie ihre Kraft in der unnützen Jagd nach neuen Organisationsprojekten oder in persönlichen Reibereien erschöpfen, wie dies in den letzten Jahren leider nur allzu häufig geschah.

Die **Maifeier** ist auch im letzten Jahre in großartiger Weise, entsprechend den Beschlüssen des vorjährigen Parteitags gefeiert worden. In all' den Städten und Orten, in denen unsere Parteigenossen in Deutschland organisiert sind, bekundeten sie am 1. Mai zu Tausenden und Hunderttausenden ihre internationale Solidarität mit dem Klassenbewußten Proletariat aller Länder, ihren unbeeuglichen Willen, nimmer zu raffen und zu ruhen, bis das Joch der Klassenherrschaft, der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zerbrochen sei. Daneben war die Maifeier zugleich eine erhebende Kundgebung für den Völkerverfrieden gegenüber dem völkerverhetzenden Treiben der herrschenden Klassen.

Der **Stand der Parteipresse** hat seit dem vorigen Jahre keine wesentliche Aenderung erfahren, insofern als dabei nur die Zahl

K

der erscheinenden Blätter in Betracht kommt. Was dagegen die materiellen Verhältnisse unserer Parteiorgane betrifft, so kann eine wesentliche Wendung zum Besseren konstatiert werden. Zwar haben auch im laufenden Jahre erhebliche Summen aus der Parteikasse an einzelne Presunternehmen gegeben werden müssen, doch hat es sich dabei fast durchweg um Deckung alter Schulden oder um die Anschaffung eigener Druckereien, Maschinen zc. gehandelt. Ihre laufenden Ausgaben decken die weitaus größte Zahl der Blätter jetzt selbst und mehrere derselben, welche im Vorjahre noch unter den Darlehnsnehmern in der Parteibuchrechnung aufgeführt werden mußten, waren im laufenden Jahre bereits in der Lage, mit der Zurückerstattung der erhaltenen Darlehne zu beginnen. Wenn nicht unvorhergesehene Ereignisse eintreten, so kann mit Sicherheit angenommen werden, daß die Zahl der Presorgane, welche mit Ueberflüssen arbeiten, in nächster Zeit erheblich wachsen wird, was für den Umfang und die Nachhaltigkeit der Agitation naturgemäß von großer Bedeutung ist.

Die **Besserung in der Lage der Parteipresse** ist neben dem Wachstum des Abonnements in Folge der Wahlagitatiön, hauptsächlich auch der umsichtigeren Regelung der Verwaltung zu verdanken. Unsere Mahnung im vorjährigen Bericht, daß „das Zeitungswesen ein Geschäft sei, das ebenso gelernt sein muß wie jedes andere“, ist nicht ohne Wirkung geblieben und die guten Folgen zeigen sich in der Hebung der materiellen Lage unserer meisten Presorgane.

Der im vorigen Jahre gefaßte Beschluß die Herausgabe „einer wirksamen, den Kenntnissen und dem Fassungsvermögen der Arbeiterjugend angepaßten Jugendliteratur“ betreffend, konnte leider auch in diesem Jahre nicht zur Ausführung gebracht werden. Zwar sind die Vorarbeiten für die Gründung eines solchen Organs getroffen und Unterhandlungen wegen Uebernahme der Leitung desselben gepflogen worden, leider aber haben dieselben zu keinem befriedigenden Ergebnis geführt. Hoffentlich gelingt es im nächsten Jahre, die Schwierigkeit, eine geeignete Redaktion und Mitarbeiter-schaft zu beschaffen, zu überwinden.

Den ebenfalls auf dem Berliner Parteitag gefaßten Beschluß: Flugblätter und Broschüren zur Agitation auf dem Lande geeignet herzustellen und den Kreisen zur Verfügung zu stellen, ist nach Kräften Rechnung getragen worden, wie an anderer Stelle bereits ausgeführt ist. Wenn wir nicht allen diesbezüglich laut gewordenen Wünschen nachkommen konnten, so liegt dies, neben anderen Gründen, wesentlich an der Arbeitslast, die vom Parteivorstand zu bewältigen ist. Dieser kann, neben allen sonstigen Aufgaben, die ihm bereits zugetheilt sind, nicht auch noch für die Provinz und

K

einzelne Kreise geeignete Flugblätter schreiben, deren Herstellung veranlassen und womöglich auch noch die Versendung überwachen. Diese Aufgabe zu erledigen ist Sache der Landes-, Provinzial- oder Kreiscomitees. Von der Parteileitung sind bisher, wo es verlangt wurde, stets Zuschüsse zur Herstellung von Flugblättern bewilligt worden. Zu bemerken bleibt freilich, daß die Genossen stets des Satzes eingedenk sein sollten, daß noch nicht alles was geschrieben auch druckreif ist, und daß deshalb die Prüfung der Manuskripte sowohl auf ihren prinzipiellen wie strafrechtlichen Inhalt hin von größter Wichtigkeit ist. Den Stand der gewerkschaftlichen und Parteipresse zeigt nachstehende Aufstellung.

Es erschienen Gewerkschaftsblätter:

	1891	1892	1893
wöchentlich 3 Mal	1	1	1
" " 2 "	—	1	—
" " 1 "	24	28	28
monatlich 3 Mal	3	3	2
alle 14 Tage	22	20	19
monatlich	4	3	5

Im 3. Quartal 1891 zählte die politische Parteipresse 68 Organe: heut: deren 75; davon erschienen

	1891	1892	1893
wöchentlich 6 Mal	27	32	32 Blätter
" " 3 "	23	20	25 "
" " 2 "	7	6	7 "
" " 1 "	10	12	11 "
alle 14 Tage 1 "	1	—	— "
			75

Zu diesen Blättern kommen noch die in Stuttgart bei J. G. W. Diez erscheinende wissenschaftliche Wochenschrift „Neue Zeit“, die beiden Wchblätter: „Der wahre Jakob“ (Stuttgart) und „Süddeutscher Postillon“ in München und das in einer Auflage von ca. 200 000 erscheinende, einer Reihe von Parteiorganen als Sonntagsbeilage beigegebene Unterhaltungsblatt „Die Neue Welt“. Der ebenfalls im Parteiverlag erscheinende „Neue Welt-Kalender“ ist in seiner neuesten Ausgabe (1894) in einer Auflage von 130 000 Exemplaren hergestellt.

Für den günstigen Stand unseres Zentral-Organs „Vorwärts“, dessen Abonnentenzahl jetzt die Höhe von 42 500 erreicht hat, spricht die nachstehende Abrechnung für die Zeit vom 1. Juli 1892 bis 30. Juni 1893:

K

	Juli- Septembr. 1892	Oktobr- Dezember 1892	Januar- März 1893	April- Juni 1893
A. Eingänge:				
Zeitungsb-Abonnementsgelder durch die Expedition	73653 90	74551 90	74760 40	82645 40
Zeitungsb-Abonnementsgelder durch die Post	6480 70	7219 70	8152 70	8991 90
Inseraten-Einnahme	14570 70	19620 70	16564 30	19047 70
Gewinn aus dem Broschüren- Detailverf. durch d. Exped.	—	1268 10	—	—
Gesamt-Einnahme Mk.	94705 30	102660 40	99477 40	110085 —
B. Ausgänge:				
Diverse Unkosten: (Porto für Kreuzbänder, Gebühren f. Zeitungsb-überweisungen, Porto und Depeschen der Redaktion, Telephon, Beleuchtung, Heizung, Comtoir-Utensilien, Laufbursche der Redaktion, Mieths- u. Gewerbesteuer zc. zc.)	2396 —	3091 25	3137 95	4397 50
Zeitungsb-Abonnements	272 65	324 25	261 85	264 20
Berichterstatter	2691 25	2417 60	2199 —	3790 50
Feuilleton	30 20	183 50	388 05	460 40
Redakteure und Mitarbeiter	8899 35	9896 10	8988 —	11257 35
Depeschen und Parlaments- berichte	370 —	755 —	990 —	895 —
Neue Welt	5226 80	5339 60	5374 20	5840 60
Gehälter der Expedition	1806 —	1843 —	2089 50	2083 —
Mieths	933 10	933 10	933 10	878 15
Gerichtskosten und Strafen	196 95	128 10	275 55	630 55
Bibliothek	10 10	66 55	—	1 50
Druckrechnung	61060 60	68012 40	65727 15	68586 55
Gesamt-Ausgabe Mk.	83893 —	92990 35	90304 35	99085 30
Gewinn	10812 30	967 05	9173 05	10999 70
wie oben unter A Mk.	94705 30	102660 40	99477 40	110085 —

Geprüft und mit den ordnungsgemäß geführten Büchern übereinstimmend gefunden.

Berlin, den 12. Oktober 1893.

H. Meister, Aug. Jacobey, August Raben, Fritz Herbert,
E. Dubber, Gottf. Schulz.

K

Der Gewinn für das Geschäftsjahr beträgt **Mark 40 655,10**. Der für das Vierteljahr Juli-September 1893 erzielte Gewinn von **Mark 13 578,20** ist im Oktober dieses Jahres vereinnahmt worden und kommt daher erst im nächsten Jahre zur Verrechnung.

Die von den Berliner Genossen, laut Beschluß des Erfurter Parteitag, eingesetzte **Preßkommission** für den lokalen Theil des „Vorwärts“ hat auch im letzten Jahre ihre Aufgabe zur allgemeinen Zufriedenheit gelöst. Die Kommission hält regelmäßig am ersten Dienstag jedes Monats ihre Sitzungen ab, an denen Mitglieder des Partei-Vorstandes und der Redaktion des „Vorwärts“ theilnehmen.

Wie im Vorjahre auf dem Berliner Parteitage, so kann auch diesmal eine rege Thätigkeit für die Parteiliteratur konstatirt werden, welche seitens unserer **Parteibuchhandlung** entfaltete wurde. Von älteren Schriften wurden wieder eine Anzahl neu aufgelegt, wir nennen „Unsere Ziele“ und die „Glossen zur wahren Gestalt des Christenthums“ von A. Bebel, „Die politische Stellung der Sozialdemokratie“ von Liebknecht, Paul Lafargue's Schrift über „Die Entwicklung des Eigenthums“ sowie Ferd. Lassalle's Agitationsbroschüren in Einzelausgaben. Die Herausgabe der Fieferungen der neuen Gesamtausgabe der Lassalle'schen Reden und Schriften war am Schluß des Geschäftsjahres fast beendet, jetzt liegt das ganze Werk vollständig vor. Von der „Berliner Arbeiterbibliothek“ sind neu erschienen zwei Hefte von Adolf Braun, über die „Kartelle“ und über „Berliner Wohnungsverhältnisse“. In hoher Auflage (fast 30 000 Exemplare) fand das Protokoll des Berliner Parteitages Verbreitung. Infolge der bekannten Debatten über den sozialdemokratischen „Zukunftsstaat“, welche im Februar 1893 im Reichstage stattfanden, wurde das Stenogramm jener 5 Tage andauernden Verhandlungen als billige Agitationsbroschüre herausgegeben. Der Erfolg war ein guter: 100 000 Abzüge wurden in wenigen Wochen nach allen Gauen Deutschlands abgesetzt. Zur Feier des 1. Mai war wiederum, wie in den vorhergehenden Jahren, seitens des Parteiverlages eine Maifest-Zeitung herausgegeben worden; aus den entlegensten Winkeln liefen Bestellungen ein, über 400 000 Exemplare wurden verbreitet. — Der Wahlkampf rückte heran. Zunächst wurde für denselben eine kleine Schrift „Fort mit dem Militarismus“ gedruckt und ausverkauft. Dann erschien das Büchlein über „Die Thätigkeit des deutschen Reichstags von 1890—1893“, welches wegen seines Materialreichtums und seiner knappen Darstellung in Genossentreisen viel Anklang fand; der äußere Erfolg bestand in dem Absatz von ca. 35 000 Exemplaren. Vor allem wurden

K

durch die Partei-Buchhandlung im vergangenen Geschäftsjahre für Agitationszwecke, besonders während der Wahl, wiederum die verschiedensten Broschüren gratis versandt. Es kommen hier besonders in Betracht: „Das Parteiprogramm“, „Grundsätze und Forderungen der Sozialdemokratie“, Erläuterungen zum Erfurter Programm von K. Kautsky und B. Schoenlant, „Zur Landagitation“, „Nieder mit den Sozialdemokraten“ von B. Brade, „Die Soldatenmißhandlungen“, „Freiheit von Stumm“, „Zukunftsstaat und Sozialdemokratie“ und „Reichstagsreden von A. Bebel.“ Dazu wurde die Verendung einer Anzahl Flugblätter, z. B. „Du, Mutter, was läuft der Herr Genbarm so!“, ferner der „Bericht der parlamentarischen Thätigkeit der sozialdemokratischen Reichstags-Fraktion von 1891—1893“ in einer Gesamtauflage von mehreren Hunderttausend Abzügen besorgt.

In geschäftlicher Hinsicht stand die Buchhandlung des „Vorwärts“ am 30. Juni d. J. auf folgender Basis: Der Baarenumsatz betrug im vergangenen Jahre 144 000 Mark; der Lagerstand repräsentirt einen Nettowerth von 30 500 Mark, und stellt derselbe mit den Außenständen, welche 17 200 Mark betragen, die Aktiven des Geschäftes mit 47 700 Mark dar. Nach Abzug der 2700 Mark betragenden Passiva verbleibt ein Geschäftsvermögen von 45 000 Mark. Bei einer weiteren günstigen Entwicklung des Geschäftes ist dasselbe in der Lage, der Partei von nun ab zu Agitationszwecken direkt Ueberschüsse abzuführen zu können, womit in diesem Monat mit 6000 Mk. der Anfang gemacht ist.

Zu bemerken ist, daß die Buchhandlung ohne eigentliches Betriebskapital ins Leben gerufen wurde, der heutige Aktiobestand deshalb, abgesehen von einem allerdings mehrere Tausend Mark repräsentirenden Broschürenlager, das bei der Begründung der Buchhandlung überwiesen wurde, als Verdienst des Geschäftes zu betrachten ist.

Bereits wiederholt ist auf die **Reichstagswahlen** im letzten Sommer hingewiesen worden. Ueber deren Bedeutung und die Erfolge, welche dabei unsere Partei erzielte, spricht sich der „Bericht an den internationalen Arbeiterkongreß in Zürich über den Stand der sozialdemokratischen Bewegung in Deutschland“, welcher vom Partei-Vorstand erstattet worden ist, in nachfolgender Weise aus:

„Der Reichstag wurde am 6. Mai wegen Ablehnung der Militärvorlage von der Regierung aufgelöst. Wie im Reichstag unsere Vertreter den Kampf nicht führten unter dem bloßen Gesichtspunkt der Vermehrung der Steuerlasten, sondern in prinzipieller Gegnerschaft zum Militarismus — dieser naturnothwendigen Ergänzung

K

des Kapitalismus —, so wurde von unserer Partei der Wahlkampf nicht bloß gegen die Militärvorlage geführt, sondern unter prinzipieller Gegnerschaft gegen alle bürgerlichen Parteien, gegen die ganze bürgerliche Gesellschaftsordnung und unter Vortankstellung unserer prinzipiellen sozialistischen Grundforderungen. Bei der Entwicklung der Parteiverhältnisse in Deutschland ist unsererseits ein anderer Wahlkampf gar nicht mehr möglich; wo unsere Genossen es unterlassen würden, diesen prinzipiellen Gegensatz zu betonen, würde er von den Gegnern aufgestellt, unsere Partei der Feigheit und Heuchelei bezichtigt werden. Und gerade der jüngste Wahlkampf zeichnete sich durch besonders scharfe Betonung dieser grundsätzlichen Gegnerschaft zwischen Sozialdemokratie und kapitalistischer Gesellschaftsordnung aus. Auch ganz erklärlich: wenige Wochen vor der Reichstags-Auflösung widerhallte ganz Deutschland von dem Siegesjubel der vereinigten Gegner. Ultramontane und Protestanten, Junker und Industrielle, Zünftler und staatsserhaltende Sozialreformer, alle waren einig, daß die Sozialdemokratie im Reichstag — in den mehrtägigen Debatten über den sogenannten Zukunftsstaat — wissenschaftlich überwunden, kritisch vernichtet sei. Und in den Millionen Wahlflugblättern der Gegner wurden Extrakte jener Debatten immer wieder reproduziert, und damit dieser Gegensatz selber zur Wahlparole gemacht, freilich auch hier mit gleich schlechtem Ausgange für die Gegner wie im Reichstage.

Ein deutliches und für sich selbst sprechendes Bild über die Entwicklung unserer Partei möge nachstehende Zusammenstellung der Wahlergebnisse aus einer Anzahl Städte geben. Auf unsere Kandidaten fielen Stimmen:

Ort	1878	1890	1893
Berlin	51 164	126 317	151 122
Hamburg	29 629	67 303	70 553
Breslau	13 065	21 555	26 205
München	5 259	28 218	29 907
Dresden	17 803	25 079	29 455
Leipzig	5 822	12 921	11 784
Köln	2 189	10 646	12 093
Magdeburg	6 235	17 261	16 633
Frankfurt a. M.	4 080	12 663	13 482
Königsberg	1 108	12 370	10 964
Hannover	6 588	15 789	19 538
Stuttgart	4 136	10 446	13 340
Bremen	6 304	14 843	14 372
Düsseldorf	486	8 228	9 367
Nürnberg	10 162	17 045	18 015
Danzig	114	3 525	4 265

K

Ort	1878	1890	1893
Strasburg i. G.	141	4 773	6 206
Chemnitz	9 899	24 641	23 296
Eberfeld-Barmen	11 325	18 473	19 005
Altona	11 662	19 533	20 448
Stettin	914	7 759	9 586
Nachen	909	1 744	3 029
Greifeld	467	3 030	3 730
Braunschweig	7 876	13 621	13 470
Halle	1 046	12 808	12 991
Lübeck	1 588	6 393	7 339

In den Bezirken, die während des Sozialistengesetzes unter dem sogenannten kleinen Belagerungszustand standen und deren kolossale Stimmensteigerung 1890 seitens der Gegner als bloßer Protest gegen die Polizeibebrückung, nicht aber als Beweis der sozialdemokratischen Gesinnung hingestellt wurde, erhielten wir diesmal Stimmen (Berlin, Hamburg-Altona, Leipzig, Frankfurt a. M. und Stettin sind schon oben aufgeführt):

Wahlkreis	1878	1890	1893
Niederbarnim	2 775	13 362	17 044
Charlottenburg	4 763	19 169	31 424
Potsdam-Spandau	—	3 977	10 140
Harburg	1 763	6 860	9 055
Ottensen-Pinneberg	5 432	10 820	13 097
Lauenburg	347	2 072	3 237
Leipzig (Land)	11 253	30 127	33 349
Offenbach a. M.	5 557	10 343	11 063
Spremberg	1 242	5 610	6 542

Diese aufgeführten Bezirke sind sämtlich industrielle Hochburgen und bei dem rein proletarischen Charakter unserer Bewegung ist es daher erklärlich, daß sie auch zugleich die Hochburgen der Sozialdemokratie sind. Aber die letzten Wahlen — und darin liegt ihre Hauptbedeutung — haben den Beweis ergeben, wie der sozialdemokratische Gedanke auch in rein ländliche Bezirke immer tiefer eindringt und damit den Pfeil in das Herz des Gegners bohrt. Der angeblich antikollektivistische Bauernschädel des Landproletariats bietet gegen das Eindringen der sozialdemokratischen Ideen ebensowenig Widerstand, als die humanitätsduffeligen Phrasen sogenannter Arbeiterfreunde beim industriellen Lohnsklaven den siegreichen Einzug dieser Ideen verhindern konnten.

K 4

In der Provinz Brandenburg (mit Ausschluß Berlins) wurden sozialdemokratische Stimmen abgegeben:

	1878	1890	1893
Regierungs-Bezirk Potsdam	9 975	54 192	87 280
„ Frankfurt a. O.	5 034	29 139	41 326
	15 009	83 331	128 606

In der preussischen Pommern, in der Provinz Pommern, wurden nach einzelnen Wahlkreisen geordnet, sozialdemokratische Stimmen abgegeben:

	1881	1884	1887	1890	1893
Anklam-Deemzin	—	—	—	—	573
Ussedom-Wollin	—	—	—	1730	2631
Randow-Greifenhagen	159	770	3786	8422	10508
Stadt Stettin	910	1139	4276	7759	9586
Stargard-Pyriz	—	—	18	763	2331
Raugard-Regenwalde	—	—	—	84	352
Greifenberg-Rammin	—	—	—	—	1125
Stolp-Lauenburg	—	—	—	148	903
Bütow-Schlame	—	—	—	—	652
Kolberg-Röslin	—	—	—	227	2626
Belgard-Dramburg	—	—	—	—	765
Neustettin	—	—	—	—	10
Stralsund-Rügen	—	—	—	735	2392
Greifswald-Grimmin	—	—	112	763	2860
Zusammen	1069	1909	8192	20631	37308

In rein agrarischen Mecklenburg, das weder im Besitz einer Verfassung noch eines Versammlungs- und Vereinsgesetzes ist, wurden 1878 2070 sozialdemokratische Stimmen abgegeben, 1890 bereits 28 235 und 1893 32 220!

In Königreich Bayern, dessen erwerbstätige Bevölkerung zu 80 Prozent dem Kleinbauernstand angehört, wurden sozialdemokratische Stimmen abgegeben 1878: 22 532, 1890: 101 100, 1893: 125 952, die sich auf sämtliche Wahlkreise verteilen. Das allerdings sehr industrielle, daneben aber auch kleinbäuerliche Elsaß-Lothringen, das Jahrzehnte lang bei den Wahlen den kapitalistischen Protestlern oder Ultramontanen zum unbefristeten Siege verholfen hatte, marschirt immer mehr ins Lager der Sozialdemokratie ab: 1878 wurden 141 sozialdemokratische Stimmen abgegeben, 1890: 19 157, 1893 aber 44 885 und zwei Sozialdemokraten gewählt.

Ein ziffernmäßiges amtliches Bild über das Wahlergebnis ist noch nicht erschienen, aber man wird nicht viel abirren, wenn man die Gesamtzahl der abgegebenen sozialdemokratischen Stimmen

auf 1 800 000 rechnet. Das ist freilich kein solcher Sprung wie von 780 000 in 1887 auf 1 427 000 in 1890, aber solch' riesige Steigerung war diesmal von vornherein ausgeschlossen. Die Zeit solch' plötzlichen Anschwellens, das in rein äußerlichen Momenten, z. B. in der Repressivpolitik der Regierung, seine Erklärung fand, ist mit dem Augenblick abgeschlossen, wo eine Partei sich innerlich konsolidiert hat; die jetzige Stimmensteigerung ist der ziffernmäßige Ausdruck der organischen Entwicklung, in welche die deutsche Sozialdemokratie eingetreten ist. Die erzieltten Erfolge sind aber um so großartiger, wenn wir erwägen, daß wir gegenwärtig inmitten einer Industriekrise uns befinden, während die 1890er Wahlen in den Abschluß einer industriellen Hochflut fielen. In den Städten haben außerdem tausende von Arbeitern infolge des kolossalen Nothstandes im vergangenen Winter (z. B. in Leipzig und bezogen in Hamburg infolge der Cholera-Epidemie) Armenunterstützung bezogen und sind dadurch des Wahlrechtes verlustig gegangen. Ebenso kommt für die ländlichen Kreise in der Provinz Brandenburg, in Mecklenburg zc. in Betracht, daß zur Sommerzeit Tausende von Stimmen uns dort verloren gehen, weil Tausende von Arbeitern, wie Schiffer, Hülber, Ziegelbrenner den Sommer über gar nicht zu Hause sind, oder gleich den Maurern und Bauarbeitern die Woche über in den nächstgelegenen Städten auf Arbeit sind und nur Sonnabends heimkehren, also am Wahltag daheim ihre Stimme nicht abgeben konnten. Aber nicht bloß die Stimmen am Wahltag gingen uns verloren, viel schwerer fällt ins Gewicht, daß unserer Partei damit in diesen ländlichen Bezirken die Agitatoren fehlen und die äußerst wirksam kleine Agitation mit dem Flugblatt und Stimmgettel fast ganz ausfällt. Wenn wir trotzdem in diesen rein ländlichen Kreisen geradezu erfreuliche Fortschritte gemacht haben, so wiegen diese um so bedeutamer. Denn wenn irgendwo, so gilt hier das Wort: Man muß die Stimmen nicht bloß zählen, sondern auch wägen.

Entsprechend der Stimmenzahl waren die praktischen Erfolge. Im ersten Wahlgange wurden 24 sozialdemokratische Abgeordnete gewählt; in 85 Wahlkreisen kamen unsere Kandidaten mit kleinen Majoritäten oder großen Minoritäten in die Stichwahl. Wie es sich aber von selbst versteht, konnten wir bei den Stichwahlen nur diejenigen Siege erobern oder behaupten, wo die eigene Kraft der Partei hierzu ausreichte. Die Gegner — und das ist das charakteristische Merkmal dieses Wahlkampfes — desertierten überall ins Regierungslager und ließen ihre eigenen Führer, Programme und Wahlversprechungen auf dem Wahlplatze zurück. Gegenüber der proletarisch-revolutionären Sozialdemokratie organisierten sich die Gegner überall in die „eine reaktionäre Masse“ der „staatserbaltenden“ Elemente. Angesichts dieser Interessentkoalition der vereinigten Gegner war es daher erklärlich, daß wir die 85 Stichwahlen, in denen fast

K

4* K

überall die schein-radikalen Anhänger des sog. bürgerlichen Frei-
sinns die Entscheidung zu geben hatten, bis auf 20 verloren. Nach
diesem Ausfall der Stichwahlen war also die sozialdemokratische
Vertretung im neuen Reichstag auf 44 Abgeordnete gegen 36 im
letzten gestiegen.“

Durch die Doppelwahl des Genossen Vebel in Straßburg i. G.
und Hamburg I wurde eine Nachwahl notwendig. Vebel nahm
nach Rücksprache mit den Hamburger Genossen für Straßburg an;
in Hamburg I aber wurde in der Nachwahl der Genosse Wolfenbuhr
mit erheblicher Majorität gewählt.

* * *

In Folge der gewaltigen Anstrengungen, welche die Partei im
letzten Jahre, sowohl vor als nach den Wahlen, zum Zwecke der
Agitation und Organisation als auch behufs Verbreitung unserer
periodischen und nichtperiodischen Presse gemacht hat, haben die
Ausgaben in bedeutendem Maße die Einnahmen überstiegen. Diese
Mehrtausgaben wurden speziell verursacht durch die Zuschüsse, welche
zur Wahlagitatio an die einzelnen Zentral-Komitees behufs Unter-
stützung der Kreise gegeben werden mußten. Hier zeigte sich, wie
notwendig für die Partei die Ansammlung größerer Reservefonds
ist. Ohne die Existenz eines solchen Fonds hätte die Parteileitung
den von den verschiedensten Seiten gestellten Anforderungen nach
Zuschüssen nicht in dem geschehenen Maße genügen können, denn
wie sich aus der Abrechnung ergibt, blieben die Einnahmen, ob-
wohl sie erheblich höher als im vorletzten Jahre waren, um circa
Mk. 50 000,— hinter den Ausgaben zurück. Wie der nachstehende
Kassenbericht zeigt, hat sich auch im letzten Jahre und besonders
aus Anlaß des Wahlkampfes die Solidarität unserer ausländischen
Genossen, und ganz besonders der im Auslande lebenden deutschen
Genossen wieder auf das glänzendste bewährt. Umgekehrt hat
auch der Partei-Vorstand zu den Kämpfen, welche unsere ausländischen
Genossen durchzuführen hatten, in mehreren Fällen erhebliche
Summen beige-steuert.

Den einzelnen Posten des Kassenberichtes sind, soweit es not-
wendig erschien, erklärende Noten beige-fügt, deren Beachtung sich
beim Studium des Berichtes besonders empfiehlt. Zu bemerken
bleibt, daß, so bedeutend die Summen in Einnahme und Ausgabe
auch sind, welche der Kassenbericht aufführt, dieselben doch nur ein
schwaches Bild geben von den wirklichen Kosten, welche von der
deutschen Sozialdemokratie für Zwecke der Agitation und Orga-
nisation im letzten Jahre aufgebracht wurden.

K

So haben die Genossen in sämtlichen größeren Städten die
lokalen Wahlkosten aus eigener Kraft bestritten und außerdem
noch meist bedeutende Summen zur Agitation in der Provinz ge-
geben. Dazu kommen die Unkosten für die Landtags-, Gemeinde-
und Gewerbegerichtswahlen, sowie die Opfer für die gewerkschaft-
lichen Kämpfe, die auch im letzten Jahre durchzuführen waren. Es
ist deshalb nicht zu viel gesagt, wenn wir behaupten, daß die
Summen, über welche die nachstehende Abrechnung Rechenschaft ab-
legt, auch noch nicht den zehnten Theil der Beträge nennt, welche
die Klassenbewußten deutschen Arbeiter im letzten Jahre für ihre
politischen und wirtschaftlichen Kämpfe und Emanzipationsbe-
strebungen aufgebracht haben. Dabei bleibt außer Anlaß die Un-
summe freiwilliger Thätigkeit, welche von den einzelnen Genossen
besonders zu Zeiten der Wahlen in aufopferndster Weise geleistet
worden ist. Während die gegnerischen Parteien zur Flugblatt- und
Stimmzettelertheilung, da wo ihnen der amtliche Apparat in Gestalt
von Gemeinbedienern, Nachwächern, Flurschützen und Gendarmen
nicht zur Verfügung steht, nur gegen gutes Geld Träger finden, bilden
in unserer Partei die freiwilligen Träger, welche die mühselige
Arbeit unentgeltlich verrichten, die Regel.

Wo eine Entschädigung genommen wird, ist es in den meisten
Fällen nur Ersatz für gehabte Auslagen oder ein geringer Beitrag
zu den Zehrungskosten. Es ist die Begeisterung für die gute ge-
rechte Sache, welche unsere Genossen Opfer bringen läßt, von deren
Umfang unsere Gegner, bei welchen nur der Grundsatz gilt: „Kein
Geld, kein Schweizer“, keine Ahnung haben.

Diese selbstlose und opferwillige Thätigkeit unserer Genossen
ermöglicht es auch, daß die Wahlkosten unserer Partei kaum die
Hälfte, ja in der Regel kaum den dritten oder vierten Theil dessen
ausmachen, was unsere Gegner auszugeben haben. Die hohen
Summen, welche besonders in antisemitischen und liberal-konser-
vativen Blättern als angebliche Unkosten für einzelne unserer Wahl-
kämpfe aufgeführt werden, gehören ausschließlich in das Reich der
Fabel. Es sind das Tendenz-Lügen, erfunden zu dem Zwecke,
durch die uns in die Taschen gelogenen gewaltigen Beträge das
Märchen von der „Judenknechtschaft“, in der sich unsere Partei
befinden soll, dem konservativ-antisemitischen Stimmvieh glaub-
würdiger erscheinen zu lassen.

Glücklicherweise hat aber unsere Partei weder in Bezug auf
ihr politisches Verhalten noch auch in der Regelung ihrer wirth-
schaftlichen Angelegenheiten etwas so verheimlichen oder die Kritik
der breitesten Öffentlichkeit zu scheuen und so veröffentlichten wir
auch in diesem Jahre wieder, wie früher stets, so lange wir durch
das Schandgesetz vom Oktober 1878 daran nicht gehindert waren,
unseren Kassenbericht. Derselbe lautet:

K

Erläuterung zu A. Einnahmen:

Die Einnahmen weisen zwar auch dieses Jahr wieder eine Steigerung auf, doch sind sie gegen die Ausgaben um 50 788,85 Mk. zurückgeblieben. (Die letzteren waren in Folge der Reichstagswahl um 118 005,56 Mk. höher als im Vorjahr.) Inwiefern die Parteigenossen der einzelnen Orte bzw. Wahlkreise zu dem vorliegenden Ergebnis beigetragen haben, zeigt die diesem Bericht folgende Tabelle (f. S. 58—59). Leider muß konstatiert werden, daß die Zahl der Orte, bzw. Wahlkreise, aus denen der Parteikasse Gelder zugeflossen sind, sich gegen das Vorjahr um 24 vermindert hat, wie denn überhaupt eine große Anzahl hervorragender Parteiorde auf dieser Tabelle gänzlich fehlen.

Erläuterung zu B. Ausgaben:

1) Unterstützungen wurden nur gezahlt an Personen oder Angehörige von Personen, die in Folge ihrer Parteithätigkeit gemäßregelt oder sonstwie geschädigt wurden.

2) Unter dieser Summe befinden sich 5000 Mk., die als Kaution für den Genossen Kunert gestellt wurden und deren baldige Rückzahlung zu erwarten ist.

3) Unter diesen Ausgaben befinden sich 2500 Fr., welche den französischen Genossen, sowie 500 Mk., welche den österreichischen Genossen, und 500 Mk., welche den spanischen Genossen zur Vertreibung der Wahlagitation zur Verfügung gestellt wurden.

4) Unter diesen Ausgaben befinden sich neben den gewöhnlichen Kosten, wie Gehälter, Miete, Heizungs- und Beleuchtungskosten der Büroräume, den Telephon-, Telegraphen- und Postgebühren, den Druckkosten, den Zeit- und Reise-Entscheidigungen für die Revision der Kasse und für die Konferenzen der Parteivertretung u. f. w., auch die Kosten des Berliner Parteitags mit 5171,10 Mk.

5) Durch die Händler-Affäre wurde das Mannheimer Parteiorgan gefährdet. Die dortigen Genossen erhielten daher zum Rückkauf der Aktien 5000 Mk.

6) Diese Summe wurde dem Würzener Parteiblatt gegen gute hypothekarische Sicherheit gegeben. Die Amortisation erfolgt innerhalb eines Zeitraumes von drei Jahren.

7) Von dieser Summe erhielt das Langenbielauer Parteiblatt 3000 Mk. zur nothwendig gewordenen Anschaffung einer eigenen Druckerei. Die Abzahlung erfolgt regelmäßig.

8) Diesen Betrag erhielten die Bielefelder Genossen, denen die Räumlichkeit für die Zeitungsdruckerei gekündigt wurde und die bei der Unmöglichkeit, anderweitig Miethsräume zu erhalten, nothgedrungen zum Bau eines eigenen Hauses schreiten mußten.

9) Den Nachweis über die, den einzelnen Parteiorde gewährten Unterstützungen siehe unter C. Ausgaben für die Parteipresse

C. Ausgaben für die Parteipresse.

im Einzelnen nachgewiesen.

„Bote von der Saar“	Mk. 1900,—
„Elsaß-Votbringische Volkszeitung“	„ 3500,—
„Frankf. Volksstimme“ (Frankf. a. M.)	„ 2500,—
„Gazeta Robotnicza“	„ 8830,72 ¹⁾
„Gothaisches Volksblatt“	„ 800,—
„Magdeburger Volksstimme“	„ 900,—
„Münchener Post“	„ 12148,35 ²⁾
„Proletarier aus dem Sülzengebirge“	„ 409,50
„Rhein-Westphäl.-Arbeiter-Zeitung“	„ 7462,— ³⁾
„Saalfelder Volksblatt“	„ 400,—
„Seltow-Beszkower Volksblatt“	„ 1600,—
„Volksblatt für Anhalt“	„ 500,—
„Volksblatt für Hessen“	„ 3000,—
„Volksblatt für Ost- u. Westpreußen“	„ 1244,50
„Volkstribüne“ (Berlin)	„ 100,— ⁴⁾
„Wiener Arbeiter-Zeitung“	„ 10000,— ⁵⁾
„Würzener Zeitung“	„ 100,—
„Zeiter Volksbote“	„ 419,—
	Mk. 50814,07

Erläuterungen zu C. Ausgaben für die Parteipresse.

1) Von der obigen, für die „Gaz. Rob.“ verausgabten Summe sind 339 Mk. von einem polnischen Genossen zurückerstattet worden.

2) Nachdem durch diese allerdings bedeutende Zuwendung das Unternehmen geschäftlich gut fundirt ist, beginnt es sich zu rentiren, so daß im Monat September von der Verwaltung der „M. P.“ 1000 Mk. zurückgezahlt werden konnten.

3) Außer der angeführten Summe wurde für den inhaftirten Redakteur des Blattes das Gehalt, per Monat 150 Mk., für 12 Monat 1800 Mk., als „Agitationsbeitrag“, sowie für diverse Prozeß- und Gefängnißkosten, Umzug eines Redakteurs und eines Expedienten die Summe von 1438 Mk. gezahlt.

4) Für das Blatt mußten, nachdem es sein Erscheinen eingestellt hatte, außerdem noch 567,65 Mk. Prozeßkosten gezahlt werden.

5) Wie im Vorjahre gegen die belgischen, so mußte die deutsche Partei in diesem Jahre gegen die österreichischen Genossen das Gefühl der internationalen Solidarität betheiligen. Die Wiener Genossen erhielten 10000 Mk., um drückende geschäftliche Verbindlichkeiten, die auf ihrem Blatte ruhten und die Aktionsfähigkeit der Partei hemmten, abzulösen.

K

K

Tabellarische Uebersicht

der

seit dem Berliner Parteitage eingegangenen Partei-Beiträge
1. October 1892 bis 30. September 1893.

Ort bezw. Kreis	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Summa
Nachen				100,—									100,—
Adlershof b. Berlin				17,90									4,—
Zittdenburg	500,—		5,60			868,44		81,50				1000,—	1903,54
Mittona								7,—					7,—
Mitroffer								20,—	19,50		16,25		20,—
Winkum b. Halle	11,25												19,50
Annaburg								2,86					19,50
Alpenrabe								10,—	800,—				2,86
Wischerleben								200,—	200,—				310,—
Musicians						200,—			1,70				200,—
Soden (Sandfomit)								8,05	1,70	1,70			1,70
Baden-Baden	15,50			15,—									15,—
Recht b. Wilhelmshg.												119,—	284,70
Harby		19,—		100,—	100,—	100,—		52,70			200,—		284,70
Warmbad - Humbg.						3,86							3,86
Sarmen													3,86

Bayreuth													10,—
Berlin I. Bezirk	400,—	585,95	280,—	100,—	150,—	10,—							900,—
" II.		200,—	241,75	600,—	100,—	900,—							280,—
" III.		780,85	1048,75	381,45	216,90	860,20	1015,—	2500,—	1700,—	500,—	500,—	1000,—	6088,96
" IV.		260,—	280,—	100,—	860,20	700,—	1015,—	2500,—	1000,—	2001,98	500,—	1100,—	4898,10
" V.		594,70	219,60	1490,76	149,85	77,—	1812,60	2781,—	3719,61	1467,60	402,95	12748,06	12125,68
" VI.		781,55	640,40	688,25	948,40	373,66	395,95	825,25	262,61	262,61	241,77	28352,88	168,—
Berlin, div. Beir-													775,—
trage													402,95
Bernau													25,—
Bielefeld													30,—
Bingen				1,50									1,50
Boppard				50,—				8,—	8,—				6,—
Borgfelde													50,—
Braunlage													8,—
Brand b. Greiberg													20,—
Brandenburg	20,—	3,—	200,—		20,—				80,—				65,—
Braunshweig	100,—				200,—				30,—				1200,—
Bredow-Stein													2,30
Bremen		11,60		5,—	18,—				2,80				1040,60
Bremerhafen		1,10		4,85				6,—	1000,—	5,—		2,10	15,30
Bromberg									7,25				38,—
Broschingen									80,—				5,—
Broschingen									5,—				406,18
Brüffel									140,—	241,94	24,19		360,—
Buenos-Aires													586,77
Buturet													22,06
Burksh b. Sol.													5,—
Burffeld													15,—
Calbe a. S.		15,—		8,—							2,—		17,01
Cassel						2,01							2,01

Ort bezw. Kreis	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Summ	Guth	Staguth	Septembr	Summa
Charlottenburg						3,40		5,50			1000,—	6,—	19,90
Cheunith				5,—	50,—		12,—				54,70		1082,—
Chicago									825,—	114,41			947,41
Cincinnati								5,—					5,—
Conradsthal								7,—					7,—
Coply				6,50			10,—	10,—	20,—	2,—	10,—		47,—
Cortous	10,50	5,60				217,27							256,00
Crefeld							30,—	4,—					219,27
Crimmitschau													4,—
Dahme			25,—					50,—					55,—
Deeg a. S.													50,—
Deutsch-Wilmersdorf			4,80										4,80
Dortmund			10,—	10,—		3,40				10,45			30,45
Döbeln	3,50					3,40	4,28						11,18
Dresden b. Greiz	23,65	22,80	5,—	23,90	6,—	10,80	5,—	9,10		20,—			123,65
Duisburg		11,50								5,10			5,10
Düsseldorf													4,50
Ehrenfriedersdorf				4,60								4,50	4,50
Eibenfod.			400,—	1,—		400,—		9,80					16,70
Eberfeld				20,—	15,—		10,—						2,—
Eppendorf										600,—			4,60
Erfurt	27,—												1410,80
											25,—		70,—
													27,—

Erle								4,22					4,22
Erlangen			10,—										10,—
Ermstthal			15,—										15,—
Essen Kr.		100,—	200,—										300,—
Essen, Stadt			25,—										25,—
Eupen	10,—												10,—
Eutingen													10,—
Falkenberg				2,—			2,—						10,—
Falkenburg				20,—	10,—		20,—						24,—
Falkenwalde			7,80										7,80
Foyth i. S.		100,—				100,—							28,20
Frankfurt a. M.									300,—				400,—
Freiberg				3,—									8,—
Freiburg i. S.													50,—
Freienwalde													2,20
Freystadt i. Sch.				3,40								2,20	5,40
Freystadt i. S.													10,—
Friedenwalde			20,—			20,—							47,—
Füssen													20,—
Gaffeln													20,—
Gebweiler	3,10												8,10
Gera			70,—										82,—
Gera			100,—										328,—
Gera													10,—
Gera													3,65
Gera													10,—
Gera													21,15
Gera													2,60
Gera													20,—
Gera													8,—
Gera													10,—
Gera													30,—

K

K

Ort bzw. Kreis	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Summa
Bahr							14,—					13,—	14,—
Bandsbütt								5,—					15,—
Bangburtersdorf													5,—
Bangenberg (Kreis)		50,—				50,—	10,—				2,—		50,—
Bangensfelau						7,50						2,65	62,—
Bangensfelde													7,50
Banenburg				220,—	1,20			60,—				50,—	878,70
Beipfzig	48,70			4,67					40,—		75,—		44,67
Beitelshain													75,—
Beitzenstein-Gallenberg							2,50						1,25
Biegritz													15,—
Bieder-Gannover		1,25											2,50
Böbau					2,50	300,—		402,—	681,52	13,—		300,—	1744,16
Böbau					30,—					58,14			40,—
Bomben				10,—	200,—					200,—			700,—
Budenwalde					1,—								4,07
Büneburg								3,05					3,05
Budwigslust											4,—		4,—
Bugau				100,—				420,—					520,—
Burgenburg										1000,—			1002,65
Burgdorf		2,65											104,—
Burkland													2,50
Witzig	2,50												

Mannheim								10,—					50,—
Marahrenen								8,—					10,—
Martinuttrichen								9,—					9,—
Margeln	108,—			10,—					6,30				15,80
Meerane						80,—			250,—	202,70			565,70
Merseburg												8,—	8,—
Mertmann										1,70			1,70
Michelstadt									42,28				42,28
Milowauke									26,84				26,84
Milten													25,—
Moorz													209,50
Mühlheim a. Rh.					85,50		100,—			25,—			4,50
Mühlheim							4,50						4,50
Mühlfließberg i. Schl.													86,30
Mühlau				30,—				75,—	100,—			2,80	130,—
Mühlstau													15,05
Mudenanenburg													7,85
Mudenau													9,—
Mudenborn													7,85
Muehalbenleben													9,—
Muennitz													5,—
Muennitz													5,—
Muenschel (Göbzig)													28,50
Muenschel D.-Schl.													8,—
Muendorf													20085,75
Durch die Stat.-Verf. b. (Verb.-Barret St.-Z.)													
Niederzörnitz							1,70						1,70
Nissa													37,15
Nordhausen											100,—		100,—

K

K

Ort bez. Kreis	Oktober	November	Dezember	Jannar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Summa
Rowarves													10,—
Wünberg		200,—											200,—
Zeisitz i. B.							6,—				1,50		7,50
Oberreichenbach	25,—				25,—								9,—
Offenbach a. M.	20,—												50,—
Offenbach i. B.		9,05											20,—
Ohlau			90,—										9,05
Oblig.							7,—		128,—				7,—
Orautenburg				10,—									128,—
Oschek											40,—		40,—
Osandritsch								8,25					8,25
Ostroweg							40,—	240,—					20,—
Ostrowo													280,—
Orvis			6,—										6,—
Regau		17,15		13,—	10,—	10,—					10,—		70,15
Rorogheim	2,—												2,—
Rüna			3,05	5,—									13,05
Rüchen b. Dresden													20,—
Rauen-Dresden											2,80		7,40
Rauen-Vopff.										4,60			30,—
Rölen													7,40
Rorenkau													80,—
Rrenzsch							10,20						17,25
Ryrich													10,20

K

Radeberg				3,54									3,54
Rabotzsch													—,50
Randow = Greifenhagener													50,—
Rabitzsch													3,—
Rathenow													3,25
Ratzeburg			8,25										100,—
Rawitzsch				10,—									10,—
Reichenbach i. Schl.							103,22						103,22
Reichenbach i. B.													60,—
Reinichen					60,—								2,15
Reula	2,15												139,01
Reuzdorf	1,—						10,—						23,—
Ribitzsch													164,84
Rochau													289,90
Rom				10,—									60,—
Ronneburg				136,50									166,50
Ronsdorf													3,—
Rosenheim													171,30
Rositz		1,50											240,—
Rumänische Arb.-Partei													245,—
Sagan													10,—
Sao Paulo (Brasilien)													4,—
Schmalzthalen													46,40
Schmölla			2,16	10,—									60,—
Schönb.													20,—
Schönb. i. B.													1,80
Schönb. i. D.													15,47
Schweid. a. D.													1,80
Schweid. i. M.													15,47

K

Wenn in diesem Berichte die großen Erfolge der Partei im letzten Jahre aufgeführt sind, so ist unseren Genossen so gut als uns bekannt, daß dieselben nicht ohne die größten gemeinsamen und persönlichen Opfer haben errungen werden können. Es ist nicht möglich, alle die Maßregelungen anzuführen, denen einzelne Genossen ausgesetzt wurden, weil sie in dem Kampfe um die Befreiung der arbeitenden Klasse aus den Fesseln des Kapitalismus oder in Folge Wahrnehmung und Ausübung ihrer staatsbürgerlichen Rechte sich die Ungnade und den Zorn irgend eines Schlot- oder Krautjunters zugezogen haben. Wo es anging, haben die Genossen der einzelnen Orte oder Kreise diese Opfer der Unternehmerrubritalität unterstützt, wo diese Hilfe nicht vorhanden war oder nicht ausreichte, da griff die Zentralkasse ein, und der hohe Betrag, der unter der Rubrik „Unterstützungen“ im Kassenerbericht aufgeführt ist, zeigt, wie oft dieses Eingreifen nothwendig war.

Neben jenen Genossen, welche ein übermüthiges Prokenthum durch Stockprügel auf den Magen für die Bethätigung einer selbstständigen Gesinnung strafen zu müssen glaubte, haben wir noch jener zu gedenken, die in dem großen Befreiungskampfe der arbeitenden Klasse mit dem einen oder anderen Paragraphen der von der herrschenden Klasse geschaffenen Polizei- oder Strafgesetze in Konflikt gerathen sind. Die Zahl dieser Opfer anzugeben sind wir außer Stande, aber über die Höhe und den Umfang der in den letzten 12 Monaten erkannten Strafen giebt die nachstehende Tabelle Auskunft.

Monat	Strafen in								
	Gefängniß			Zuchthaus			Geldbuße		
	Jahre	Monate	Tage	Jahre	Monate	Tage	Mark	Pf.	
Oktober . . .	4	11	8	7	1	—	3784	—	
November . .	4	2	2	—	—	—	2435	—	
Dezember . . .	1	8	25	—	—	—	2124	—	
Januar	2	8	22	2	—	—	5653	—	
Februar . . .	6	8	—	—	—	—	5619	—	
März	16	4	10	—	—	—	2667	—	
April	7	10	1	—	—	—	1832	40	
Mai	2	8	20	—	—	—	3298	40	
Juni	7	8	27	14	—	—	1462	—	
Juli	1	6	10	—	—	—	2533	—	
August	2	2	26	—	—	—	1497	—	
September . .	5	9	25	—	—	—	1233	—	
Zusammen	63	7	26	23	1	—	31 937	80	

K

Es sind also insgesammt 86 Jahre 8 Monate und 26 Tage Freiheitsentziehung und 31937 Mk. 80 Pf. Geldstrafen erkannt worden.

Zu diesen Zahlen bleibt noch zu bemerken, daß dieselben nicht Anspruch darauf erheben können, ein vollständig genaues Bild der wirklich erlittenen Strafen zu geben. Einmal liegt es in der Sache selbst begründet, daß nicht alle einzelnen Straffälle gemeldet werden oder sonst zur Kenntniß des Parteibureaus gelangen, dann aber fehlt unter den Freiheitsstrafen vollzogen die erlittene Untersuchungshaft, die in einzelnen Fällen Monate lang gedauert hat und die, wenn sie summiert werden könnte, noch manches Jahr Freiheitsentziehung ergäbe.

Bemerken wollen wir, daß in der vorstehenden Tabelle auch die Strafen der sogenannten „unabhängigen“ Sozialisten und Anarchisten aufgenommen sind. Besonders die im Monat Juni aufgeführten 14 Jahre Zuchthaus sind vom Reichsgericht gegen Anarchisten wegen sogenannter hochverrätherischer Thaten erkannt. Flugblätter und Zeitungsnummern mit den bekanntesten provokatorischen Inhalt, unter Beihilfe von Polizeigebühren hergestellt und verbreitet, gaben den Anlaß zu dem Prozeß und den schweren Strafen. Die 7 Jahre und 1 Monat Zuchthaus im Monat Oktober resultiren aus den berüchtigten Meinungsprozessen in Magdeburg.

Insgesammt sind seit Erlöschen des Sozialistengesetzes im Herbst 1890 wegen „Vergehen und Verbrechen“, die im engsten Zusammenhange mit der politischen oder gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung stehen, von „Rechtswegen“ von deutschen Gerichten erkannt worden: 293 Jahre und 5 Tage Freiheits- und Mk. 70 772,20 Geldstrafen.

Ohne daß wir nun jede einzelne That, welche vor den Strafrichter führte, billigen oder sie auch nur als im Interesse der Arbeiterbewegung geschehen anerkennen möchten, so steht doch fest, daß die übergroße Mehrzahl der Strafen nur hat erkannt werden können, weil wir in einem Klassenstaat und unter einer Klassen-Gesetzgebung leben. Nicht selten werden Handlungen, welche von den Angehörigen der herrschenden Klassen ungescheut alle Tage geschehen können, wenn von sozialdemokratischen Arbeitern oder Pressorganen ausgeübt, mit den empfindlichsten Strafen belegt.

Während von der Kanzel und von Lehrstühlen, auf Konferenzen, in der Presse, bei Kontrollversammlungen und hundert anderen Gelegenheiten gegen die Sozialdemokratie gewettert und vor dem Lesen ihrer Bücher und Zeitungen gewarnt wird, ist der Redakteur eines unserer Partei-Organen in Sachsen wegen großen Unfugs in Strafe genommen worden, weil er in einer Abonnements-Einladung von dem Abonnement auf Amtsblätter abrieth.

K

Wenn die Antisemiten in Hunderttausenden von Flugblättern und in ihren Pressorganen die Losung ausgeben: „Kauft bei keinen Juden!“ so nimmt kein Staatsanwalt daran Anstoß. Wenn aber unsere Genossen von dem Besuche eines Lokals abrathen, dessen Besitzer Sozialdemokraten nicht in seinen Räumen versammelt sehen will, so ist das grober Unfug und wird hart bestraft.

Während aber der Boykott, von Sozialdemokraten ausgeübt, zum Verbrechen gestempelt wird, ist er, von bürgerlichen und militärischen Behörden gegen Sozialdemokraten in Anwendung gebracht, eine „patriotische Pflicht“. Soldaten dürfen bei keinem als Sozialdemokrat bekannten Geschäftsmann verkehren oder ihre Einkäufe dort besorgen, aber die Steuergroschen zum Unterhalt des Molochs Militarismus werden, ohne Ansehen der Person, auch von dem rothesten Sozialdemokraten eingetrieben.

Alle diese Unbilligkeiten und Ungerechtigkeiten aber, unter welchen wir zu leiden haben, haben bisher nur dazu geführt, daß die Parteigenossen sich immer enger zusammenschlossen und daß die Ueberzeugung von der Verwerflichkeit und Unhaltbarkeit der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung bei ihnen nur immer festere Gestalt annahm. Zugleich dringt dieses Gefühl der Unhaltbarkeit der heutigen Zustände in immer weitere Kreise und trägt so dazu bei, unsere Reihen zu stärken und ihnen immer neue Streiter und Kämpfer zuzuführen. Frohen Muthes kann deshalb die Partei in die Zukunft sehen. Unser der Sieg, trotz alledem.

Berlin, im Oktober 1893.

Der Partei-Vorstand.

K

73

Bericht über die Parlamentarische Thätigkeit der Reichstags-Fraktion.

Unmittelbar nach Beendigung unseres vorjährigen Parteitages am 22. November 1892 wurde die II. Session des im Jahre 1890 auf fünf Jahre gewählten Reichstages eröffnet.

Im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses sowie der parlamentarischen Berathung standen die enormen Militärforderungen, welche am 23. November v. J. von einer langen Rede des Reichskanzlers begleitet, dem Reichstage vorgelegt wurden, und deren mit 210 gegen 162 Stimmen erfolgte Ablehnung am 6. Mai d. J. die Auflösung des Reichstages herbeiführte. Der Reichstag begann seine Thätigkeit mit der Berathung einer Interpellation betreffend den Gebrauch der Schusswaffen seitens der Wachtposten.

Die an die Beantwortung der Interpellation anknüpfende Discussion gab dem Redner der sozialdemokratischen Fraktion Gelegenheit, in energischer Weise die Instruktion, welche dem Wachtposten den Gebrauch seiner Schusswaffe bezieht, zu bekämpfen.

Die Vorschrift, welche dem auf Posten stehenden Soldaten bezieht, etwaige Fluchtversuche von Personen, deren Festnahme ihm notwendig erscheint, durch den Gebrauch der Schusswaffe zu verhindern, und dadurch Leben und Gesundheit der auf öffentlichen Straßen und Plätzen verkehrenden Bürger zu gefährden, wurde als in direktem Widerspruch mit der Kultur stehend bezeichnet, und die Meinung ausgesprochen, daß diesem Zustande nicht eher ein Ende bereitet werden würde, als bis einmal ein Prinz oder ein hoher Militär auf der Straße das Opfer einer kleinkalibrigen Kugel geworden sei. Sämmtliche Parteien des Reichstages waren einig darüber, daß die Erklärung der Regierung, wonach die in belebten Straßen stehenden Posten nicht mehr mit Munition versehen werden sollen, durchaus ungenügend, und nicht geeignet sei, den Mißstand zu beseitigen.

Die aus den Jahren 1835 und 1837 stammende, noch heut in Kraft befindliche Instruktion muß gänzlich aufgehoben werden, damit die Straßenpassanten nicht mehr zum Zielobjekt schlechlustiger Wachtposten gemacht werden können. Die Ausrüstung der Posten mit scharfen Patronen zu etwaiger Vertheidigung bei Angriffen ist

K

nicht notwendig — die Posten haben für solchen Fall anderweite Verteidigungsmittel zur Genüge — und birgt eine ernste Gefahr für die öffentliche Sicherheit in sich, wie die Fälle beweisen, bei denen Wachtposten, von der Schußwaffe Gebrauch machend, neben den mit ihnen in Konflikt gerathenen Personen, auch gänzlich Unbetheiligte in den Sand streckten.

Das Volk muß sich vor diesen Wirkungen des Militarismus schützen. Das Publikum darf nicht länger den Geschossen der Wachtposten preisgegeben sein. Jene verrottete Instruktion, welche den Soldaten unter Umständen dazu zwingt, seinen Mitmenschen zu tödten, muß aufgehoben und durch zeitgemäße Anordnungen ersetzt werden, damit der Schießerei auf den Straßen und dem damit verbundenen militärischen Mord ein für alle Mal ein Ende gemacht wird. —

In der Etatsberathung verharrete die sozialdemokratische Fraktion auf ihren bisherigen Standpunkt. Indem die Fraktion gegen den Gesammetat stimmte, hat sie nicht nur Stellung genommen gegen das auf Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterklasse gerichtete Wirtschaftssystem der herrschenden Klassen, sondern sie hat auch durch die Verweigerung der von der Regierung geforderten Mittel den Protest erneuert gegen den Militarismus, welcher unerträglich auf den Schultern der arbeitenden Bevölkerung lastet, und durch die inzwischen angenommene Militärvorlage dem Volke noch neue schwere Opfer an Gut und Blut auferlegt. Der von dem gegenwärtigen Regierungssystem betriebenen Militär- und Wirtschaftspolitik setzt die Sozialdemokratie nach wie vor die Parole entgegen: „Diesem System keinen Mann und keinen Groschen!“

In dem Reichsetat kommt die das Volk degenerirende und namentlich die Arbeiterklasse schwer schädigende Militär- und Steuerpolitik des herrschenden Systems zu charakteristischem Ausdruck. Die Aufbringung der öffentlichen Lasten durch Steuern und Zölle auf die nothwendigsten Lebensbedürfnisse der breiten Volksmassen beweist deutlich, daß die herrschenden Klassen ihre Macht in der Gesetzgebung dazu anwenden, um die finanziellen und persönlichen Lasten für die hauptsächlich im Nutzen und zum Vortheil der bestehenden Klassen geschaffenen, Einrichtungen der heutigen Gesellschaft den wirtschaftlich Schwachen, den Beschloßenen aufzuerlegen. Die Klassenherrschaft kommt in der Klassengesetzgebung zu thätigster Wirksamkeit. Indem die bürgerliche Gesellschaft über die öffentlichen Gewalten und deren Machtmittel verfügt, ist die Arbeiterklasse der militärisch-kapitalistischen Ausbeutung preisgegeben. Die ungeheuren Lasten welche der Militarismus der Arbeiterklasse durch die Blutsteuer auferbüdet, sind dem nimmermatten Kapitalismus nicht genügend. Auch die Steuern welche der Militarismus im Dienste seines Zwillingbruders, des Kapitalismus,

K

fordert, müssen zum größten Theil von dem arbeitenden Volk aufgebracht werden. Die zur Deckung der Militärkosten dem Volke auferlegten indirekten Steuern und Zölle belasten ihrer Natur nach hauptsächlich die breiten Volksmassen, deren wirtschaftliche Lage sie unfähig macht, diese Lasten zu tragen.

Der gegenwärtige Zustand, welcher die immer weiter greifende Verelendung der in wirtschaftlicher Noth und politischer Rechtlosigkeit befindlichen Volksmassen zur Folge hat, wird einzig und allein von der Sozialdemokratie prinzipiell verworfen. Alle übrigen Parteien stehen trotz mancher Interessensirretheiten untereinander auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung, während die Sozialdemokratie die Basis der herrschenden Gesellschaftsform — das privat-kapitalistische Produktionssystem auf Leben und Tod bekämpft.

Die prinzipielle Stellung, macht der sozialdemokratischen Fraktion die Verwerfung des Gesammetats zur Pflicht.

Der Reichshaushaltsetat für das Etatsjahr 1893/94 veranschlagt die ungeheure Summe von 1 257 600 611 Mark, wovon 1 005 419 231 Mark als fortbauende und 82 706 604 Mark als einmalige Ausgaben des ordentlichen Etats, und 169 474 776 Mark als einmalige Ausgaben des außerordentlichen Etats verausgabt werden.

Hierzu kommt noch ein Nachtragsetat, durch welchen 1 468 000 Mark an fortbauenden und einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats bewilligt sind.

Ueber die Verwendung der gewaltigen, weit über eine Milliarde betragenden Ausgaben des Etatsjahres 1893/94 mögen folgende Angaben Auskunft geben, wobei ausdrücklich zu bemerken ist, daß die Kosten der neuen Heeresveritärkung nicht in diesen Etats enthalten sind, sondern durch Bewilligung eines Nachtragsetats für die Zeit vom 1. Oktober d. J. bis 31. März 1894 ihre Deckung finden.

Für die Militär- und Marineverwaltung sind im Etatsjahr 1893/94 an laufenden Ausgaben rund 428 Millionen Mark für Militär, 48 Millionen Mark für Marine und 69 Millionen Mark für Pensionen bewilligt worden. Für einmalige Ausgaben hat der Militär- und Marineetat 182 Millionen Mark im Etatsjahr erfordert, so daß die Summe der Ausgaben, welche im deutschen Reich im Jahre 1893/94 für Militär- und Marinezwecke aufgebracht werden, etwa

727 Millionen Mark

beträgt, — wobei die Ausgaben des Reichs-Zwinalidensfonds mit nahezu 24 $\frac{3}{4}$ Millionen Mark nicht mitgerechnet sind.

Einen bedeutenden Faktor in den Reichsausgaben finden wir noch in der Verzinsung der Reichsschuld, welche pro 1893/94 den

K

Betrag von 66 Millionen Mark erfordert. Die sonstigen fortlaufenden Ausgaben des Reichs verteilen sich auf die verschiedenen Verwaltungsgebiete, wie Auswärtiges Amt mit etwa 10 Millionen Mark, Reichsamt des Innern mit 25 Millionen Mark, Reichsjustizverwaltung mit 2 Millionen Mark und dem allgemeinen Pensionsfonds mit 44 $\frac{1}{4}$ Millionen Mark.

Von welchen Klassen der Bevölkerung die Reichsausgaben pro 1893/94 hauptsächlich aufgebracht werden, ergibt sich, wenn man die Steuerquellen des deutschen Reichs untersucht.

Die 1 $\frac{1}{2}$ Milliarden Mark — diese Summe muß zur Deckung der Ausgaben im Jahre 1893/94 ungefähr vereinnahmt werden — werden in folgender Weise beschafft.

Ueberschuß aus der Post- und Telegraphenverwaltung 21 Mill. Mark; Reichsstempelabgaben 36 $\frac{1}{2}$ Millionen Mark; Ueberschuß aus Reichs-Eisenbahnverwaltungen 20 $\frac{1}{2}$ Millionen Mark; aus dem Bankwesen 7 Millionen Mark; aus der Reichsdruckerei 1 $\frac{1}{2}$ Millionen Mark; aus dem Reichsinvalidentfonds 24 $\frac{1}{3}$ Millionen Mark; aus den Matritularbeiträgen der Einzelstaaten etwa 355 $\frac{1}{2}$ Millionen Mark und aus Zöllen und Verbrauchssteuern etwa 600 Millionen Mark.

Zur Balancierung des Stats pro 1893-94 ist der Reichsanzler ermächtigt worden, eine Anleihe bis zum Betrage von etwa 130 $\frac{1}{4}$ Millionen Mark aufzunehmen. Die Zölle und Verbrauchssteuern setzen sich zusammen aus Getreidezoll, Petroleumzoll, Fleisch-, Vieh-, Holz-, Zölle u. s. w. im Betrage von etwa 841 Millionen Mark, während die Tabaksteuer für das Jahr 1893/94 mit etwa 11 Millionen Mark, die Zuckersteuer mit 66 $\frac{1}{2}$ Millionen Mark, die Branntweinsteuer mit etwa 117 Millionen Mark veranschlagt ist.

Die Art der Reichseinnahmen sowie die Verwendung derselben zeigen deutlich, welche enormen Summen im Dienste des Kapitalismus alljährlich dem Moloch des Militarismus geopfert werden, und beleuchten drastisch das in der bürgerlichen Gesellschaft herrschende Prinzip in Bezug auf die Verteilung der öffentlichen Lasten.

Im Anschluß an die Generaldiskussion des Stats fand die Generaldiskussion der Militärvorlage statt. Die in mehrtägiger Beratung von allen Rednern mit Ausnahme des Industriesönigs Stumm bekämpfte Vorlage, wurde an eine Kommission verwiesen, welche nach monatelanger nutzloser Hin- und Herrederei die Ablehnung der von der Regierung geforderten Verstärkung der Friedenspräsenz empfahl.

Nach Vorschlag der Regierung sollte sich die Heeresverstärkung an Mannschaften und Unteroffizieren auf etwa 100 000 Mann be-

K

laufen. Die Ersatzreserve sollte bis auf einen kleinen Rest in Wegfall kommen, da dieselbe statt 20 Wochen künftig 2 Jahre dienen muß. Für die Fußtruppen, einschließlich der Fußartillerie, wollte man die zweijährige Dienstzeit bewilligen.

An Kosten wurden für die Durchführung der Armeereform verlangt als regelmäßige jährliche Mehrausgabe 64 000 000 Mark, an einmaligen Ausgaben 67 800 000 Mark.

Die regelmäßigen Ausgaben würden sich jedoch wesentlich höher als 64 Millionen gestellt haben, da einmal die Zinsen für die Anleihe der einmaligen Ausgaben, sodann eine beträchtliche Erhöhung der Unteroffiziersprämien, sowie erhöhte Pensionsausgaben u. s. w. notwendig wurden. Außerdem würde die Unterbringung der Mannschaften in Kasernen und Baracken später außerordentliche Ausgaben in Höhe von etwa 105 000 000 Mark erfordern.

Die Mehrausgaben sollten gedeckt werden durch eine Verdoppelung der Börsensteuer und eine Erhöhung der Branntwein- und der Brausteuer, also mit Steuern, die, wie bisher, auch jetzt wieder mit Ausnahme der Börsensteuern, vorzugsweise die besitzlosen Klassen der Bevölkerung zu tragen haben würden. Die Börsensteuer sollte ein Mehr von 12 $\frac{1}{2}$ Millionen Mark ergeben, 44 Millionen Mark sollten auf die Erhöhung der Bier- und Branntweinsteuer fallen. Die Stellung der Sozialdemokratie zu der im Vorkriegenden gekennzeichneten neuen Militärvorlage war von vornherein vollkommen klar. Für unsere Partei, welche über die neue Militärvorlage hinaus das herrschende Militärsystem prinzipiell bekämpft, konnte selbstverständlich von vermehrten Opfern für den Militärmoloch keine Rede sein.

Der Militarismus ist eine vorzugsweise im Dienste der herrschenden Klassen stehende Institution der bürgerlichen Gesellschaft, während die Lasten, welche er dem Volke auferlegt, hauptsächlich von der Arbeiterklasse getragen werden müssen. Die Sozialdemokratie bekämpft das gegenwärtige Militärsystem, weil es die finanziellen Lasten nicht denjenigen Klassen der Bevölkerung auferlegt, deren Befähigung im Kriegsfalle durch den Militarismus geschützt werden, und weil es die Armen und Besitzlosen zwingt, neben der Blutsteuer auch noch die Gutsteuer zu tragen.

Die sozialdemokratischen Redner haben während der Beratung der Militärvorlage wiederholt die Forderung gestellt, die Gesamtkosten der Militärverwaltung — nicht nur die Mehrkosten für die letzte Heeresverstärkung — durch eine Reichs Einkommensteuer aufzubringen. Nur auf diesem Wege ist eine gerechte und den Verhältnissen entsprechende Aufbringung der Kosten des Militarismus möglich. Durch eine progressiv nach oben steigende Einkommensteuer werden diejenigen Bevölkerungsklassen zur Deckung der Militärkosten herangezogen, welche durch Besitz und Einkommen hierzu

K

befähigt sind, in deren Klasseninteresse der Militarismus geschaffen ist und deren Eigenthum durch die Armee geschützt und vertheidigt wird.

Aber nicht nur aus diesen Gründen steht die Sozialdemokratie dem herrschenden Militärsystem feindlich gegenüber.

Wir verlangen die Errichtung des Milizsystems, damit die allgemeine Wehrpflicht, welche heut in Deutschland nur auf dem Papier steht, zur Wahrheit wird. Das Einjährig-Freiwilligen-Institut, eine den Klasseninteressen der Bourgeoisie dienstbare Einrichtung, muß aufgehoben werden.

Jeder wehrfähige junge Mann soll, durch entsprechende Schul- und Jugendziehung vorbereitet, für eine kurze Zeit militärisch ausgebildet werden, um, wenn nöthig, das Vaterland gegen Angriffe erfolgreich vertheidigen zu können.

Wir wollen ein Militärsystem, welches, die Volkskraft im Frieden schonend, das ganze Volk befähigt, im Falle der Noth zu den Waffen zu greifen, um Haus und Hof zu schützen.

Hierzu bedarf es keiner zweijährigen Dienstzeit, welche bei Einstellung sämtlicher wehrfähigen jungen Leute schon aus finanziellen Gründen unausführbar sein würde, sondern für ein wirkliches Volksheer genügt bei entsprechender Vorbereitung in der Jugendziehung eine Dienstpflicht, welche nach Wochen zählt.

Freilich wird man bei der Einführung des Milizsystems auf den in Preußen-Deutschland herrschenden Paradebrill verzichten müssen; aber es ist auch nicht die Aufgabe eines Kulturvolkes, seine Bürger jahrelang Paradeschritt üben zu lassen und dieselben zum Aufenthalt in „Ferienkolonien“ hinter Kasernenmauern zu verurtheilen.

Wir haben nicht nur die neue Militärvorlage aus finanziellen, politischen und wirtschaftlichen Gründen verworfen, sondern wir kämpfen aus denselben Gründen gegen das ganze Militärsystem unsrer Tage, weil wir einem System feindlich gesinnt sind, welches Blüthen zeitigt, wie die Mißhandlungen und Schindereien unsrer Brüder im Waffenrock, von denen die Veröffentlichungen in der Presse und die Verhandlungen des Reichstages in den letzten Jahren ein so trauriges Zeugniß abgelegt haben.

Wir stehen einem System feindlich gegenüber, unter dessen Herrschaft die Söhne des Volkes in der Uniform auf die Söhne des Volkes im Arbeiterkleid schießen müssen, wenn es im Interesse der herrschenden Klassen für notwendig erachtet wird.

Wir verlangen ein Milizsystem bei welchem die Bürger mit Wehr und Waffe ausgerüstet, jeden Moment in der Lage sind, nicht nur dem auswärtigen Feinde die Stirn zu bieten, sondern bei welchem auch den in gewissen Kreisen herrschenden Gellisten, die sich gegen ihre politische Unterdrückung und wirtschaftliche

K

Ausbeutung wehrende Arbeiterklasse vermittelt der Bajonnette und Kanonen niederzuschlagen, erfolgreich entgeggetreten werden kann. In der Volksbewaffnung erblicken wir nicht nur Schutz gegen die Bestrebungen, den Militarismus zum Werkzeug des Kapitalismus zu machen, sondern dieselbe bildet auch einen Wall gegen etwaige Angriffe auf die Volksrechte, deren Vertheidigung und Erweiterung die Mission des Proletariats, die Aufgabe der in der Sozialdemokratie politisch organisierten Arbeiterklasse ist.

Die Militärvorlage ist seit ihrer Einbringung im Reichstage sowohl dort, als auch in der Presse, in Versammlungen und in Flugblättern während des Wahlfampfes, so eingehend beleuchtet worden, daß wir nicht nöthig haben, an dieser Stelle noch einmal alle Gründe gegen die Vermehrung des stehenden Heeres und der damit verbundenen Kosten zu wiederholen. Die Sozialdemokratie hält das stetige Anwachsen des Militarismus für kulturwidrig und im höchsten Grade gefährlich für den Volksfrieden. Politisch zwecklos, den Frieden nicht sichernd, sondern im Gegentheil durch die Ueberspannung der Volkskraft zum Kriege anreizend, bürdet die herrschende Militärpolitik dem Volke Lasten auf, welche die Volkskraft verzehrend, notwendiger Weise den wirtschaftlichen Zusammenbruch Deutschlands zur Folge haben müssen. Die Vertreter der sozialdemokratischen Partei im Reichstage wissen, daß sie dem Willen und der Ueberzeugung aller ziel- und klassenbewußten Arbeiter entsprechen haben, als sie der Forderung der Regierung einstimmig das Votum entgegensetzten: Nieder mit der Militärvorlage, nieder mit dem Militarismus. —

Zu Rücksicht auf die im Winter 1892/93 herrschende Arbeitslosigkeit und den dadurch herbeigeführten Nothstand innerhalb der Arbeiterklasse, sowie der Kleingewerbetreibenden und des Handwerkerthums, brachten die sozialdemokratischen Abgeordneten am 31. Dezember 1892 folgende Interpellation beim Reichstage ein:

„Welche Maßregeln haben die verbündeten Regierungen ergriffen oder gedenken sie zu ergreifen, um dem notorisch vorhandenen Nothstande entgegenzuwirken, welcher in Folge andauernder Arbeitslosigkeit, vielfach vorgenommener Herabsetzung der Arbeitslöhne, sowie der allgemein gedrückten Erwerbsverhältnisse in den weitesten Volkskreisen herrscht.“

Die Interpellation kam am 12. Januar im Reichstage zur Berathung und wurde von dem Redner der Fraktion eingehend begründet. Nach Feststellung der durch Arbeits- und Erwerbslosigkeit entstandenen Nothlage der arbeitenden Bevölkerung, welche durch die unheilvolle Zoll- und Steuerpolitik, deren Konsequenzen die Vertheuerung der notwendigen Lebensmittel sind, noch verschärft wurde, erörterte der Redner, welche Mittel zu ergreifen, welche Wege einzuschlagen seien, um dem Nothstand entgegen-

K

zuwirken. Seine Ausführungen gipfelten in dem Nachweise, daß die Auspönerung der breiten Volksmassen eine nothwendige Folge der herrschenden privat-kapitalistischen Produktionsweise sei. Auf der einen Seite Millionäre und Milliardäre züchtend, welche aus dem kryptikalisierten Arbeiterschweiß und der aus den Knochen der Arbeiter herausgepreßten Profitrate immer mehr Kapitalien aufhäufen, zwingt unser Wirtschaftssystem auf der andern Seite die Arbeiter in immer größere Noth, macht täglich neue Schaaren arbeits- und damit brodlos, vergrößert die industrielle Reservearmee und, indem es die sogenannten Mittelschichten auffaugt und beseitigt, proletarisiert es täglich neue Volksmassen.

Bei voller Wahrung des prinzipiellen Standpunktes der sozialdemokratischen Partei, welche, im Kampfe mit der heutigen Gesellschaft, die Abschaffung der Klassenherrschaft, die Beseitigung der kapitalistischen Produktionsweise, und die Aufhebung des Privateigentums an den Arbeitsmitteln erstrebt, forderten die sozialdemokratischen Abgeordneten sofortige Inangriffnahme von Nothstandsarbeiten, um der Arbeitslosigkeit nach Möglichkeit zu steuern.

Neben diesen Arbeiten soll durch Einführung des Normalarbeitstages, strenge Handhabung und Ausdehnung der Sonntagsruhe, sowie Abschaffung der Kinderarbeit den Arbeitslosen Gelegenheit zur Arbeit geschaffen werden.

Als weiteres Mittel zur Milderung des Nothstandes wurde die sofortige Aufhebung der Zölle und Steuern auf Lebensmittel verlangt. Mit der herrschenden Zoll- und Steuerpolitik, welche die schon so tief herabgedrückte Lebenshaltung der Massen noch tiefer herabdrückt indem sie alle Lebensmittel zum Vortheil einer kleinen Minderheit künstlich versteuert, muß endgültig gebrochen werden. Das fortgesetzte Attentat auf den Geldbeutel der arbeitenden Bevölkerung muß aufhören, der Bereicherung der Reichen aus den Taschen der Armen durch Getreidezölle und Schnapsprämiën muß ein Ende gemacht werden.

Die Beantwortung der Interpellation seitens der Regierung zeigte neben der absoluten Beständnisslosigkeit der Situation eine sehr geringe Neigung, dem Nothstande durch umfangreiche Maßregeln entgegenzutreten. Das Vorhandensein eines allgemeinen Nothstandes wurde bestritten, höchstens sei vielleicht ein partieller Nothstand an einzelnen Orten vorhanden. Die Interpellation schien der Regierung zum Zweck sozialdemokratischer Agitation eingebracht zu sein, eine Auffassung, die deutlicher wie alles Andere Zeugniß davon ablegt, wie wenig vertraut die Vertreter der offiziellen Sozialreform mit den tatsächlichen Verhältnissen und Zuständen innerhalb der Arbeiterklasse sind. An die Beantwortung der Interpellation schloß sich eine Besprechung derselben an, welche drei volle Tage in Anspruch nahm.

K

Da man den Nothstand durch Ableugnen desselben nicht aus der Welt schaffen konnte, so machte man namentlich von konservativer Seite die Sozialdemokratie und ihre Agitation verantwortlich für den Nothstand.

Herr von Stumm empfahl als einzig wirksames Mittel gegen den Nothstand ein neues Sozialstengesetz. Ein konservativ-agrarischer Heißsporn sah in der Aufhebung der Freigübigkeit das letzte Heilmittel. Andere Parteien hatten wieder andere Quacksalbereien in Vorrath. Die Forderung nach ernsthaften durchgreifenden sozialen Gesetzen, vermöge deren die Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiterklasse menschenwürdig gestaltet werden können, wurde nur von der sozialdemokratischen Partei gestellt und die Berathung der sozialdemokratischen Interpellation lieferte aufs Neue den Beweis von der Unfähigkeit der bürgerlichen Gesellschaft, das von ihr erzeugte Massenelend aus der Welt zu schaffen.

Einen breiten Raum in der dreitägigen Diskussion nahm der im Saarbrücker Revier ausgebrochene Bergarbeiterstreik ein. Von den sozialdemokratischen Rednern wurde an der Hand reichlichen Materials nachgewiesen, wie schonungslos die Bergverwaltung in den königlichen Musteranstalten des Saarreviers verfahren ist. Die Maßregeln, mittelst deren die Verwaltung über Hunderte und Tausende von Familienvätern, als Strafe für den Versuch, ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern, zeitweiligen oder dauernden Ausschluß von der Arbeit verhängte, haben berechtigte Erbitterung hervorgerufen.

Die Art und Weise, in welcher die Verwaltung den Ausstand bekämpfte, und die schroff ablehnende Haltung, welche sie den Deputirten der Bergleute gegenüber einnahm, ist ein Beweis dafür, daß den Leitern der Staatsbetriebe die elementarsten Grundsätze einer vernünftigen Sozialreform ein mit sieben Siegeln verschlossenes Buch sind.

Niemals ist der Charakter unseres Klassenstaats den Arbeitern deutlicher und schlagender vor Augen geführt worden als anlässlich dieses Bergarbeiterstreiks. Die „Führer“ der Bergarbeiterbewegung wurden gleich in den ersten Tagen des Streiks verhaftet und ins Gefängniß geworfen, sei es, daß man sie der Aufreizung zum Kontraktbruch oder der Verbreitung falscher Nachrichten beschuldigte. In den nachfolgenden Prozessen wurden nahezu drakonische Strafen verhängt wegen Handlungen, die bisher nicht bloß straflos geblieben waren, sondern zu deren Bestrafung ein Paragraph des Strafgesetzbuches gerade erst entdeckt worden war: Paragraph 110 Aufreizung zum Kontraktbruch respektive Aufreizung zum Ungehorsam gegen die Geseze. Dabei ergab sich das Dilemma: Der Kontraktbruch, unter dem die Tausende von Bergarbeitern in den Streik eintraten, war eine kriminell nicht strafbare Handlung, die Aufforderung dazu

6 K

aber wurde mit monatelangem, ja jahrelangem Gefängniß bestraft! Und dabei mußten Richter und Ankläger offen zugeben, daß keiner der angeklagten Führer in direkten Worten zum Kontraktbruch aufgefordert hatte! Aber weil der Streik unter Kontraktbruch erfolgt war, bedeutete jede indirekte Aufforderung zum Streik, jede indirekte Aufforderung zum Aus-harren zugleich eine indirekte Aufforderung zum Kontraktbruch! Und so wurden denn anlässlich dieses Bergarbeiterstreiks Strafen in der Gesamthöhe von **15 Jahren Gefängniß** verhängt. Welche Lehre aber die Bergarbeiter daraus gezogen, das zeigte einige Monate später die Reichstagswahl. Im Wahlkreis Dortmund wurden 1890 für den sozialdemokratischen Kandidaten 10422 Stimmen abgegeben, 1893: 17 170; in Bochum-Gelsenkirchen 1890: 8988, 1893 aber 19585, und im schlesische Kohlenbezirk Waldenburg, der 1890 6834 sozialdemokratische Stimmen zählte, sandte diesmal mit 11 336 Stimmen den ersten sozialdemokratischen Bergmann in den Reichstag. —

Die Spezialberathung des Etats ist von der Fraktion auch in der Session 1892/93 dazu benutzt worden, um die große Zahl von Mißständen, welche auf den verschiedensten Gebieten der Verwaltung herrschen, zur öffentlichen Kenntniß und Beprechung zu bringen.

Die Soldatenmißhandlungen, bezüglich deren die sozialdemokratischen Abgeordneten mit einem überaus reichlichen Material versehen waren, kamen bei Berathung des Militäretats zur Sprache. Es wurden Vorgänge mitgetheilt, die von so unmenschlicher Rohheit und Brutalität zeugten, daß mit Recht die Frage aufgeworfen werden konnte, ob sich die Verübter dieser Schändlichkeiten im Besiße geistiger Zurechnungsfähigkeit befinden haben. Wir haben in dem vorjährigen Bericht die Frage der Soldatenmißhandlungen eingehend erörtert und können nur wiederholen, daß dieser schenßliche Auswuchs des Militarismus nur beseitigt werden kann durch Einrichtungen, welche an Stelle des heut herrschenden Kadavergehorsams die Disziplin freier Männer in der Armee einführen. Die steigende Ziffer der Selbstmorde in der Armee — eigenthümlicher Weise kommen während der ersten sechs Monate, also während der eigentlichen Rekrutzeit die meisten Selbstmorde vor — zeigt deutlich, welch traurigen Früchte diesen Verhältnissen ent-wachsen. Die Geschichte der Soldatenmißhandlungen ist auch die Geschichte der Soldatenselfmorde und letztere gewiß vielfach die Folge ersterer. Nach militärischen Feststellungen sollen zwar nur 1,5 % der Selbstmorde auf schlechte Behandlung zurückzuführen sein. Dieser Behauptung widerspricht jedoch die Thatfache, daß bei den in den Jahren 1875—1888 vorgekommenen Selbstmorden von Mannschaften — Unteroffiziere sind nicht mitgerechnet — in

K

1159 Fällen die Ursachen nicht entdeckt worden sind. Es ist ganz unzweifelhaft, daß ein großer Theil der 1159 Selbstmordsfälle die erlittenen Mißhandlungen zur Ursache gehabt haben.

Die Reichsregierung steht zur Zeit dem wiederholten Verlangen des Reichstages auf Einführung der Oeffentlichkeit des Militärstrafverfahrens, sowie Erweiterung und vollkommene Sicherstellung des Beschwerderechts noch ablehnend gegenüber. Die herrschenden Parteien im Reichstage aber haben sich bisher noch nicht dazu aufraffen können, durch Verweigerung der Mittel Einrichtungen auf diesem Gebiete zu erzwingen, welche ein Gebot der Menschlichkeit und Gerechtigkeit, eine unausschiebbare Forderung der Kultur sind. —

Die Berathung des Etats der Post- und Telegraphenverwaltung gestattete sich in sehr ausgebehnter Diskussion zu einer Anlage gegen diese Verwaltung, welche mit der persönlichen Freiheit der unteren und mittleren Postbeamten in einer Weise umspringt, die sich thatsächlich zu einer schweren Schädigung der staatsbürgerlichen Rechte der in der Postverwaltung beschäftigten Personen gestaltet hat. Neben übermäßig langer Arbeitszeit und schlechter Bezahlung haben die unteren und mittleren Postbeamten noch unter dem Umfande zu leiden, daß die vorgefekten Behörden sich herausnehmen, die außeramtliche Thätigkeit ihrer Untergebenen zu kontrolliren und zu beeinflussen.

Die soziale und behördliche Uebermacht der Vorgefekten zwingt — wenn auch unter Betonung sogenannter Freiwilligkeit — den Postbeamten zu Schritten und Handlungen, welche mit seiner freien Ueberzeugung nicht übereinstimmen. Dieses Verfahren hat ebenso berechtigte als lebhaftige Klagen hervorgerufen, und ist seitens unserer Fraktion zum Gegenstand eingehender und energischer Erörterungen gemacht worden.

Das in der Post- und Telegraphenverwaltung herrschende System gleicht einem mitunter von wohlwollenden Instinkten getragenen Despotismus und schädigt nicht nur das Geer der Post-beamten und der in dieser Verwaltung angestellten resp. zeitweise beschäftigten Arbeiter, sondern verhindert auch zum Schaden des Publikums, diejenigen postalischen Reformen und Fortschritte, welche zur Hebung und Erleichterung des Verkehrs unerlässlich sind. Die Ueberchüsse, welche die Post- und Telegraphenverwaltung dem Reichsetat zuführt, rühren zum großen Theil aus zu geringer Besoldung und unzulässiger Ausbeutung der Arbeitskraft der Postproletarier her. Die Anregungen, welche von den sozialdemokratischen Abgeordneten zwecks Aufbesserung der Gehälter der unteren und mittleren Beamten gegeben worden, sind wiederholt zurückgewiesen worden.

Die gegenwärtige Leitung hat der Post- und Telegraphen-

6* K

verwaltung den Stempel der Plusmacherei aufgedrückt; ein Bestreben, welches zwar dem fiskalischen Interesse dient, aber ebenso wenig vereinbar ist mit der Fürsorge für die im Postdienst arbeitenden Bürger, als mit der Aufgabe, welche der den Weltverkehr vermittelnde und regelnde Post- und Telegraphenbetrieb im Dienste des Publikums zu erfüllen hat. —

In der zweiten Beratung des Etats des Reichsanzugs des Innern wurde das ganze weite Gebiet der Arbeiterschutz- und Versicherungsgesetzgebung einer scharfen Kritik und ausführlichen Erörterung unterzogen.

Die Beratung über die Berichte der Fabrikinspektoren führte zu einer für die „Arbeiterfreundlichkeit“ des Unternehmertums charakteristischen Feststellung. Von unserem Redner wurde nachgewiesen, daß ein Aufsichtsbeamter, welcher seine Sprechstunden in einem Arbeiterblatt anfündigte, von einem Unternehmerverband bei seiner vorgesetzten Behörde denunziert worden ist. Wenn schon es begreiflich ist, daß das Unternehmertum alles verhindert, was seiner Ausbeutungswuth und der Jagd nach dem aus Arbeiterschweiß gepreßten Mehrwerth eine Schranke zu setzen geeignet ist, so wirkt es doch ein eigenthümliches Licht auf das sozialpolitische Verständnis der Regierungskreise, wenn — wie das Antwortschreiben des Regierungspräsidenten befundet — jenem Aufsichtsbeamten „das Erforderliche“ von Amtswegen eröffnet worden ist.

Derartige Fälle sind durchaus nicht vereinzelt. Die Jahresberichte der Fabrikinspektoren sind der lebendige Beweis dafür, wie unzulänglich die Arbeiterschutzbestimmungen sind, und zeigen gleich deutlich, in welcher raffinierten und gemeiner Weise das Unternehmertum vielfach seine Pflichten versäumt und die Rechte der Arbeiter mit Füßen tritt. —

Auch die sogenannten Wohlfahrts-Einrichtungen des modernen Industrialismus wurden eingehend besprochen. Unsere Redner zeigten, was es mit der vielgerühmten „Fürsorge für die Arbeiter“ auf sich hat, indem sie nachwiesen, daß diese angeblich aus Fürsorge für die Arbeiter geschaffenen Einrichtungen thatsächlich materiellen Interessen des Unternehmertums dienlich sind. Durch all diese Einrichtungen werden die Arbeiter an ihre Arbeitsstelle gefesselt. Man bewilligt ihnen scheinbare Vortheile, um sie, durch einen kleinen Wetz an den Ort gebunden, zu umso widerstandsfähigeren Objekten der Ausbeutung machen zu können.

Durch die Spekulation auf die Gutgläubigkeit und die Unkenntniß der Verhältnisse versucht man die Außenstehenden zu täuschen. Wer in das wahre Wesen dieser sogenannten Wohlfahrts-Einrichtungen eindringt, der weiß, daß dieselben einzig und allein im Interesse des Kapitalismus geschaffen, die Lage der Arbeiter-

Klasse nicht nur nicht verbessern, sondern im Gegentheil, dadurch, daß sie die Bewegungsfreiheit der Arbeiter hindern, dieselben in noch größere Abhängigkeit von dem Ausbeuterthum bringen.

Die Wohlfahrts-Einrichtungen des Kapitalismus für die Arbeiter sind ein Schwindel, der um so widerlicher wirkt, als er die Geldaucht unter der Maske der Humanität verbirgt. —

Ueber die durch das Gesetz vorgeschriebenen Schutzvorrichtungen in den Fabriken äußern sich die Jahresberichte der Gewerbeinspektoren mehrfach in einer Weise, daß wir Gelegenheit hatten, darauf hinzuweisen, wie frivol oftmals das Unternehmertum mit dem Leben und der Gesundheit der Arbeiter spielt.

An der Hand der Berichte — die meist alle von dem Bestreben getragen sind, die Lohn-, Arbeits- und Lebensverhältnisse der Arbeiter in möglichst günstigem Lichte darzustellen — wurde die Mangelhaftigkeit der Schutzvorrichtungen in vielen Fabriken und Unternehmungen gezeigt und damit auch auf diesem Gebiete dargelegt, wie wenig der alles beherrschende Kapitalismus geneigt ist, das für ihn arbeitende und Reichthümer schaffende „Menschenfleisch“ vor Gefahr und Untergang zu schützen. —

Auch in der vorletzten Session des Reichstages gaben die Staats- und Reichsbetriebe Anlaß zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen den bürgerlichen Parteien, den Vertretern der Regierung und der sozialdemokratischen Fraktion. Die nach den kapitalistischen Gesetzen der Profitmacherei verfahrenende Leitung der Staatswerkstätten mit ihren unzureichenden Löhnen sowie der politischen Abhängigkeit und Unterdrückung ihrer Arbeiter wurde in gebührender Weise an das Licht der Öffentlichkeit gezogen.

Der in den Reichs- und Staatswerkstätten betriebene sogenannte Staatssozialismus entpuppt sich unter Wirkung der „offiziellen Sozialreform“ immer mehr als Staatskapitalismus, dessen ökonomische und staatliche Uebermacht den in seinem Banne befindlichen Arbeitern das Doppelsoch wirtschaftlicher Ausbeutung und politischer Unterdrückung auferlegt. Die Rücksichtslosigkeit, mit welcher das Vereins- und Koalitionsrecht für die in Staatswerkstätten beschäftigten Arbeiter behandelt wird, ist ein Merkmal der kapitalistischen Prinzipien, von denen die Leitung der heutigen Staatsbetriebe beherrscht wird.

In Militär-, Marine- und Eisenbahn-Werkstätten ist den Arbeitern durch die Arbeitsordnung bei Strafe sofortiger Entlassung verboten worden, sich an sozialdemokratischen Vereinen zu betheiligen oder sozialdemokratische Zeitungen zu lesen.

Solche Maßregeln, durch welche die Arbeiter eines gesetzlich garantierten Rechtes beraubt werden, enthüllen deutlich den Klassencharakter des in den Staatswerkstätten herrschenden Regiments, — und müssen bei den Arbeitern die Ueberzeugung verstärken, daß die

Staatsbetriebe sich ihrer sozialen Aufgabe als „Musteranstalten“ nicht im Geringsten bewußt sind. —

Den Jahr für Jahr wiederholten energischen Reklamationen der Abgeordneten unserer Partei ist es zu danken, daß diese Arbeitsordnungen mit der Gewerbeordnung — welche die von den Verwaltungen gegebenen Vorschriften verbietet — in Einklang gebracht worden sind. —

Die Forderung, das Unfallversicherungsgesetz einer Erweiterung zu unterziehen, ist von uns wiederholt worden. Die Ausdehnung der Versicherung auf die in Gefangenenanstalten beschäftigten Arbeiter, die Aufhebung der Karenzzeit, ist Gegenstand wiederholter Anträge der sozialdemokratischen Fraktion gewesen. Auch in der Winterkession 1892/93 sind diese Anträge begründet und von der Regierung mit der Zustimmung, demnächst ein Gesetz in diesem Sinne vorlegen zu wollen, beantwortet worden. —

Das Alters- und Invaliditäts-Versicherungsgesetz gab ebenfalls zu vielfachen Beschwerden bezüglich seiner Anwendung Veranlassung.

Wenn die sozialdemokratische Fraktion auch nicht den Sturm-lauf für die Aufhebung des Gesetzes mitmacht, so bringt sie um so energischer auf Abhülfe der zahlreichen Mißstände. Die ungenügende Versorgung der auf dem Schlachtfelde der Industrie arbeits- und erwerbsunfähig werdenden Arbeiter, die zur Befreiung der allernothwendigsten Lebensbedürfnisse nicht hinreichenden Bettelspfennige, die unter dem stolzen Namen Alters- oder „Invaliditätsrente“ gezahlt werden, die übermäßig lange Wartezeit, die an außerordentlich harte und für die Arbeiter selten erreichbare Voraussetzungen geknüpfte Invaliditätserklärung, die schwerfällige bürokratische Verwaltung, sowie eine Anzahl anderer arbeiterefeindlicher Bestimmungen müssen beseitigt, die Versicherung auf Handwerk und Hausindustrie ausgedehnt werden, damit der Grundgedanke dieses Gesetzes zu seinem vollen, für die Arbeiterklasse nützlichen Effekt kommt. —

Die durch die letzte Gewerbeordnungs-Novelle verheißene Sonntagsruhe für die Industrie wurde zum Gegenstand der Erörterung gemacht. Der Bundesrath, der bisher, nach 2½ Jahren, noch keine Zeit gefunden hat, die Ausführungsbestimmungen über die Sonntagsruhe zu erlassen, ist immer noch mit Erhebungen beschäftigt, um die Vorschriften auszuarbeiten.

Der Kampf, welchen die Unternehmer gegen die seit Juli v. J. gesetzlich eingeführte Einschränkung der Sonntagsarbeit im Handelsgewerbe führen, giebt uns ein Vorpiel von der Art und Weise, mit welcher die industrielle Bourgeoisie sich gegen den Versuch, die Arbeiterklasse wenigstens am Sonntag vor der unbefchränkten Ausbeutungswuth zu schützen, wehren wird. Die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe ist durch die Ausnahmen, welche an den meisten

Orten als zulässig erachtet sind, fast so gut wie beseitigt. So z. B. ist in Nürnberg die Verkaufszeit an Sonntagen auf die Zeit von 5 bis 9 Uhr Morgens und von 10½ Uhr Vormittags bis 9 Uhr Abends festgesetzt. Statt die gesetzlich zulässigen fünf Stunden hintereinander zu legen und dafür zu sorgen, daß jede Sonntagsarbeit im Handelsgewerbe Mittags beendet sein muß, hat man die fünf Stunden in den Vor- und Nachmittag gelegt und damit eine vernünftige und wirksame Sonntagsruhe unmöglich gemacht. Nebenher ist noch die im Gesetz als Ausnahme für zulässig erklärte Ausdehnung der Sonntagsarbeit vielfach zur Regel gemacht worden, so daß diejenigen Betriebe, in welchen die meisten Angeestellten beschäftigt sind, länger als 5 Stunden verkauft werden können.

Um zu wissen, wie wenig das Unternehmertum geneigt ist, sich in der Sonntagschinderei seiner Lohnklaven einschränken zu lassen, genügt die Thatsache, daß von Seiten der Arbeitgeber an die Behörde das Ansuchen gestellt ist, in Berlin dem Zigarrenhandel eine Verkaufszeit bis fünf Uhr Nachmittags und dem Bäckereigewerbe neben einer großstädtigen Arbeitszeit eine Verkaufszeit von 4 bis 10 Uhr Vormittags und von 2 bis 5 Uhr Nachmittags zu gewähren. Das heißt also zu Ehren des Mammonismus für den Tabakhandel die gesetzlich zulässigen fünf Stunden auf zwölf Stunden und für den Handel mit Backwaaren auf neun Stunden Sonntagsarbeit auszu dehnen. Die Hauptagitation gegen die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe geht von den sogenannten liberalen Parteien aus. Die groteske Ueberreizung der volkswirtschaftlichen Schädigung, welche angeblich durch die Einschränkung der Sonntagsarbeit eintreten soll, wirkt um so tomischer, als die liberalen Schwärmer für die Gewerbefreiheit in ihrer Presse die Regierung anwinkeln, dieselbe möge den Restaurateuren, Destillateuren, Weinhandlern und Inhabern von Vergnügungsalokalen bei hoher Strafe verbieten, ihren Gästen Sonntags Zigarren oder Backwaaren zu verabreichen. Wenn der Profit in Frage kommt, geht das Prinzip in die Brüche, und so sehen wir, daß die „Nichts als Freihändler“ sich nicht scheuen, in der Vertheidigung des unge störten kapitalistischen Ausbeutungsrechtes dem von ihnen selbst hochgepriesenen „freien Spiel der Kräfte“ einen Knebel anzulegen. Die Sozialdemokratie steht in dieser Frage auf dem Standpunkt, daß den in der Woche unmen schlich abgerackerten und abgehetzten Angestellten des Handelsgewerbes eine ausreichende Sonntagsruhe gewährt werden muß. Dem Geizter der ultramontan-konservativ-liberalen Geldwertretzung im Reichstage und in der bürgerlichen Presse stellen wir unsere Forderung „Schutz dem Schwachen“ gegenüber. —

Eine ganz besondere Färbung erhielt die Spezialberathung des Etats im vorletzten Reichstage dadurch, daß die gegnerischen Parteien auf die sozialdemokratische Nothstandsinterpellation zurück-

griffen, und damit eine achtstägige Diskussion hervorriefen, welche sich zu der bekannten „Zukunftsstaats-Debatte“ auswuchs. Die Vertreter der herrschenden Klassen standen unter dem Eindruck, daß gegenüber der drohenden Auflösung des Reichstages im Parlament noch etwas gegen die Sozialdemokratie geschehen müsse, um der unausbleiblichen Niederlage der bürgerlichen Parteien bei den Wahlen vorzubeugen. Zugleich bot sich durch die Verlängerung der parlamentarischen Verhandlungen die Gelegenheit, den „Kuhhandel“ um die Militärvorlage hinter den Kulissen fortzusetzen und so mußten die Klopfschreier der Bourgeoisie in die Arena reiten, um die Sozialdemokratie zu „vernichten“.

Arm in Arm sagten der Zentrumskapuziner Bachem und Eugen Richter — der geistige Vater der „Sparagmas“ — ihr Sprüchlein her. Alle Gegenfänge der Parteien waren vergesen, und in brüderlicher Einigkeit stritten Nationalliberale, Zentrum, Konservative und Fortschrittler darum, nem die dümmsten Redensarten in der Bekämpfung der Sozialdemokratie zu Gebote ständen.

Als die Woche herum war, als Herr Stöcker noch den Vernichtern der Sozialdemokratie seinen Segen erteilt hatte, da beschleunigten sich die Vertreter von Thron, Altar und Geldsack gegenseitig, daß die Sozialdemokratie „vernichtet“ sei und daß die bürgerliche Gesellschaft nun Ruhe vor ihrer Todfeindin haben werde.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten nahmen selbstverständlich den Kampf auf. Die „Zukunftsstaatsdebatte“ bildet einen Denkstein in der Geschichte der Sozialdemokratie. Die Diskussion gab den Vertretern der Arbeiterklasse die willkommenen Gelegenheit, die ganze Scheußlichkeit des herrschenden Wirtschaftssystems karzugelen und nachzuweisen, wie vermöge der kapitalistischen Produktionsweise und der in der bürgerlichen Gesellschaft geltenden Institutionen die große Majorität der Bevölkerung der brutalsten Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft preisgegeben ist.

Die Bereicherung einer kleinen Minorität ist die Triebfeder der heutigen Gesellschaftsorganisation. In der Ausfagung und Niederhaltung der Massen erblickten die herrschenden Klassen ihre Aufgabe, bei deren Erfüllung sie sich alle ökonomischen und wirtschaftlichen Machtmittel dienlich machen, um kraft der herrschenden ökonomischen Gesetze den heutigen Gesellschaftszustand zu verewigen. Hierzu sollte auch die „Zukunftsstaats-Debatte“ dienen, aber je weiter die Diskussion sich ausdehnte, je unbehaglicher wurde den Majoritätsparteien dabei zu Muthe, und als wir, die angeblich „Vernichteten“, die Medien unserer „Vernichter“ noch in Hunderttausenden von Exemplaren im Volke verbreiteten, da merkten die Herren, welcher glänzenden Sieg sie wider Willen der Sozialdemokratie bereitet hatten.

K

Unter frenetischem Beifall im Reichstage hatte Herr Bachem sein Blech geschmiedet, hatte Herr Richter, indem er, seinem ökonomischen Verständnis entsprechend, eine Karrikatur der gegenwärtigen Verhältnisse als maßgebend für die zukünftige Gestaltung der Gesellschaft bezeichnete, dem heutigen Klassenstaat Vorbeeren gewunden. Als jedoch die Massen zur Entscheidung zwischen Bourgeoisie und Sozialdemokratie aufgerufen wurden, da ergab sich, daß die „vernichtete“ Sozialdemokratie in der Wahlschlacht über ihre Gegner triumphierte und daß „der Vernichter der Sozialdemokratie“ nicht einmal im Stande war, sein eigenes Mandat aus dem Schiffbruch zu retten, sondern nur auf nationalliberal-konservativ-ultramontanen Krücken in den Reichstag hinken konnte.

Zämmerlicher hat nie ein Kampf für die Angreifer geendet, als die Redeschlacht gegen die Sozialdemokratie. Mit den Waffen schmutziger Verleumdung, mit Lüge und Verdrehung zog man ins Feld, suchte man die große und gerechte Sache der Sozialdemokratie zu bekämpfen. Aber an dem granitnen Felsen der sozialdemokratischen Idee prallten alle Angriffe wirkungslos ab. Die Sozialdemokratie wird in dem Kampfe für die Befreiung der Menschheit nicht ruhen und rasten, bis der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ein Ende gemacht, bis die Sklaverei des Lohnsystems beseitigt ist. —

Außer dem Etat und der Militärvorlage hatte die Regierung noch eine ganze Anzahl von Gesetzeswürfen eingebracht, die zum Theil den Reichstag schon in früheren Sessionen beschäftigt haben. Hierzu gehören namentlich die sogenannte „lex Heinze“ und das Gesetz betreffend den Verrath militärischer Geheimnisse. Neu wurden vorgelegt das Gesetz betreffend die Abzahlungsgefächte, das Wucherergesetz, sowie ein Gesetz betreffend die Einführung der Einheitszeit.

Das Gesetz, welches im Volksmunde als die „lex Heinze“ bezeichnet wird, ist über die Generaldiskussion und eine Kommissionsberatung nicht hinausgekommen.

Die sozialdemokratische Fraktion hat gegen dieses Gesetz Stellung genommen, weil die durch dasselbe bekämpften Mißstände sich im Wesentlichen als eine Folge der durch die herrschende Gesellschaftsordnung begründeten Zustände darstellen und nicht auf dem Wege eines Gelegenheitsgesetzes, sondern nur durch eine organische, das ganze Wirtschaftsleben umfassende Umwandlung der bestehenden Verhältnisse beseitigt werden können. —

Auch das Gesetz betreffend die Abzahlungsgefächte ist nicht zur Verabschiedung gelangt. In den Verhandlungen über dieses Gesetz haben die sozialdemokratischen Redner im Auftrage ihrer Fraktion sich für die Aufhebung der sogenannten „Verwirrungs-klausel“ erklärt. Der Kontratsbestimmung, nach welcher alle ge-

K

leiteten Zahlungen zu Gunsten des Verkäufers verfallen, wenn einmal die ausbedungene Rate nicht pünktlich gezahlt wird, ist unmoralisch und bildet eine Ausnutzung der wirtschaftlichen Notlage des einen Theils der Vertragsschließenden. —

Das Gesetz betreffend Ergänzung der Bestimmungen über den Bücher, hat zu langen Beratungen sowohl im Plenum als auch in der Kommission des Reichstags geführt.

Die sozialdemokratische Fraktion erkennt in dem Kredit- und Sachwucher nur eine in den bestehenden Rechts- und Erwerbszuständen begründete Erscheinung. Das herrschende System vollzieht durch die Besteuerung notwendiger Lebensmittel Tag für Tag die Auswucherung der Volksmassen. Die auf der privatkapitalistischen Ausbeutung begründete Produktionsweise äußert sich als eine Bewucherung der menschlichen Arbeitskraft und ist genau ebenso unsittlich und verwerflich als der gewöhnliche Geldwucher.

Unser Standpunkt dem Gesetz gegenüber ist in der Kommissions- und Plenarberatung sehr eingehend begründet worden. Wir haben dem Gesetz zugestimmt, obwohl wir die Hoffnung auf eine Gefundung der einschlägigen Verhältnisse innerhalb der heutigen Gesellschaft nicht theilen. Die vorgenommene Ergänzung bedeutet jedoch unstreitig eine Verbesserung des bestehenden Rechtszustandes und aus diesem Grunde konnten wir dem Gesetze unsere Zustimmung nicht veragen. —

Dem Gesetz gegen den Verrath militärischer Geheimnisse hat die sozialdemokratische Fraktion nicht zugestimmt. Obwohl in der Kommissionsberatung eine nicht unbedeutende Milderung der von der Regierung vorgeschlagenen Bestimmungen des Gesetzes erfolgt ist, lag für die Fraktion kein Grund vor, von ihrer ablehnenden Haltung Abstand zu nehmen. Der Verdacht liegt nahe, daß späterhin als „militärische Geheimnisse“ alle Verfügungen und Erlasse bezeichnet werden, die zwar nicht für die Öffentlichkeit bestimmt, dieselbe jedoch auf das Allerlebenslangste interessieren.

Wir erinnern nur an die entsetzlichen Soldatenmißhandlungen, an die geradezu ungeheuerlichen Strafurtheile von Militärgerichten, um den Beweis zu liefern, wie gefährlich es ist, den Veröffentlichungen solcher Vorkommnisse Schranken zu ziehen.

Für die Verfolgung von Hoch- und Landesverrath, Verrath von Festungsplänen u. s. w. bietet das Strafgesetzbuch wahrlich Handhaben genug und bedarf keiner Ergänzung. Die Gesetz gewordenen neuen Bestimmungen sind nach unserer Ansicht außerordentlich schädlich, kennzeichnen sich als ein Attentat auf das Recht der Pressefreiheit, das wir besitzen, und erschweren die öffentliche Besprechung der wichtigsten Volksinteressen. Aus diesen Gründen haben wir gegen das Gesetz gestimmt. —

K

Die Forderungen für die Weltausstellung in Chicago haben wir bewilligt und auch den übrigen für Kunst und Wissenschaft sowie für sonstige Kulturzwecke bestimmten Ausgaben unsere Zustimmung nicht versagt. Dem Gesetze betreffend die Einführung einer einheitlichen Zeitbestimmung haben wir zugestimmt, weil dasselbe im Verkehrsinteresse nothwendig war und sich für das Publikum als nützlich erweisen wird. —

Auch dem Gesetz betreffend Abänderungen der Militärpensionsgesetze, des Reichsbeamtengesetzes und des Gesetzes über den Reichsinvalidenfonds haben wir keinen Widerspruch entgegen gesetzt, weil durch dieses Gesetz die Pensionsverhältnisse der Militärintaliden in einer den jetzigen Lebensbedürfnissen etwas besser entsprechenden Weise geregelt werden. —

Die zur Deckung der Kosten für die Militärvorlage in Aussicht genommenen Steuervorlagen sind nur in erster Lesung beraten worden. Die Fraktion hat in scharfer Kritik der vorgeschlagenen Belastung der Beschloßenen durch die Branntweinsteuer gegen die Vorlagen Stellung genommen. Der Prozent- und Profitpatriotismus der besitzenden Klassen ist auch gelegentlich der Diskussion dieser Vorlagen an den Branger gestellt worden. Die nimmermatten Großgrundbesitzer, welche neben der Reichskasse jährlich Millionen durch die Agrarzölle aus der Arbeiterklasse herauspressen, wurden aufgefordert, die Kosten der Militärvorlage, die ihre Eöhnen die Offiziersstellen schafft, durch Verzicht auf die 42 Millionen Mark der Branntweinliebesgabe, aufzubringen. Die Bärsesteuer — gegen welche die Sozialdemokratie als Steuerobjekt gar keine Einwendungen macht — fand bei uns des Zweckes der Verminderung wegen keine Zustimmung. Alle drei Gesetze blieben in der Kommission stecken und werden ihre Auferstehung erst im Herbst feiern. —

Während des Verlaufs der Session beteiligten sich die sozialdemokratischen Abgeordneten rege an den Beratungen über die Berichte der Wahlprüfungskommission. Die in früheren Sessionen beschloßenen Erhebungen über die Wahlproteste kamen zur Erledigung und es wurde hierbei ein solches Maß von Niederträchtigkeit und Gemeinheit, welches das seine ökonomische Uebermacht auszunehende Unternehmerrthum bei den Wahlbeeinflussungen verübt hatte, enthüllt, daß es selbst der Bourgeois-Majorität zu viel wurde und dieselbe zur Kassirung einiger Wahlen gelangte. So wurde z. B. das Mandat des Abgeordneten Müller, welcher zur Verschlechterung der Gewerbeordnungsnovelle sein rechtlich Theil beigetragen und drei Jahre lang ungehört die Wänke des Reichstages geziert hat, von der Wahlprüfungskommission wegen unerhörter Beeinflussungen für ungültig erklärt. Dem Verdikt des Reichstages entzog sich dieser Vertreter der

K

Großindustrie dadurch, daß er unmittelbar vor dem Beschluß des Reichstages sein Mandat niederlegte. Das Mandat des Abg. von Neben, bei dessen Wahl ein Oberbergtrath ungeheulichen Einfluß auf Bergleute ausgeübt hatte, wurde noch in der letzten Reichstags-Sitzung für ungültig erklärt. Die Initiativanträge auf Sicherung des Wahlgeheimnisses, sowie auf Entschädigung für unerschulbig erlittene Untersuchungs- und Strafkraft unterstützten wir und begründeten dieselben mit den bereits im vorjährigen Bericht dargelegten Erwägungen. Das Antragsbündel, welches die ultramontan-konservativen Sozialpolitiker dem Reichstage vorlegten, fand bei uns keine Gegenliebe. Befähigungsnachweis, Regelung des Hausgewerbes, Organisation des Handwerkerhandes, Regelung des Lehrstufensystems, sowie den Ausbau der Innungen können den in wirtschaftlicher Noth befindlichen Handwerkern und Kleingewerbetreibenden nichts nützen.

Diese in aufhaltsamem Niedergang begriffenen Mittelschichten der Bevölkerung sind gleich der Arbeiterklasse das Opfer des Kapitalismus und werden von dem Großbetrieb verschlungen. Dagegen helfen keine mittelalterlich-reaktionären Quackalbereien, sondern nur die klare Erkenntnis, daß bei der rapiden Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft das Handwerkertum und Kleingewerbe immer schneller proletarisirt werden muß, und daß seine Rettung nicht in der Galvanisirung veralteter Formen, sondern in der Beseitigung der Ursachen seines Niedergangs liegt.

Wenn die sozialistische Organisation unsere heutigen Handwerker und Kleingewerbetreibende auch nicht als Stand aufrecht erhalten wird, die volle Befriedigung ihrer Lebensbedürfnisse ist ihnen gleich allen für das Gesamtwohl thätigen Gesellschaftsgliedern gesichert. Soweit die Anträge des Zentrums und der Konservativen Partei zur Beschlußfassung gelangten, haben wir gegen dieselben gestimmt, weil wir nicht gewillt sind, Bauernfang zu treiben und den Leuten Sand in die Augen zu streuen, sondern vielmehr unsere Aufgabe darin erblicken, durch Aufklärung und Belehrung das Handwerkertum zur Erkenntnis seiner Lage zu bringen und damit zu bewirken, daß die versinkenden Mittelschichten in dem Kampfe um ihre Befreiung aus dem Joche des Kapitalismus ihren Platz in den Reihen der Sozialdemokratie einnehmen. —

Währenddem das Plenum des Reichstages mit den vorstehend bezeichneten Verhandlungen beschäftigt war, hatte die Militärkommission monatelang getagt, ohne zu einer Verständigung zu gelangen. Nachdem es sich herausgestellt hatte, daß für die Regierungsvorlage eine Majorität nicht zu erzielen war, erklärte der Reichskanzler, die Regierung würde sich auch mit einer Seeresverfärkung, wie sie der Antrag von Guene in Aussicht stellte, begnügen. In der Reichskanzler ging sogar soweit, den Antrag Guene zur Wahlparole der

K

Regierung zu machen. Die Furcht vor der Auflösung war mit Ausnahme der Sozialdemokratie bei allen Parteien sehr stark, deshalb wurden die Verhandlungen hinter den Koulißen in febrilher Erregung weitergeführt, aber Alles vergeblich, für den Antrag Guene fand sich keine Majorität. Bei Annahme des Guene'schen Vorschlages hätte eine Vermehrung der Friedenspräsenzstärke um rund 70 000 Mann stattgefunden. Die regelmäßigen jährlichen Ausgaben hierfür würden 55 Millionen Mark und die einmaligen Ausgaben 60 Millionen Mark betragen haben.

Mit der Bewilligung des Guene'schen Anerbietens hätte das Militär- und Marine-Budget des deutschen Reiches, nach dem Etat 1898/94 berechnet, einschließlich der Pensionen und der einmaligen Ausgaben des laufenden und des neuen Etats jährlich etwa

842 Millionen Mark

betragen.

Hierzu konnte sich das Zentrum nicht entschließen und wenn in seinen Reihen auch einige adlige Mitglieder gegen die ablehnende Haltung ihrer Fraktion rebellirten, die überwiegende Mehrheit blieb fest und damit war das Schicksal der Militärvorlage entschieden. Am 6. Mai d. J. fand, nachdem zunächst die Regierungsvorlage abgelehnt war, die namentliche Abstimmung über den Antrag Guene statt und ergab auch dessen Ablehnung mit 210 gegen 182 Stimmen. Unmittelbar nach diesem Beschluß wurde der Reichstag aufgelöst.

Am 15. Juni fanden die Neuwahlen statt. Es ist hier nicht der Ort, über die Art, in der seitens der gegnerischen Parteien der Wahlkampf geführt worden ist, weiltäufig zu sprechen. Die zahlreich eingegangenen Proteste legen Zeugnis davon ab, in welcher brutaler und nichtswürdiger Weise auch bei den letzten Wahlen das industrielle und agrarische Unternehmertum seine wirtschaftliche Uebermacht mißbraucht hat, um den Volkswillen zu fälschen. Die Wahlfreiheit und das Wahlgeheimnis ist an vielen Orten durch Vergevalligung der Wähler aufgehoben worden und in brüderlicher Eintracht haben Junker, Pfaffen und Fabrikanten alles aufgeboten, um im Interesse der besitzenden Klassen die Sozialdemokratie zurückzudrängen.

Was in Flugblättern und in den Tagespressen an Gemeinheiten gegen unsere Partei geleistet worden ist, spottet jeder Beschreibung. Nicht mit sachlichen Einwendungen gegen unsere Prinzipien ist der Kampf gegen uns geführt worden, ebensowenig war unser Programm und dessen Forderungen Gegenstand der feindlichen Angriffe, nein, mit frechen Lügen, niederträchtigen Verleumdungen und persönlichen Beschimpfungen haben die bürgerlichen Parteien den Wahlkampf geführt und zum Theil ihre Siege gegen die Sozialdemokratie erfochten.

K

Die Hauptwahlen brachten uns einen Stimmengewinn von ungefähr 350 000 Stimmen gegen die Wahl vom Jahre 1890, und gingen wir mit etwa 1 800 000 Stimmen als die weitaus stärkste Partei in Deutschland aus dem Wahlkampf hervor. Die im ersten Ansturm errungenen 24 Mandate, vermehrten sich durch die Stichwahlen, bei denen der gesammte „Ordnungsakt“ in geschlossener Pphalang gegen die Sozialdemokratie stand, auf 44 Mandate. Die sozialdemokratische Partei hat, entsprechend ihrer prinzipiellen Stellung, in der Wahlbewegung nicht nur für die wiederholte Verwerfung der Militärvorlage agitiert, sondern die sozialdemokratischen Stimmzettel sind zugleich der lebendige Protest der deutschen Arbeiterklasse gegen die bestehende Gesellschaftsordnung, die unzweideutige und bestimmte Forderung auf Beseitigung des kapitalistischen Wirthschaftssystems. —

Ueber den zur Regierungs-Wahlparole gemachten Huene'schen Militärvorschlag haben die deutschen Wähler ein vernichtendes Verdict abgegeben.

Die Stimmen, welche für die der Heeresverfärkung gegnerischen Parteien am 15. Juni abgegeben worden sind, überwiegen bei Weitem die Zahl derjenigen Stimmen, welche den militärwüthigen Befürwortern der Vorlage zustelen.

Die durch die Hauptwahlen deutlich zum Ausdruck gekommene Entscheidung der Wähler ging dahin, das Volk vor neuen Blut- und Gutsteuern zu schützen, dem Militärmoloch keine weiteren Opfer zu bringen.

Des Volkes Wille fand im Reichstage keine Beachtung, und wiederum wurden die Interessen der Steuerzahler dem Militarismus geopfert. Am 4. Juli trat der neue Reichstag zusammen, um durch die Thronrede zu erfahren, daß er nichts anderes zu thun habe, als die Militärforderung der Regierung zu bewilligen. In wenigen Sitzungen entledigte sich der Reichstag dieser Aufgabe, und schon am 15. Juli konnten die Volksvertreter — einige davon für ihre hervorragende Leistungen für die Bewilligung der nach dem früheren Huene'schen Antrag umgearbeiteten Vorlage mit hohen Orden geschmückt — wieder nach Hause gehen. Die, das stehende Heer im Frieden um 70 000 Mann verstärkende Militärvorlage, bei deren Besprechung — von Berathung war keine Rede mehr — unsere Redner noch einmal alle für unsere prinzipielle gegnerische Stellung maßgebenden Gesichtspunkte hervorhoben, wurde in der entscheidenden Gesamtabstimmung mit 201 gegen 185 also mit einer winzigen Majorität von 16 Stimmen angenommen. Wie viele von diesen 16 Mandaten im Laufe der Legislaturperiode noch für ungültig erklärt werden müssen, bleibt abzuwarten. Thatsache ist, daß die meisten Wahlproteste sich gegen die Wahl von Abgeordneten richteten, welche am 15. Juli für die Militärvorlage gestimmt haben. —

K

Zwischen war dem Reichstage auch die Rechnung für die neue Volksbelastung präsentirt worden. Dieselbe bestand in einem Nachtragsetat für das Etatsjahr 1893/94, in welchem zur Deckung der durch die Heeresverfärkung verursachten Kosten die Summe von

71 282 547 Mark

gefordert werden.

Hieron sind als dauernde Ausgaben, für die Zeit vom 1. Oktober d. J. bis 31. März 1894 berechnet, 23 221 848 Mark auf die Matrifularbeiträge der Einzelstaaten verwiesen, während zur Deckung der mit der Armeevermehrung verbundenen einmaligen Ausgaben 48 060 699 Mark durch eine Anleihe beschafft werden sollen. Von der Art der Aufbringung der Kosten war im letzten Reichstage nur andeutungsweise die Rede. Diejenigen Abgeordneten, welche sich ihr Mandat unter der Versicherung, die Militärvorlage erst nach Feststellung der Deckungsmittel zu bewilligen, erobert hatten, ließen sich bereitwillig von der Regierung auf den Herbst vertrösten. Der Reichskanzler, der sich in allgemeinen Redemendungen über die zur Deckung nothwendigen Steuern äußerte, sicherte sich die Stimmen der Konservativen und Antisemiten damit, daß er versprach, das landwirthschaftliche Gewerbe von jeder neuen Steuer frei zu lassen.

Herr Dr. Miquel, dessen Biographie sich mit der Ueberschrift: „Von Kommunisten bis zum Agrarier“ schmücken läßt, ist zum Reichsfinanzdoctor auserkoren. Er wird dem Reichstage in der kommenden Session ein Steuerbouquet überreichen, welches die Wünsche des Reichskanzlers und der Konservativen vollkommen befriedigt. Daß der preussische Finanzminister es versteht, die „nothleidende Landwirthschaft“ d. h. den Großgrundbesitz zufrieden zu machen, hat er durch die preussische Steuerreform bewiesen, welche mit der Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer den „armen“ Großgrundbesitzern eine neue Liebesgabe zuwendet.

Herr Miquel ist viel zu klug, um nicht zu wissen, daß aus „Luxussteuern“ nicht viel herauszuschlagen ist, und daß auch die „Börsesteuer“ nicht im Stande ist, den Geldbedarf des Militärmolochs zu decken. Er wird also Steuern schaffen, welche — da er seine neuen Freunde, die Agrarier, schonen muß — hauptsächlich die breiten Volksmassen belasten und bei denen — entsprechend dem Steuerprinzip der herrschenden Klassen, die Riemen für die Steuerkasse aus der Haut der arbeitenden Bevölkerung geschnitten werden.

Charakteristisch für die Auffassung, welche die konservative Partei von einer „gesunden Finanzwirthschaft“ hat, war das Verlangen, die gesammten Kosten der neuen Militärvorlage, auch die regelmäßig wiederkehrenden Ausgaben, zunächst für das laufende Steuerjahr durch eine Anleihe aufzubringen. Von unserer Seite

K

wurde im Gegensatz hierzu verlangt, die Militärkosten durch Zuschläge zur Einkommensteuer aufzubringen. —

Neben der Erledigung der Militärvorlage war der letzte Reichstag noch mit der Berathung von zwei Interpellationen beschäftigt, von denen die erste den Ausfall der diesjährigen Manöver wegen der Noth an Streu und Futtermitteln verlangte. Dem preussischen Kriegsminister galt in dieser Frage nur das militärische Interesse, welches nach seiner Ansicht durch den Ausfall der Manöver geschädigt wird. Die Militärverwaltung wolle nach Möglichkeit den Bauern die Manöverlast erleichtern, könne aber nicht auf die Manöver verzichten. Etwas entgegenkommender waren die Ausführungen der bayerischen und württembergischen Kriegsminister; während von allen Seiten des Reichstages in Rücksicht auf die thatsächlich vorhandene Futternoth sehr energisch der Ausfall der Herbstmanöver gefordert wurde. Die zweite, von sozialdemokratischer Seite ausgehende Interpellation, betraf das Verhalten des Polizeipräsidenten Feichter in Straßburg, der sich, nach Zeitungsmittheilungen, Bürgern gegenüber Ausdrücke erlaubt hat, die, wenn der Bericht der Wahrheit entspricht, ebenso brutal als schamlos sind. Bei Besprechung dieser Interpellation wurde die Reichsregierung, welche den Verlauf der gerichtlichen Untersuchung des Vorfalles abzuwarten gewillt ist, von verschiedenen Seiten dringend aufgefordert, der Miswirthschaft in Elsaß-Lothringen ein Ende zu machen und die neuen Reichsbürger von dem sogenannten Diktaturparagraphe und den sonstigen Knebelungsgeetzen zu befreien. —

Dem neugewählten Reichstag fällt die Aufgabe zu, für Deckung der durch die Feeresverfärfkung bedingten Kosten zu sorgen. Die nächste Session wird nach dieser Richtung hin lebhaftere Kämpfe bringen, deren Ausgang uns jedoch nicht zweifelhaft ist, und die mit einer vermehrten Belastung der Arbeiterklasse endigen werden. Der sozialdemokratischen Fraktion ist ihre Aufgabe im Reichstage durch unser Programm gemiesen. Zielbewußt auf dem Boden des Klassenkampfes verharrend, führt die Sozialdemokratie auch im Parlament den Kampf gegen die heutige Gesellschaft unter der Parole: Nieder mit dem Militarismus. Nieder mit dem Kapitalismus. Wie wir die Wahlbewegung einzig in den Dienst unserer prinzipiellen Agitation stellen, so auch die parlamentarische Thätigkeit der Fraktion. Die Sozialdemokratie ist und bleibt die unverföhnliche Feindin der bürgerlichen Gesellschaft, sie hört nicht eher auf zu kämpfen, bis der Arbeiterklasse die politische Macht erobert, bis die Klassenherrschaft gestürzt, die kapitalistische Wirthschaftsordnung beseitigt ist. —

97

Protokoll.

Vorversammlung am Sonntag, den 22. Oktober 1893,
Abends 7 Uhr,

im großen Saale des Lokals „Karl der Große“.

Die Versammlung wird um 7 $\frac{1}{4}$ Uhr im festlich geschmückten Saale vom Genossen Hengsbach-Köln eröffnet, der die aus allen Theilen Deutschlands zusammengekommenen Delegirten willkommen heißt. Bei ihrem Antrag an den Berliner Parteitag, den nächsten Parteitag in Köln abzuhalten, seien die Kölner Genossen von der Voraussetzung ausgegangen, daß die Abhaltung eines Parteitages in Köln von ungemein agitatorischer Bedeutung sein würde; sie könnten daher nur wünschen, daß die Verhandlungen zum Besten der Partei ausschlagen und ebenso die daran sich knüpfende agitatorische Thätigkeit der Partei Erfolg bringen möchte. (Beifall.)

Bebel: Parteigenossen! Im Auftrage der Parteileitung das Wort nehmend, sage ich zunächst dem Vorredner, unserm Genossen der Kölner Parteigenossen. Allerdings haben wir, als im vorigen Jahre der Antrag gestellt wurde, den diesjährigen Parteitag in Köln abzuhalten, freudig diesem Antrage zugestimmt und zwar hauptsächlich, weil wir alleamt uns der agitatorischen Wirkung bewußt waren, welche nothwendigerweise die Abhaltung eines Parteitages nicht nur auf Köln, sondern auch im weiteren Umkreise ausüben muß. Wenn also die Kölner Genossen sich freuen, uns in diesem Sinne begrüßen zu dürfen, dann sind für uns und namentlich für die mit der Geschichte des Sozialismus in Deutschland vertrauteren Genossen noch besondere Gründe vorhanden, welche uns mit Genugthuung darüber erfüllen, daß wir heute in Köln zum Parteitag zusammengekommen sind. Wenn eine Stadt in Deutschland, soweit das überhaupt möglich ist, für sich die Ehre in Anspruch nehmen kann, sich als die Geburtsstätte des Sozialismus zu betrachten, so ist es Köln. Es sind genau 51 Jahre, daß der Hauptbegründer des wissenschaftlichen Sozialismus, Karl Marx, hier in Köln in eine Thätigkeit als Redakteur trat. Marx hatte kurz zuvor seine juristischen Studien vollendet und war nach Bonn gegangen in der

Hoffnung, dort eine Dozentenstelle zu erlangen. Er gewann aber sehr bald die Ueberzeugung, daß es vergebens für ihn sein würde, darauf zu warten. Da erhielt er die Einladung, an der mittlerweile hier in Köln begründeten „Rheinischen Zeitung“, deren Mitarbeiter er bereits war, die Chefredaktion zu übernehmen. Parteigenossen, angefaßt der Haltung der heutigen Bourgeoisie ist es von besonderem Interesse, hervorzuheben, daß es ausgesprochene Bourgeois waren, die damals das genannte Blatt ins Leben gerufen hatten. Zu seinen Hauptgründern gehörten noch heute weit bekannte Namen, Camphausen und Hansemann. Unter ihrer Regide wurde das Blatt ins Leben gerufen, und man halte Marx im Oktober 1842, also vor genau 51 Jahren, als Chefredakteur hierher. Er übernahm den Posten. Aber innerhalb weniger Monate hatte er sich in reichlichem Maße den Zorn und den Haß der Regierungsorgane verdient. Er trat nicht nur in der schärfsten Weise gegen das damalige Regierungssystem in Opposition; er benutzte auch seine Stellung, soziale Studien zu machen, deren Früchte uns in einer Arbeit „Ueber die Lage der bäuerlichen Winger an der Mosel“ und in einer anderen „Ueber den Holzdiebstahl und die einschlägige Gesetzgebung“ vorliegen. Nachdem die Censoren durch doppelte und dreifache Censur sich vergeblich abgemüht, zu verhüten, daß staatsgefährliche Artikel in die Zeitung kamen, und sahen, daß sie mit dem jungen Marx nicht fertig werden konnten, wurde die Zeitung am 1. Januar 1843 verboten. Indes blieb sie dann doch noch einige Monate bestehen, nachdem die Besitzer versprochen hatten, den Chefredakteur Marx zu entlassen; kurze Zeit nachher wurde die „Rheinische Zeitung“ aber dennoch unterdrückt. Hier in Köln war es aber auch, wo Marx seinen Freund Friedrich Engels kennen lernte. Nachdem Engels von Berlin zurückgekehrt war, woselbst er seinen Einjährigen-Dienst bei der Artillerie abgedient hatte, kam er mit Marx in Verbindung. Vom Frühjahr 1843 datirt die intime Freundschaft, welche diese beiden Männer für ihr ganzes ferneres Leben verband, und datiren jene Einflüsse, welche sie gegenseitig auf einander ausübten und welche von den fruchtbarsten Folgen für die ganze Bewegung und ihre Entwicklung geworden sind. Ich glaube sagen zu dürfen, Marx wäre nicht geworden, was er geworden ist, wenn er nicht Friedrich Engels kennen gelernt hätte, und umgekehrt gilt das Gleiche auch von Engels. Wenn je die Freundschaft zweier Männer mustergiltig und vom höchsten Werthe für die Menschheit geworden, so diese. Marx, gegungen Deutschland zu verlassen, ging nach Paris, um dort mit Arnold Ruge die „Deutsch-französischen Jahrbücher“ herauszugeben; Engels kam häufig nach Paris. Jahre lang waren beide abwechselnd bald in Paris, bald in Brüssel zusammen und setzten ihre Studien auf dem sozialen Gebiete fort, welche von

K

Engels' Seite zunächst in seinem bekannten Buche „Die Lage der arbeitenden Klassen in England“ 1844 ihren Ausdruck fanden. Da brach die Revolution von 1848 aus, und nun erschien jenes Erzeugniß, das sie gemeinsam bearbeitet, und jetzt der Oeffentlichkeit übergeben, das „Kommunistische Manifest“, jene Schrift, die heute noch als musterghiltige Agitationschrift anerkannt ist. Aber beide erkannten auch, daß es nunmehr notwendig war, auf deutschen Boden in den Gang der Revolution einzugreifen, um mit aller Macht die revolutionären Bestrebungen zu fördern. So wurde von ihnen und einer Anzahl Gefinnungsgenossen am 1. Juni 1848 die „Neue Rheinische Zeitung“ ins Leben gerufen, ein ausgesprochen sozialistisches oder, wie man damals sagte, kommunistisches Organ, ein Organ, das in jeder Beziehung seiner Aufgabe gerecht wurde, aber auch in kurzer Zeit die wüthendste Feindschaft der Gegner, die wüthendsten Verfolgungen der staatlichen Organe sich zuzog. Indes die Revolution war noch nicht gänzlich niedergeschlagen und so konnte man dem Blatte nicht ohne weiteres an den Kragen. Aber endlich kamen die Tage, in denen die siegreiche Reaktion es wagen konnte, das Blatt zu vernichten, und so wurde am 19. Mai 1849 das Blatt, das wiederum hier in Köln erschien, unterdrückt. Bekanntlich war es Freiligrath, der damals an der Spitze der letzten roth gedruckten Nummer der „Neuen Rheinischen Zeitung“ jenes Gedicht „Abschiedsworte an die Neue Rheinische Zeitung“ veröffentlichte, das noch heute von uns Allen mit dem größten Genuß gelesen wird, jenes Gedicht, das mit den Strophen beginnt:

„Kein offener Sieb in offener Schlacht,
Es fällen die Rücken und Tüden,
Es fällt mich die schleichende Niedertracht
Der schmutzigen West-Kalmücken.“

Dieses schmutzige West-Kalmückenthum herrscht leider auch heute noch in Deutschland. Dieses West-Kalmückenthum ist das preussische Junkerthum, einst der Todfeind der Bourgeoisie, die aber trotz jahrzehntelangem Kampf nicht verstanden hat, mit ihm fertig zu werden. Sie ist schließlich sogar vor ihm zu Kreuze gezogen. Obgleich dieses Junkerthum der Kopzahl nach nur eine winzige Minorität repräsentirt, ist es stark durch die öffentlichen Positionen, die es einnimmt, in Staat und Reich, in Armee und Verwaltung, ebenso auf ökonomischem Gebiet, woselbst es der Hauptbestandtheil der Partei der Agrarier bildet. So wird es denn der deutschen Sozialdemokratie vorbehalten bleiben, auch mit diesem West-Kalmückenthum, diesem Junkerthum, schließliche Abrechnung zu halten. So werden wir, wie auf so vielen anderen Gebieten, auch hier die Aufgabe zu vollenden haben, die einstmals die Bourgeoisie zu lösen begann, deren Lösung sie aber nicht zu Ende führen konnte, weil die Angst vor der Sozialdemokratie ihr in die Glieder fuhr. (Sehr gut.)

K

Doch die Reaktion war mit der Unterdrückung der Zeitung noch nicht zufrieden. Man war 1847, als Marx in London anwesend war, und nachdem mehrere Jahre vorher der heute noch bestehende kommunistische Arbeiterbildungsverein in London gegründet worden war, dazu übergegangen, die kommunistische Propaganda dergestalt zu betreiben, daß man den Kommunistenbund gründete, der damals natürlich ein Geheimbund sein mußte. Die Zentrale dieses Geheimbundes kam schließlich hierher nach Köln, und so wurde Köln zum dritten Male der Ort, von wo aus die Fäden der sozialistischen Bewegung gesponnen wurden. Aber mit der immer siegreicher werdenden Reaktion konnte bei dem ausgedehnten Spionagesystem, das bestand, der Geheimbund nicht auf die Dauer verborgen bleiben. Verräther und Schurken niedrigster Art, wie wir sie auch unter dem Sozialistengesetz ja hinlänglich kennen gelernt haben, spielten ihre Rolle. Der Geheimbund wurde entdeckt. So entstand 1852, und zwar in derselben Jahreszeit, in der wir jetzt uns befinden, vom 4. Oktober bis zum 12. November, der berühmte Kölner Kommunistenprozeß, in dem 12 Häupter des Bundes angeklagt und schließlich 8 von ihnen zu schweren Kerkerstrafen, zu 6, 5 und 3 Jahren Festung verurteilt wurden. Von den Mitgliedern jenes Kommunistenbundes haben einige noch eine hervorragende Rolle in der politischen Bewegung gespielt, aber nicht mehr in der sozialistischen, sondern sie waren ins demokratische, ins liberale Lager übergegangen. So Heinrich Bürgers, der fortschrittliche Abgeordnete, so Dr. jur. Hermann Becker, der später in Dortmund und dann hier in Köln Oberbürgermeister wurde. Derselbe Mann, der 1852 hier in Köln wegen Beteiligung an der Kommunistenverschwörung zu 5 Jahren Festungsstrafe verurteilt worden war, er wurde in dieser selben Stadt Oberbürgermeister! (Heiterkeit.) Ueberhaupt hatte der Bund in einzelnen seiner Mitglieder eigenthümliche Erlebnisse. Drei seiner hervorragenden Mitglieder wurden später Oberbürgermeister liberaler Städte. (Heiterkeit.) Außer Hermann Becker wurde Wallau Oberbürgermeister von Mainz, und der dritte im Bunde ist der ehemalige Oberbürgermeister von Osnabrück und dann von Frankfurt a. M., der jetzige preussische Finanzminister Dr. Miquel. (Große Heiterkeit.) Von den damals 1852 Verurtheilten ist nur noch ein Einziger am Leben, und ein glücklicher Zufall will es, daß wir diesen Letzten der Verurtheilten heute in unserer Mitte haben. Es ist unser alter Lehner aus London, der heute als Delegirter des alten Londoner kommunistischen Arbeiterbildungsvereins hier erschienen ist. (Bewegung.) Parteigenossen! Ich glaube, auch in Ihrem Sinne zu handeln, wenn ich eine Ausnahme von der Regel mache, indem ich unseren Lehner hier in Ihrer aller Namen auf das Herzlichste und Wärmeite begrüße (großer Beifall), ihn, der nicht nur der einzige Ueberlebende

K

der Verurtheilten ist, sondern der zugleich der einzige von den Angeklagten jener Zeit ist, der unausgesetzt bis auf den heutigen Tag treu zur Fahne der Partei gehalten und für die gemeinsame Sache noch zuletzt in Zürich mit uns gearbeitet hat. Wir freuen uns, daß uns die Ehre seines Erscheinsens von ihm erwiesen wurde. (Beifall.)

In der späteren Periode der Bewegung hat Köln allerdings keine besondere Rolle mehr gespielt, wohl aber das Rheinland. Waren Marx und Engels geborene Rheinländer, so hat der junge Lassalle sich seine ersten politischen Sporen hier im Rheinland erworben. Und als 1862 das Leipziger Arbeiterkomitee sich an ihn wandte, um ihn um seine Meinung über die von der Arbeiterbewegung einzuschlagende Richtung zu befragen, als 1863 auf seine Initiative hin die Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins erfolgte, war es vorzugsweise wieder das Rheinland, in dem er seine größten Versammlungen abhielt und den stärksten Anhang fand. Parteigenossen! Wir wollen offen gegen uns selbst sein. Gestern Abend, als ich die Ehre hatte, hier vor den Kölnern einen Vortrag zu halten, habe ich bereits auf die Gründe hingewiesen, die es bis heute bewirkt haben, daß das rheinisch-westfälische Proletariat in der modernen Arbeiterbewegung nicht diejenige Stellung einnimmt, die es kraft seiner Intelligenz und der vorgeschrittenen ökonomischen Entwicklung dieser Provinzen eigentlich einnehmen müßte. Es ist die alles überwuchernde Macht des Ultramontanismus gewesen, die das bewirkte. Es war die außerordentlich geschickte Agitation, die nach dem Ausbruch des Kulturkampfes die Wortführer des Ultramontanismus, besonders die Geistlichkeit, die jungen Kaplanen, entfalteten, die der Sozialdemokratie den Wind aus den Segeln nahm. Sie versprachen den Arbeitern nicht bloß die himmlische, sondern auch die irdische Glückseligkeit und vermochten so die Sozialdemokratie zu übertrumpfen. Aber es ist inzwischen doch stark anders geworden. Mit der Beilegung des Kulturkampfes, mit der seitdem ganz veränderten Stellung des Zentrums zu allen politischen und sozialen Fragen ist auch in den weitesten Kreisen der Anhänger desselben, und zwar nicht bloß unter den Arbeitern, sondern auch unter den Kleingewerbetreibenden und Kleinbauern mehr und mehr die Erkenntniß aufgedämmert, daß das Centrum doch nicht die Partei ist, von der das Heil kommt. Es hat nach keiner Richtung den Willen und die Fähigkeit bewiesen, den proletarischen Interessen gerecht zu werden, sondern man erkennt mehr und mehr, daß der Wille und die Fähigkeit dazu lediglich bei der Sozialdemokratie zu finden ist. Die Wirkungen dieser Erkenntniß haben sich sowohl bei den letzten Wahlen, als auch bei den großartigen Kämpfen, die die Bergarbeiterschaft gegen die Kapitalisten geführt hat, gezeigt. Der

K

Zeitpunkt ist endlich gekommen, in dem die Macht des Zentrums im Zusammenbruch begriffen ist, und die Stunde ist da, wo wir dafür zu sorgen haben, daß die Ernte in unsere Hände fällt. (Lebhafte Zustimmung.) In diesem Sinne auch unsere Anwesenheit auf diesem Parteitage auszunutzen, halte ich mit für unsere Hauptaufgabe.

Weiter werden eine große Reihe von Aufgaben anderer Art, wie auch zahlreiche Anträge uns beschäftigen. Es wird uns also an Arbeit nicht fehlen, aber wenn wir entschlossen sind, dieses Maß von Arbeit zu bewältigen, jeder sich Selbstbeschränkung auferlegt und streng sich an die Sache hält, dann zweifle ich nicht, daß wir unsere Aufgabe im vollsten Maße erfüllen werden.

Parteigenossen! Indem wir nun in unsere regelmäßige Thätigkeit eintreten, bitte ich Sie, dieselbe damit zu beginnen, daß Sie mit mir einstimmen in den Ruf, der uns alle vereint und begeistert, in den Ruf: Die deutsche, die internationale Sozialdemokratie, sie lebe hoch! (Die Versammlung fällt stürmisch in den dreimaligen Hochruf ein.) Hiermit erkläre ich den vierten Parteitag der sozialdemokratischen Partei Deutschlands für eröffnet.

Ich habe noch einen Vorschlag zu machen. Ich habe vorherin auf die Rolle hingewiesen, welche Engels namentlich in Köln gespielt hat. Ich glaube, es wird ihn ganz besonders freuen, wenn der vierte Parteitag es als seine erste Handlung ansieht, dem Alten heute Abend noch eine freundliche Begrüßung zu senden (allgemeine Zustimmung) und ich schlage daher vor, folgendes Telegramm abzuschicken:

„Die an der Geburtsstätte des deutschen Sozialismus zum Parteitag anwesenden Vertreter der deutschen Sozialdemokratie senden dem Mitbegründer des Sozialismus und ihrem unentwegten Vorkämpfer herzlichsten Gruß und dankende Anerkennung.
Kongress-Bureau.“

Hierauf erfolgt die Konstituierung des Parteitages. Zu Vorsitzenden werden auf Vorschlag Stolten durch Zuruf gewählt Singer und Fell-Weipzig, zu Schriftführern, von denen immer je 2 gleichzeitig fungiren sollen, Antrick, Bruns, Fischer-Hamburg, Grauer-Berlin, Dertel und Hofrichter-Köln.

Singer: dankt für seine Wahl. Er habe im Anschluß an Bebel's Begrüßung des Kongresses noch einer Meinung Ausdruck zu geben, die gewiß in den Herzen Aller Anklang und Widerhall finden wird. Bebel hat von den Kölnern gesprochen, welche für die Entwicklung unserer Bewegung von großem Werth und weittragender Bedeutung gewesen sind. Der Parteitag wird es sich nicht nehmen lassen, diesen Namen den Namen eines weiteren Kölner Kindes hinzuzufügen, den Namen August Bebel! (Lebhafte allgemeine Zustimmung.)

K

Die Mandatsprüfungs-Kommission soll aus 7 Mitgliedern bestehen, in dieselbe werden berufen: Bamberger-Kulmbach, Dahlen-Galberstadt, Erdbeer-Rostock, Kunze-Stettin, Meßner-Berlin, Schmidt-Frankfurt, Weßker-Dresden.

Nach Verlesung einer Anzahl von Begrüßungstelegrammen wird zur Feststellung der Geschäftsordnung und der Tagesordnung für den Parteitag geschritten.

Folgender vom Vorstande vorgeschlagene, bereits in Halle, Erfurt und Berlin acceptirte Entwurf einer Geschäftsordnung wird ohne Debatte unverändert angenommen.

1. Die Redungen zum Wort sind schriftlich einzureichen und erhalten die Redner nach der Reihenfolge der Anmeldung das Wort.
2. Alle Anträge, außer denen zur Geschäftsordnung, sind schriftlich einzureichen und müssen dieselben, falls sie zur Verhandlung gelangen sollen, von mindestens 20 Delegirten unterstützt sein. Die Unterstützung kann durch Unterschrift oder Zuruf erfolgen.
3. Sobald ein Antrag die nöthige Unterstützung gefunden, erhält bei der Verhandlung darüber zunächst der Antragsteller das Wort.
4. Bei Geschäftsordnungs-Anträgen genügt eine Unterstützung von 10 Delegirten. Bei Anträgen auf Schluß der Debatte oder auf Vertagung erhält nur ein Redner für und einer gegen das Wort. Das Wort zur Geschäftsordnung wird außer der Reihenfolge der vorgemerkten Redner ertheilt. Persönliche Bemerkungen werden erst am Schluß der Debatte zu machen.
5. Die Redezeit der Referenten wird auf eine Stunde festgesetzt. Die Einbringer selbständiger Anträge haben zur Begründung derselben eine Redezeit von 20 Minuten.

In der Diskussion erhält jeder Reder 10 Minuten das Wort. Kein Redner — mit Ausnahme der Referenten und Einbringer selbständiger Anträge — darf mehr als zweimal in einer Sache das Wort nehmen.

6. Die Beschlüsse werden mit absoluter Mehrheit der Abstimmanden gefaßt. Stimmgleichheit gilt als Ablehnung des Antrages.
7. Auf Antrag von mindestens 20 Mitgliedern des Parteitages muß die namentliche Abstimmung über einen Antrag stattfinden.
8. Vor Schluß des Parteitages abreisende Delegirte haben dies dem Bureau anzuzeigen. Die Namen der Betreffenden sind im Protokoll zu vermerken.

Vom Vorstande ist ferner folgender Entwurf einer Tagesordnung dem Parteitag unterbreitet worden:

K

1. Geschäfts-Bericht des Partei-Vorstandes. Berichterstatter: J. Auer.
2. Bericht der Kontrolleure. Berichterstatter: H. Meister.
3. Parteipresse und Agitation mit besonderer Berücksichtigung der Landagitation.
4. Bericht über die parlamentarische Thätigkeit. Berichterstatter: Paul Singer.
5. Mafseier 1894. Berichterstatter: W. Liebknecht.
6. Antisemitismus und Sozialdemokratie. Berichterstatter: A. Bebel.
7. Anträge zu Programm und Organisation.
8. Wahl der Parteileitung und Bestimmung des Ortes, wo sie ihren Sitz zu nehmen hat.

Zur Festsetzung der Tagesordnung liegen die Anträge 1—4 bereits gedruckt vor. Von denselben wird indes der Antrag 2 (Erörterung des Programmpunktes: „Religion ist Privatsache“) nicht genügend unterstützt und scheidet daher aus der Verhandlung aus.

Die Punkte 1—5 der provisorischen Tagesordnung werden nicht beanstandet. Punkt 6 (Antisemitismus und Sozialdemokratie) bittet Heymann-Berlin IV zu streichen, da die Partei gar keine Veranlassung habe, sich in einen ausgesprochenen Gegensatz gerade zu der antisemitischen Partei zu setzen. Der Antisemitismus enthalte eine ganze Menge revolutionärer Elemente, und man solle sich daher nicht durch bestimmte Erklärungen ihm gegenüber binden, sondern sich freie Hand behalten.

Bebel: Er würde persönlich nicht ungehalten sein, wenn der Punkt abgesetzt würde. Nachdem derselbe aber in Berlin 1892 nicht erledigt, auch das in Aussicht gestellte Referat von ihm bisher nicht habe gehalten werden können, müsse der Punkt verhandelt werden, da die Antisemiten diese Umstände schon ganz gebüßig gegen die Sozialdemokratie ausgebeutet hätten.

Der Parteitag beläßt den Punkt 6 mit großer Mehrheit auf der Tagesordnung. Auch die Punkte 7 und 8 werden genehmigt. Hierauf wird über die Anträge 1 und 4 verhandelt, als weiteren Punkt auf die Tagesordnung zu setzen: „Die Gewerkschaftsbewegung und ihre Unterstützung durch die Parteigenossen“.

Willarg-Berlin VI vertritt den Antrag.

Buder-Frankfurt a. O. und Dr. Arons bringen folgenden Antrag ein:

In Anbetracht des Umstandes, daß sich auf den Parteitag kein einziger Genosse findet, welcher nicht von der hohen Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation für die Arbeitersache durchdrungen ist, in Anbetracht ferner des Umstandes, daß es nicht die Aufgabe des Parteitages sein kann, über die Ausgestaltung und die Art der Gewerkschaftsorganisation zu disku-

K

tieren, beschließt der Parteitag, den Antrag der Genossen des 1., 3., 5. und 6. Berliner Wahlkreises abzulehnen und den Punkt „Die Gewerkschaftsbewegung und ihre Unterstützung durch die Parteigenossen“ nicht auf die Tagesordnung zu setzen.

Dagegen nimmt der Parteitag Gelegenheit, sich ausdrücklich zu der Anschauung zu bekennen:

„Es ist Pflicht eines jeden Parteigenossen, wenn nicht zwingende Gründe dagegen sprechen, einer der in seinem Gewerbe bestehenden Gewerkschaftsorganisationen anzugehören“.

Stolten-Hamburg ist gegen den Antrag Arons und für Diskussion der Gewerkschaftsfrage. Man könne sich nicht meuchlings ohne Debatte eine bestimmte Stellungnahme aufdrängen lassen. Schon an den Bericht des Parteivorstandes werde sich eine Gewerkschaftsdebatte knüpfen, und jedenfalls seien unzufriedene Gewerkschaftler da, die gehört werden müßten.

Zubeil-Zeltow hält es für Pflicht des Parteitages, zu der Frage Kar und deutlich Stellung zu nehmen. Durch die Abschneidung der Debatte werde der Streit zwischen gewerkschaftlicher und politischer Bewegung bedauerlicher Weise nur in immer weitere Kreise hineingetragen werden.

Reißhaus-Erfurt hält dagegen die Diskussion für überflüssig, nachdem schon in Halle beschlossen worden sei, daß es Pflicht der Genossen sei, den Gewerkschaften anzugehören und sie zu unterstützen. Eventuell könne man sich darauf beschränken, einfach den zweiten Theil des Antrages Arons anzunehmen.

Im Sinne der Ausführungen von Stolten und Zubeil äußern sich noch Schoenlauck-Berlin, S. Lomke-Wieselsb. und Legien-Hamburg. Letzterer bemerkt gegen Reißhaus, daß dieser sich irrtümlich auf den Hallenser Beschluß berufe. Dort sei der betreffende Antrag abgelehnt und nur die Nothwendigkeit der Gewerkschaftsbewegung anerkannt worden.

Darauf gelangt der Antrag, die Frage auf die Tagesordnung zu setzen, mit großer Mehrheit zur Annahme. Der Antrag Arons ist damit erledigt.

Der zweite Theil des Berliner Antrages stellt dem Parteitage anheim, als Referenten für diesen Punkt den Abgeordneten Schippel zu bestellen.

Schippel bittet, von seiner Person abzusehen und dem Leiter der Generalkommission, Legien, mit dem Referat zu betrauen. Er sei aus diesen Dingen in den letzten Jahren herausgekommen, und die erhobenen Klagen müßten doch von Denen begründet werden, die sie erheben.

Legien erwidert, daß ihm Schippel noch vor wenigen Tagen in Berlin seine Bereitschaft zur event. Uebernahme des Referats

K

erklärt habe. Es sei doch auch sehr wünschenswerth, daß die allgemeine Frage von ganz unbefangener und unparteiischer Seite behandelt werde. Schippel habe sich literarisch unausgesetzt damit beschäftigt und sei sehr genau orientirt.

Webel wünscht für den Fall der Annahme des Vorschlages Schippel's auch die Bestellung eines Korreferenten.

Legien wird darauf zum Referenten gewählt und erklärt die Annahme des Auftrags. Zum Korreferenten wird Auer bestellt.

Der Antrag 3 (Wahrung und Ausbau des Koalitionsrechts) wird von Nibel, Leipzig begründet, von Jacobey und Albert-Düsseldorf bekämpft.

Webel beantragt, ferner auf die Tagesordnung zu nehmen die Besprechung des Punktes: „Das allgemeine Wahlrecht und die Wahlrechte zu den Landtagen.“ Zur Begründung führt er aus, daß er mit demselben Antrage gelegentlich der Feststellung der provisorischen Tagesordnung beim Parteivorstande abgeblüht sei und nun den Versuch beim Parteitage wiederholen müsse, da er die Erörterung bei der hohen Wichtigkeit der Frage für unumgänglich halte. Der Antrag sei im Parteivorstande abgelehnt worden zu einer Zeit, wo die Ereignisse in Oesterreich, die ebenfalls für die Erörterung sprächen, noch nicht eingetreten gewesen seien. Man dürfe einer für Preußen so hochbedeutungsvollen Frage nicht Gewehr bei Fuß gegenüber stehen. Nachdem auch der „Vorwärts“ und die „Neue Zeit“ sich mit der Frage beschäftigt und positive Vorschläge gemacht hätten, sei es nöthig, prinzipiell Stellung zu nehmen. Zu keiner Zeit habe die Gelegenheit zur Diskussion dieser Frage so günstig gelegen als heute, wo das Dreiklassenwahlsystem sich als unmöglich und nicht mehr aufrecht zu erhalten allgemein erweise, wo nach dem Vorgange Oesterreichs auch der preussischen Regierung die Erleuchtung aufdämmere, daß auch offiziell dieses System nicht mehr zu halten sei. Im bayerischen Landtage habe man erlebt, daß die Centrumspartei sich direkt feindlich gegen das allgemeine Stimmrecht erklärt habe. Es liege also in der Wahlrechtsfrage ein außerordentlich wichtiges Agitationsmittel. Der Angelegenheit sei bisher von der Parteipresse, auch vom Zentralorgan, viel zu wenig Beachtung geschenkt worden, und diese Gleichgiltigkeit habe den Herren oben erst den Muth gegeben, an diesem verrotteten System festzuhalten. Es sei hochwichtig, zu erörtern, ob und wie man mit einer Agitation für das allgemeine Wahlrecht auch zu den Landtagen vorgehen solle.

Auer: Die Mittheilung Webel's könnte mißverstanden werden. Von seinem Antrag war in der betreffenden, gemeinsam mit den Kontrollleuren abgehaltenen Vorstandssitzung nur nebenächlich die Rede; auch hat Webel nicht mit der sonst an ihm gewohnten Energie auf seinem Antrag bestanden. So sind wir aus Nützlichkeitgründen,

K

mit Rücksicht auf die ohnehin umfangreiche Tagesordnung und mit Rücksicht auf die Verhandlung des Punktes Antisemitismus, den wir auf die Tagesordnung setzten, um den lächerlichen Vorwurf zu entkräften, als getrauten wir uns an diese Frage nicht heran, zur Ablehnung des Antrags Webel gekommen. Nachdem seit jener Zeit durch des Grafen Taaffe unerforschlichen Rathschluß Oesterreich plötzlich vor die Frage des Uebergangs zum allgemeinen Wahlrecht gestellt ist, hat sich die Situation geändert, und hat der Vorstand nichts mehr gegen die Erörterung. Dann muß aber dafür auch ein Referent bestellt werden. Hat doch gerade die „Kölnische Volkszeitung“ behauptet, der Artikel Bernstein's in der „Neuen Zeit“ sei ein Fühler gewesen, man sei aber damit nicht durchgebrungen.

Der Antrag Webel wird mit großer Mehrheit angenommen und zum Referenten Webel gewählt.

Es wird ferner beschlossen, die Gewerkschaftsfrage an die sechste Stelle der Tagesordnung, die Wahlrechtsfrage an die vorletzte Stelle zu setzen. Die so veränderte Tagesordnung wird definitiv angenommen.

Die Sitzungen des Parteitags sollen auch diesmal täglich von von 9—1 und von 3—7 Uhr stattfinden.

Schluß gegen 9 Uhr.

Erster Verhandlungstag.

Montag den 23. Oktober.

Vormittagsitzung.

9 1/4 Uhr. Den Vorsitz führt Singer. Unter den zahlreich eingegangenen Begrüßungsschreiben befindet sich auch eins vom Allgemeinen Arbeiterverein in Sofia, durch welches das bulgarische Proletariat dem deutschen Parteitag seine Sympathie kundgiebt.

Der Parteitag tritt darauf in die Tagesordnung ein.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden werden die ersten drei Punkte der Tagesordnung gemeinsam verhandelt und sämmtliche zu diesen Punkten gestellten Anträge mit zur Diskussion gestellt. Die Verhandlung erirekt sich demnach auf:

1. Geschäftsbericht des Parteivorstandes. Berichterstatter: F. Auer
2. Bericht der Kontrollleure. Berichterstatter: S. Meiter.
3. Parteipresse und Agitation mit besonderer Berücksichtigung der Landagitation.

Berichterstatter Auer: Parteigenossen! Der Geschäftsbericht, der den Vertrauenspersonen zugegangen ist und auch in der Parteipresse Aufnahme gefunden hat, ist umfangreicher ausgefallen als in früheren Jahren. Ich kann deshalb als Berichterstatter mich kurz fassen und will nur einige Punkte berühren.

Im Vorbergrunde des Berichtes steht die Organisation. Der erste große Wahlkampf, den wir unter der neuen Organisation zu

K